

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement-Preis pränumerando:
 Vierteljahr 3.30 Mk., monatlich 1.10 Mk.,
 wöchentlich 28 Pf., frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 6 Pf., Sonntags-
 nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Voll-
 Abonnement: 1.10 Mark pro Monat.
 Eintragung in die Post-Zeitungs-
 Verzeichnisse. Unter Kreuzband für
 Deutschland und Österreich-Ungarn
 2 Mark, für das übrige Ausland
 2 Mark pro Monat. Postabonnements
 nehmen an: Belgien, Dänemark,
 Holland, Italien, Luxemburg, Portugal,
 Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgepolte Kolonelle
 oder deren Raum 60 Pf., für
 politische und gewerkschaftliche Vereins-
 und Sammlungs-Anzeigen 30 Pf.,
 „Kleine Anzeigen“, das erste (jeit-
 gedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere
 Wort 10 Pf. Streifenzeile und Schloß-
 stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf.,
 jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über
 15 Buchstaben zählen für zwei Worte.
 Inserate für die nächste Nummer müssen
 bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition
 abgegeben werden. Die Expedition ist
 bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Verleger: Amt IV. Nr. 1983.

Sonntag, den 23. Juni 1907.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Verleger: Amt IV. Nr. 1984.

Abonnements-Einladung.

Mit dem 1. Juli beginnt ein neues Abonnementquartal. Pflicht eines jeden Arbeiters, der die Schädlichkeit des heute herrschenden kapitalistischen Wirtschaftssystems erkannt hat und eine Besserung seiner sozialen Lebensbedingungen erstrebt, ist es, nicht nur sein Abonnement auf den

„Vorwärts“

zu erneuern, sondern diesem auch zugleich neue Leser zuzuführen, bedeutet doch jeder neue Leser einen neuen Mitstreiter für die Befreiung der Arbeiterschaft aus den Fesseln der Lohnsklaverei, eine Verstärkung der Kämpferschar und damit eine Vermehrung der Siegesaussichten.

Die politische Entwicklung führt zu einer immer schärferen Zuspitzung der Gegensätze. Die letzte Reichstagswahl, die feindliche Stellungnahme der gesamten bürgerlichen Presse zu den jüngst ausgebrochenen großen Streiks und Aussperrungen: sie beweisen aufs deutlichste, daß das Bürgertum aller Parteischattierungen sich immer mehr zu einer großen

reaktionären Masse

zusammenschließt, der jedes Mittel recht ist, die deutsche Arbeiterklasse in politischer und wirtschaftlicher Unterwürfigkeit zu erhalten und ihren Kulturanstieg zu hemmen. Unter diesen Verhältnissen ist Teilnahmslosigkeit und Zurückhaltung nichts als Verrat an den eigenen Klasseninteressen. Es gilt in den bisher noch abseits stehenden, noch nicht politisch aufgeklärten Arbeiterkreisen neue Anhänger zu werben und sie in die sozialistische Gedankenwelt einzuführen. Solche Einführung und Belehrung bietet den Arbeitern aber allein die sozialdemokratische Presse, in Berlin allein der

„Vorwärts“,

nicht die um die Gunst des Arbeiters buhlende sogenannte unparteiische Presse.

Soweit keine ernstlichen kapitalistischen Interessen auf dem Spiel stehen, gebärden sich die Blätter dieses Schlages zwar arbeiterfreundlich und oppositionell; doch sobald es sich um wichtige Lebensfragen des Kapitalismus, um Schwächung der kapitalistischen Ausbeutungsfreiheit handelt, ergreifen sie, wie auf neue ihre Haltung bei der Bauarbeiterausperrung und dem Bäckerstreik beweist, Partei für die Unternehmer gegen die Arbeiter.

Seiner Aufgabe, die sozialistische Weltanschauung zu verbreiten und zu vertiefen, sucht der

„Vorwärts“

nicht allein durch politische, sozialwissenschaftliche, gewerkschaftliche Artikel gerecht zu werden, sondern auch durch eine gute, sorgfältig ausgewählte Unterhaltungslektüre. Im

Unterhaltungsblatt

erscheint vom Juli ab ein neuer großer Roman von Maxim Gorki:

„Die Mutter“

zum ersten Male in deutscher Sprache. Diese Erzählung aus dem russischen Arbeiterleben schildert das Aufsteigen und Wachsen des Sozialismus im russischen Proletariat, den täglichen mühsamen Kampf, die Verfolgungen und Leiden, aber auch die geistige und moralische Wiedergeburt, den hohen und opfermutigen Idealismus, die er zeitigt.

Mit dem tiefen Verständnis, das die große Liebe gibt und der eindringenden Psychologie, die den Dichter Gorki auszeichnet, ist gezeichnet, wie aus kleinen Anfängen eine große Bewegung über alle Hemmnisse hinweg emporwächst, wie die junge Kraft in Streiks, Versammlungen, Maidemonstrationen, in Zusammenstößen mit dem Militär, vor Gericht, unter den Bauern erstarkt und sich bewährt.

Bei der letzten Reichstagswahl wurden in Groß-Berlin rund 413 000 sozialdemokratische Stimmen abgegeben. Die Zahl der Abonnenten des

„Vorwärts“

erreicht jedoch nur ein Drittel dieser Ziffer. Das ist ein Mißverhältnis. Jeder sozialdemokratische Wähler sollte auch Abonnent des „Vorwärts“ sein. Diese Masse muß herangezogen werden.

Ministerwechsel.

Die Kauerei um die Ministerposten hat einen Abschluß gefunden; allerdings, wie wir annehmen, nur einen vorläufigen. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ meldet:

Wie wir hören, stehen in der Reichs- und der preussischen Staatsverwaltung Veränderungen persönlicher und organisatorischer Natur bevor. Der Staatssekretär des Reichsamtes des Innern Graf v. Posadowsky hat sein Abschiedsgesuch eingereicht, als sein Nachfolger ist der preussische Minister des Innern v. Bethmann-Hollweg in Aussicht genommen. Der neue Staatssekretär des Reichsamtes des Innern wird gleichzeitig die Funktionen eines Vizepräsidenten des preussischen Staatsministeriums übernehmen. Ferner wird an die Stelle des ausscheidenden Kultusministers v. Studt der Unterstaatssekretär im Ministerium der öffentlichen Arbeiten Holle treten. In das Ministerium des Innern wird der Oberpräsident der Provinz Ostpreußen v. Rolke berufen werden. Erwägungen schweben darüber, ob sich eine Teilung des Reichsamtes des Innern empfiehlt.

So hat sich also Bülow noch einmal gerettet und steigt als Sieger hervor aus der Schlammflut, die der Kampf der Kantarillen aufgerührt hat. Doch sein Sieg ist nur ein Teilsieg, dessen Kosten die Liberalen zahlen.

Graf Posadowsky ist also beseitigt und damit hat sich Bülow von dem einzigen Mann befreit, der unter seinen Kollegen eine Persönlichkeit war. Posadowsky war kein Stürmer und Dränger; nicht einmal besondere Initiative war ihm zu eigen. Kaum daß ihn ein gewisser Resortegoismus auf dem Gebiet der Sozialpolitik ausgezeichnet hat. Seiner Sozialpolitik fehlte jede Großzügigkeit. Sie war ein Fliesen an einzelnen unerträglichen Auswüchsen der kapitalistischen Gesellschaft; nie ging sie aufs Ganze. Vor allem aber vermied sie es aufs sorgfältigste, die Macht des Proletariats zu stärken. Für die allerwichtigste, grundlegendste Forderung des Proletariats, ohne die alle anderen sozialpolitischen Befehle in der Luft schweben, für das Koalitionsrecht hat Posadowsky nie etwas übrig gehabt. Ihn hat nicht die Schande aus seinem Amte geschucht, als sein Name mit dem Zuchthausgesetz verbunden wurde, und sein letztes Gesetzeswerk über die Rechtsfähigkeit der Gewerkschaften war eine Bedrohung jeder unabhängigen wirksamen Gewerkschaftspolitik. Es war eine Sozialpolitik nicht der Freiheit, sondern bürokratischer Bevormundung, keine Sozialpolitik des Rechts, sondern der christlichen Charitas. Aber es war doch immer noch — Sozialpolitik. Selbst diese kümmerlichen Reste aber mußte Posadowsky stetig verteidigen gegen die unaufhörlichen Angriffe der Scharfmacher. Und diese sind es, die Posadowsky gestürzt haben. Seit Wochen haben sie gegen ihn gekämpft und gehen im Grunde mit Bülow. Noch gestern brachte die „N.-Westf. Ztg.“, das Blatt der Jechen- und Stättenbarone, einen wahren Brandartikel gegen Posadowsky und für Bülow. Posadowsky wurde der Zugehörigkeit zur Eulenburgclique beschuldigt. Mit Posadowsky ist Bülow den letzten Mann von Bedeutung, Kenntnis und Arbeitsfähigkeit los geworden. Unter den Geistesblinden seiner Umgebung ist er jetzt der König. Momentan ist dem geschickten Schaumschläger niemand gefährlich. Er kann jetzt in die Ferien gehen. Auch die auswärtige Lage wird sich sofort klären. Vor ein paar Tagen noch veröffentlichte die offiziöse „Kölnische Zeitung“ plötzlich einen beunruhigenden, mit versteckten Drohungen gespickten Artikel gegen die Westmächte aus Anlaß des Abschlusses der neuen Tripelallianz. Der Artikel entsprang offenbar aus dem Bedürfnis gewisser Kreise, dem Kaiser die Unentbehrlichkeit Bülows in so gefährlichen Zeitläuften zu demonstrieren. Daß das Mittel ein gefährliches Spiel mit dem Feuer ist — was tut's, wenn es gilt einen Bülow in seiner Stellung zu erhalten?

Posadowskys Sturz ist das logische Ergebnis der letzten Reichstagswahl. Der Sieg der Regierung bedeutete den Sieg der uneingeschränkten, phantastischen Weltpolitik, Militär- und Marinepolitik. Hinter dieser Politik aber stehen als eifrigste Dränger und nächste Interessenten die Kreise des Großkapitals und des Scharfmacherturns. Das sind aber zugleich die Gegner jeder Sozialpolitik. Ihn ist Posadowsky geopfert worden. Wäre die ganze preussisch-deutsche Regierungspolitik etwas anderes als eine fortgesetzte Herausforderung des arbeitenden Volkes, der Kurswechsel in der Sozialpolitik müßte als Kriegserklärung an die Arbeiterschaft aufgefaßt werden. Auf jeden Fall wird die deutsche Arbeiterklasse die Meinung verstehen und die Antwort erteilen. Gibt's keine amtliche Sozialpolitik mehr, selbst nicht im Schnedentempo Posadowskys, dann muß umsomehr die Selbsthilfe der Arbeiter einsetzen. Stärkung der gewerkschaftlichen Organisationen, das ist die nächste Lehre, die sich aus Posadowskys Sturz ergibt.

Bülow ist nun der Scharfmacher Mann geworden, und ihre Politik wird er machen. Dazu ist er seit der letzten Reichstagsauslösung verpflichtet, und keine Phrasen werden das deutsche Volk darüber täuschen.

Die Situation ist klar. Der Macht- und Gewaltpolitik der herrschenden Klassen muß die gesammelte Macht des Proletariats gegenüber treten. Die Rolle der Charitas, die Rolle der Verschleierung des Massengegensatzes ist ausgespielt; man verzichtet auf die Heuchelei, wie sie die Mitwirkung des Zentrums an der Regierungspolitik zur Folge hatte. Diese Klarheit aber haben nicht wir zu fürchten. Posadowskys Sturz ist eine Niederlage des Zentrums, ein Ende der sozialreformistischen Illusion, eine Ankündigung des Kampfes. Der Kampf aber ist unser Element, und sein Ende wird der Sieg des Proletariates sein.

Gegenüber dem Feinde, den Posadowskys Sturz bedeuteten die übrigen Verschiebungen an Wichtigkeit zurück. Sie verkünden klar den Sieg der Konservativen auf der ganzen Linie; die Liberalen sind jämmerlich gesoppt. Kein Burendrat liberaler Färbung bestigt den Ministerstuhl. Posadowsky wird durch Bethmann-Hollweg ersetzt, den Feind des allgemeinen gleichen Rechts in Preußen, und an Stelle Studts tritt ein gleichgesinnter Nachfolger. Mit der liberalen Aera ist es nichts. Die Liberalen zahlen die Reche. Statt der Gleichberechtigung mit den Konservativen, die noch heute die „Vossische Zeitung“ gefordert hat, bekommen sie nicht einmal den liberalen „Konzeptions-Schulzen“, mit dem sie sich wenigstens vor den dümmsten ihrer Wähler hätten rechtfertigen können.

Auf ihre Kosten hat Bülow seinen vorläufigen faulen Frieden mit der konservativen Ministerclique geschlossen. Die neuen Männer sind unbedeutend, wie es die alten waren und verdanken ihre Ernennung nur der Gunst des Kaisers. Die Blockpolitik wird so lange fortgesetzt, so lange die Liberalen sich soppen lassen wollen. Dann mag Bülow vielleicht gehen und an die Stelle der Liberalen tritt das Zentrum.

Wären die deutschen Liberalen noch zu belehren, so müßte sie der Ausgang der Krise lehren, daß man politischen Einfluß nicht erschwindelt und erkrischen kann, sondern erkämpfen muß; kämpfen aber um die Demokratie kann heute einzig und allein nur das deutsche Proletariat. In seine Kampfesreihen muß treten, wer in Deutschland um das Recht des Volkes gegen den Absolutismus streiten will.

Der Zeretzungsprozeß im Zentrum.

Schon 1903 erlebte das Zentrum in seinen Reihen eine größere Opposition, die hauptsächlich von der liberalen Arbeiterschaft des Westens ausging. Es wurde ihrer Herr und die Führer derselben befinden sich heute wohl nicht ganz zufällig in leitenden Stellungen innerhalb der christlichen Gewerkschaften. Bei den letzten Reichstagswahlen spürte man von einer Fronte der christlichen Arbeiter, sofern man von einer Handvoll christlicher Demokraten zu M.-Glabbach absieht, um so weniger, als das Zentrum seiner Anhängererschaft aus Arbeiterkreisen eine größere parlamentarische Vertretung einräumte. Die Opposition der „Nationalkatholiken“, die in dem bayrischen Pfarrer Grandinger eine tragikomische Fortsetzung fanden, war wohl symptomatisch, aber ohne tiefere Bedeutung. Wenn die liberalen Wähler einheitlich auf dem Plan erschienen, so trug hieran hauptsächlich die vorübergehende Oppositionstellung die Schuld, in die der Kampf der Hoffmanns in und außer Amt das Zentrum drängte, und sie kam ihm um so gelegener, als sie ihm auf die bequemste Art über die inneren Parteigegensätze hinweghalf. Aber diese Wirkung ist nicht nachhaltig und kann es nicht sein, weil jenen Gegensätzen unversöhnliche wirtschaftliche Tatsachen zugrunde liegen. Das zeigte unmittelbar nach den Wahlen die Vorgänge in Ralmedh-Montjoie-Schleiden und mehr noch die bayrischen Landtagswahlen. Hier stehen nicht nur die wirtschaftlichen Gegensätze hart aufeinander, sie machen sich auch in dem Widerstande gegen die christlichen Parteileistungen Luft und haben jetzt zu mehrfachen Auslassungen über die Grundlagen der Parteiorganisation geführt: es erhebt sich im Zentrum der Ruf nach mehr Demokratie. Bisheran erlebte man höchstens, daß die Zentrumsfraktion bei ihren parlamentarischen Abstimmungen sich spaltete, womit die inneren Gegensätze doch immer nur verhüllt zum Ausdruck gelangten. Der Ausdrück der inneren Verhältnisse verhielt sich jetzt aus den Höhen des Parlamentarismus in die Wählermassen selbst.

Das Zentrum ist seinem Ursprunge nach eine Verbindung von Mittelstandsbewegung und kirchlichem Interessenkampf. Der Liberalismus trat in seinen Anfängen zwar für eine Trennung von Staat und Kirche ein. Aber bei der Schnelligkeit, mit der in Deutschland die Proletarisierung breiter Schichten sich vollzog, bei der Schroffheit, mit der die Gegensätze von Anfang an aufeinanderprallten, erkannte er früh den Einfluß, den die Kirche im Dienste des Kapitalismus auszuüben vermochte; ihm galt es, neben die weltliche die erfolgreichere geistliche Polizei zu stellen, den Klerus den kapitalistischen Interessen gefügig zu machen. Der Klerus jedoch ergab sich nicht ohne weiteres. Mit seinen wirtschaftlichen Interessen wurzelte er in den Klein- und mittelbürgerlichen Schichten; nicht nur, daß er aus ihnen große Einkünfte zog, sein Wesen war mit der Kleinbürgerlichen Wirtschaftsweise aufs engste verquickt. Diese Schichten sammelte die Kirche um ihre Fahne, als sie die gegen sich gerichteten Absichten erkannte und ging zum Angriff über. Und da der Kampf sich gegen den liberalen Kapitalismus richtete, da er von dem wirtschaftlichen Grundgedanken des Kleinbürgertums aus einsetzte, daß das Arbeitsmittel in die Hand des Produzenten gehöre, so führte er dem Klerus auch weite Kreise der Arbeiterklasse zu, eine Sachlage, aus der sich die mannigfachen

und häufig umfassenden Anleihen erklären, die die Merikale Agitation seit den 60er, in den 70er und noch Anfang der 80er Jahre bei den Vassalischen Ideen gemacht hat.

Ran sagt vielfach, der Kulturkampf habe mit einer Niederlage der Regierung, einem Gang nach Kanossa geendet. Das trifft nur beinahe zu. Wichtig ist, daß der Kulturkampf die Macht der Merikale wesentlich stärkte. Aber diese errang keinen eigentlichen Sieg, was schon daraus hervorgeht, daß sie auf dem Gipfel des Einflusses nicht einmal die Aufhebung des Jesuitengebietes durchzuführen vermochte. Der Kampf verpumpt, beide Teile legten die Waffen nieder. Am Ende desselben war der Kapitalismus zur wirtschaftlich herrschenden Produktionsform in Deutschland geworden und die Kirche selber in die Interessen des letzteren hineingewachsen; auch sie hatte sich zu einer vorwiegend kapitalistischen Anstalt entwickelt und gerade die Größe ihres Reichtums mußte sie die Wahrung um so schneller durchzuführen lassen. Hatte sich die Kirche zunächst gegen die Wirtelstände gewendet, die der Kapitalismus ihr anfangs, so übernahm sie dieselben jetzt aus eigenen Stücken und mit um so höherem Nachdruck, je größere kapitalistische Interessen sie zu vertreten, je mehr sie selbst die proletarische Klassenbewegung zu fürchten hatte. Nach dem Einschwenken der Kirche und der ökonomischen Ueberwindung des Kleinbürgertums war der Kulturkampf zweck- und sinnlos geworden. Er schlug um in das Sozialistengebiet. Und das eben noch unterdrückte Zentrum spielte diesem gegenüber eine schmälerere Rolle als der Freisinn. Die Verlängerungen des Sozialistengebietes in den 80er Jahren wären nicht möglich gewesen ohne den Unfall eines Teiles der Zentrumsfraktion.

Die Entwicklung brachte die Kirche in einen wirtschaftlichen Gegensatz zu beträchtlichen Teilen ihrer Anhängerschaft. Mit dem feinen Klasseninstinkt, der sie von jeher ausgezeichnet, suchte sie ihm von langer Hand zu begegnen. Sie organisierte. Einmal die Arbeiter, die sie in konfessionellen Vereinen vor der Seuche des Sozialismus ebenso abzufühlen trachtete, wie seinerzeit die Gesellschaft des Handwerks. Die Bauernvereine erwuchsen unter ihrem Weistand. Für die Entwicklung des ländlichen Genossenschafts, für die Förderung des Innungswesens trat sie kräftig ein. Waren die katholischen Arbeiter- und Gesellenvereine mit ihrer konfessionellen Grundlage von vornherein auf die Zersplitterung der Arbeiterschaft berechnet, so galt für die Bestehenden der paritätische Gesichtspunkt. Gleichzeitig setzte der Merkantilismus die Gesetzgebung in Bewegung. Für die Interessen der Arbeiterschaft wählte er, soweit es die Vermeidung minder belangreicher Konflikte zwischen Industrie und Arbeiterschaft und damit dem Großbetrieb, der kapitalistischen Konzentration, dienlich war, wie dies Genosse Kaufmann in seiner Broschüre „Lug und Trug oder christliche Reaktion und christliches Geschäft“ nachgewiesen hat. Dem Bauern verhalf man mittels der Schulgüsse zu höheren Verkaufspreisen, mittels der Steigerung der Grundrente zu einer höheren Verschuldungsgrenze; sie überantwortet das platt Land um so gewisser der Fiskalität des Hypothekentapitals, als auch das Genossenschaftswesen die kapitalistischen Gesellschaftstendenzen nur fördern, aber nicht hemmen kann. Großes aber hatte man mit den Innungen vor; sie sollten sich zu Produktivassoziationen auf der Grundlage des Handwerkerstandes ausbilden. Hiezu, der in der Frage des „Handwerkerschutzes“ lange Jahre die Führung der Innungsleute in Händen hatte, gedachte sie nicht nur zu Genossenschaften zu entwickeln, die mit allen Vorteilen der Maschinentechnik produziert; es sollte ihnen gar das Recht der Expropriation der Großbetriebe und das Verkaufsmonopol für ihren Bezirk zugesprochen werden, Bestrebungen, die heute um so mehr als begraben gelten können, als unsere Syndikate das Verkaufsmonopol auf Grund kapitalistischer Konzentration zu verwicklichen trachten und teilweise bereits verwirklicht haben.

Über die Kirche organisierte nicht ungestraft. Die Merikale Arbeiterschaft hat mit den christlichen Gewerkschaftsgründungen, so sehr sie zunächst auch den politischen Interessen des Zentrums diene, den Weg der Emanzipation beschritten. Die städtischen Mittelschichten, die der Politik nicht nur als Konjunktanten, sondern auch als Produzenten auf das schwerste schädigt, die zudem immer tiefer in unmittelbare Abhängigkeit vom Großbetrieb geraten, konnten mehr und mehr in Bewegung. Die Bauernschaft merkt, daß sie mit den Jällen über den Döbeln barbiert ist, daß sie ihre wohl höhere Preise, aber noch größere Kosten schafft. Gerade in Süddeutschland mit seinen verhältnismäßig schwachen Verkehrsgelegenheiten mußte der Gegensatz von Stadt und Land scharf zum Ausdruck gelangen und das Gewerbe um den Einfluß auf die örtlichen Parteileitungen und die Kandidatenaufstellung war recht charakteristisch. In die Parteileitung teilten sich bisher die Geistlichen mit den „besseren“ Leuten, Fabrikanten, Grundbesitzern und „Studierten“. Meinte doch mit Bezug auf die letzteren unlängst noch die „Nöln. Volkszeitung“, es sei nicht wünschenswert, sie aus dem maßgebenden Einfluß auf die örtlichen Parteileitungen zu verdrängen und durch Vertreter der großen Erwerbsgruppen zu ersetzen, da sie allen diesen Ständen gleich fern und darum um so näher ständen. Trotzdem sieht man ein, daß man den großen Berufsgruppen höheren Einfluß auf die örtlichen Parteigeschäfte einräumen, die Grundlage der Parteiorganisation demokratischer gestalten muß.

Die Folge davon kann nur ein schärferes Auseinanderfallen der wirtschaftlichen Gegensätze im Zentrum sein. Die Klassen-scheidung wird ein schnelleres Tempo annehmen. Alle optimistische Hoffnungen wären freilich gefährlich. Der ideologische Kitt der gleichen religiösen Weltanschauung ist, wenn auch in mancher Beziehung gelockert, doch im ganzen noch recht fest und er wird auch dem Zentrum für die nächsten Jahre noch über die Klippen der inneren wirtschaftlichen Gegensätze hinweghelfen. Aber eine mehr demokratische Grundlage des Parteilebens muß doch den tiefen Nitz zur Geltung bringen, der im städtischen Mittelstand zwischen seiner kleineren kapitalistischen und größeren proletarischen Hälfte gähnt. Will das Zentrum seinen Bestand wahren, so kann es nicht die städtischen Kreise fortgesetzt von seinen ländlichen Majoritäten lassen. Es muß einen Ausgleich versuchen zwischen Stadt und Land, und hier bietet sich unter den gegebenen Verhältnissen nur der Weg des Kommunalsozialismus. Nur wenn das Zentrum in dieser oder anderer Richtung an den Kommunalsozialismus profunde Konzessionen macht, wird es sich für absehbare Zeit vor dem Schicksal zu bewahren vermögen, zu einer reinen Agrarpartei herabzusinken. Unsere Aufgabe muß es demgegenüber sein, mit um so größerem Nachdruck die Mehrwertproduktion als die Wurzel des Übels aufzuzeigen, die Merikalen Klassen immer entschiedener in den Klassenkampf hineinzuziehen und sie auf diese Weise zur Erkenntnis des grundlegenden politischen Widerspruchs der kapitalistischen Gesellschaft vorwärts zu treiben.

Eine Thronrede.

Aus Wien wird uns vom 20. Juni geschrieben:

Nachdem der Reichsrat am Dienstag zusammengetreten ist, erfolgte gestern in der Hofburg die sogenannte feierliche Eröffnung, die nach der Verfassung der Kaiser entweder persönlich oder durch eine Kommission vollzieht. Es ist nicht bloß die längste, sondern sicher die merkwürdigste Thronrede,

die Kaiser Franz Josef verlesen hat. Es ist dem Monarchen, der vor nun 60 Jahren seine Regierung unter dem Zeichen der Konterrevolution begonnen, der 10 Jahre lang die absolute Herrschaft gegen die Bedürfnisse der Zeit vertheidigt hat und neben sich nicht einmal das schwächliche Delegiertenparlament dulden wollte, es ist ihm nicht an der Wiege gesungen worden, daß er im Greisenalter die „Beseitigung jeglichen Vorrechtes im Wahlrechte“ preisen und in dem Parlamente des allgemeinen Wahlrechtes die Bürgschaft für die Zukunft seines Staates erblicken werde! Es ändern sich nicht bloß die Zeiten, sondern auch die Menschen; die Entwicklung der Arbeiterklasse ist Erzieherin nicht bloß der Staaten, sondern auch der Monarchen!

Im allgemeinen kann eine Thronrede in Oesterreich eine erhebliche Bedeutung nicht zuerkannt werden. Sie ist, nach landläufiger Auffassung, das Programm der gerade im Amte befindlichen Regierung; wer weiß jedoch, wie lange diese österreichische Regierung am Ruder sein wird? Es mag der Regierung Bed im Augenblick ganz gut gehen; sicher ist aber, daß seit Taaffe, also seit 1893, die Lebensdauer keiner Regierung auch nur annähernd die Dauer einer Legislaturperiode erreicht hat. Keine war in der Lage, ihr Regierungsprogramm zu verwirklichen oder auch nur ernstlich zu betreiben. Wenn in England eine Regierung bei Eröffnung des Parlamentes ihr Programm feststellt, so ist es auch ein Programm der die Regierung fundierenden Mehrheit; ist also ein Programm, das Kopf und Fuß hat. Die österreichische Regierung besitzt aber nicht nur keine Majorität, sie weiß überhaupt nicht, ob sie sie finden wird; was sie in der Programmrede sagt, und also nicht mehr als ihre Absichten und ihre Wünsche. Und sie wünscht, daß alle so benannten Staatsnotwendigkeiten bewilligt werden; die Thronrede verlangt die Erfüllung der Forderungen des Militarismus, spielt mit Steuererhöhungen und pointiert mit unbekanntbarer Verschleisspflicht als Pflicht der neuen Volkserziehung, die nun die Mitverantwortung für das Schicksal des Ganzen trägt, also als Kompensation für die Erweiterung des Wahlrechtes die „Befriedigung der staatlichen Lebensbedürfnisse“. Dafür, gleichsam als Entschädigung, werden eine Reihe großer und kleiner Reformen angekündigt, unter denen sich auch eine Reihe sozialpolitischer Forderungen findet. Insbesondere wird die Alters- und Invalidenversicherung versprochen (die freilich schon 1901 angekündigt wurde), welche von der Thronrede der Befreiung der Bauernschaft von den Grundlasten und der Begründung der Freiheit des bürgerlichen Erwerbes als gleichwertig an die Seite gestellt wird. Natürlich verspricht die Thronrede allen Klassen Reformen; will sie doch alle Parteien zur „fruchtbringenden Arbeit“ einen und darf sie doch wirklich keine ausschließen. Da in einem Parlamente des allgemeinen Wahlrechtes ein solches Stück Volksrecht verkörpert ist, kommt es natürlich weniger darauf an, was die Regierung verleiht oder versagt. Es kommt nun nicht mehr in erster Linie auf die Regierung an, sondern auf das Parlament. Das muß nun zeigen, was es will und was es kann.

An der feierlichen Eröffnung des Reichsrates nahmen diesmal auch sozialdemokratische Abgeordnete teil. Der Beschluß des Verbandes ging dahin, „diesmal von einem demonstrierenden Fernbleiben abzugehen und die Teilnahme an dem Eröffnungsakte den Abgeordneten freizustellen“; von dieser „Freistellung“ haben elf Abgeordnete, und zwar Deutsche, Polen und Ruthenen, Gebrauch gemacht. Damit im Zusammenhang wurde auch von jeder Demonstration in der ersten Sitzung abgesehen; als der Alterspräsident das unvermeidliche Hoch ausbrachte, verließen die sozialdemokratischen Abgeordneten nicht den Saal; da die Eröffnungsrede des Alterspräsidenten ohnedies stehend angehört wird, wurde dadurch tatsächlich nun eine Demonstration unterlassen. Jener Beschluß des Verbandes hatte seine bestimmten politischen Gründe; sie sind aus dem nachfolgenden Kommentar der „Arbeiter-Zeitung“ vielleicht am besten zu erkennen:

Wenn es überhaupt nicht gerade erwünscht ist, den Fragen der Etikette prinzipielle Bedeutung und dadurch übertriebene Wichtigkeit zu geben, so ist es in unserem Falle ganz klar, daß der Augenblick, wo das erste Parlament des allgemeinen, gleichen Wahlrechtes eröffnet wird, sich zu ablehnenden Demonstrationen schlecht eignet. Wir betreten den Boden dieses Volkshauses, das die Arbeiterschaft mit ihrem Blute erkämpft hat, mit dem festen Willen, der proletarischen Vertretung ungefügt jenen Einfluß zu sichern, der ihr nach ihrer Zahl gebührt, und wir sind nicht geneigt, uns durch unsere Gegner — und das sind alle bürgerlichen Parteien ohne Ausnahme — in eine Ausnahmestellung drängen, unsere parlamentarische Stellung auch nur im geringsten beeinträchtigen zu lassen. Es widerspricht aber auch der natürlichen Empfindung, gerade die Eröffnung dieses Parlamentes des gleichen Rechtes zum Anlaß einer Demonstration zu nehmen, die so gedeutet werden könnte, als wäre sie persönlich gegen den Kaiser gerichtet, der in Oesterreich wie in Ungarn für das gleiche Recht eingetreten ist und eintritt. Der Kaiser hat dazu gewiß seine guten Gründe, wahrscheinlich andere als wir Sozialdemokraten, aber demonstrieren mögen bei diesem Anlaß, wenn sie wollen, die mallontenen Junker. Wir geben damit nicht ein Atom unserer prinzipiellen Anschauungen preis, wenn wir es vermeiden, für sie zu unpassender Zeit einen unangemessenen Ausdruck zu suchen. Der historische Gegensatz zwischen dem Prinzip der Monarchie und dem Prinzip der Demokratie wird nicht auf dem Boden des Zeremoniells gelöst werden. Die Arbeiterschaft ist genug politisch geschult, um es zu verstehen, daß es kein Stück parlamentarischen Bodens geben kann, das zu betreten dem Sozialdemokraten grundsätzlich verwehrt wäre; die feierliche Eröffnung durch den Kaiser ist ein parlamentarischer, nicht aber ein höfischer Akt.

Wir haben eine Demonstration vermieden, das ist alles. Der Hyphantismus unserer Gegner mag sich beruhigen: die Beteiligung an Lokalitätsdemonstrationen werden wir auch künftig ihnen konkurrenzlos überlassen. Aber daran werden sie sich schon gewöhnen müssen, so unerwünscht es ihnen sein mag: daß die Sozialdemokratie jederzeit das tun wird, was klug ist, was Vernunft, Takt und Würde von ihr fordern.

Die Mut, mit der unsere verbissensten Feinde, die Christlichsozialen, die Sache besprechen, beweist vielleicht am besten, daß die Fraktion, obwohl ihr Beschluß dem Herkommen zu widersprechen scheint, das richtige getroffen hat. Auch die österreichischen Sozialdemokraten sind nicht „zu Hofe gegangen“. Einer Thronrede, die ein Diktirambos auf das allgemeine Wahlrecht ist, kann man schon zuhören, und gegen einen Kaiser, der das allgemeine Wahlrecht preist und seine Erwählten, auch wenn sie Sozialdemokraten sind, als die Repräsentanten des Volkswillens betrachtet, braucht man vielleicht nicht zu demonstrieren.

Die österreichischen Verhältnisse sind anders geartet als die Preußen-Deutschlands, und wir finden es begreiflich, wenn die österreichischen Genossen in Anbetracht dieser Verhältnisse und ihres opfervollen, mit höchst anerkenntnismäßigem Geschick geführten erfolgreichen Kampfes um das allgemeine, gleiche Wahlrecht die Frage der Teilnahme an dem parlamentarischen Eröffnungsakte mehr als eine Frage der Etikette, denn als eine Frage des Prinzips betrachten. Doch selbst in politischen Etikettefragen können Zugeständnisse bedenklich sein, und die Tatsache, daß nicht die gesamte Fraktion einfach die Teilnahme an der Eröffnung des Reichsrates beschloß, sondern nur die Teilnahme „freigestellt“ hat, und daß trotz dieser Freistellung nur 11 Abgeordnete an dem Eröffnungsakte teilgenommen haben, beweist, daß auch unter den Mitgliedern der Fraktion Bedenken gegen die Beteiligung bestanden haben. Sicherlich hatten unsere Genossen keinen Anlaß, die Eröffnung eines Parlamentes, das auf Grund des von ihnen erkämpften allgemeinen, gleichen Wahlrechtes zustande gekommen ist, zu einer Demonstration zu benutzen, aber die Teilnahme an dem Eröffnungsakte kann leicht, wenn auch von einem „Zu-Hofe-gehen“ nicht gesprochen werden kann, als Demonstration für den Kaiser, als Konzession an das monarchische Prinzip gedeutet werden. Das hätte sich vermeiden lassen.

Clemenceaus Wahlsieg.

Paris, 21. Juni. (Fig. Ber.)

Und noch einmal siegte Clemenceau. ... Eine Mehrheit von 100 Stimmen bewilligte dem Minister das Vertrauen und sprach die Zusage aus, daß er die Leitung der dem Gesetz sichere und die Wiederherstellung des Friedens beschleunigen werde. ... Was hat Herr Clemenceau diesen Sieg verschafft? Die Angst und die patriotisch-autoritätsstrenge Entrüstung angesichts der Militärereignisse? Oder die Scheu, seine traurige Erbschaft, die Freiheit, die schwere Verantwortung der kommenden Tage zu übernehmen? In jedem Falle hat das Bourgeoisparlament gezeigt, daß es dieser Regierung vollauf würdig ist. Hätten die Sozialisten, hätten Aldy und Jaurès nicht der furchtbaren Anklage Worte verliehen, man hätte in diesem tragischen Augenblick, vor dem schrecklichen Schauspiel des unbarmherzigsten Bürgerkrieges, nicht gehört als das widerwärtige Gezänk niedriger Demagogen und die kleinlichen Bosheiten aufgespeicherter Ranküne. Man konnte eine Ahnung der tiefen Quellen der Infurrektion erlangen, als man Clemenceau und Millerand mit giftigem, schadenfrohem Hase einander ihre Wutschuld vorhalten und zwischen Reaktionären und Radikalen den Streit anheben sah, ob die Freimaurer oder die Geislichen an dem Unheil Schuld trügen. Das Ministerium hat sich heute retten können, aber der bürgerliche Parlamentarismus hat sich selbst gerichtet, als er nicht einmal durch den Anblick hingemordeter Bürger und durch die Flammenröte des inneren Krieges emporgeworfen wurde, um den Wuhl des jämmerlichen Claquestreites zu verlassen. Diese Gesellschaft hat kein Herz und keine Einsicht und nicht einmal die guten Manieren, die die Privilegierien von ehemals auch in solchen Momenten hatten.

So war die heutige Sitzung ein grell beleuchtender Kommentar zu den dunklen Vorgängen im Süden. Ein arbeit-james, tüchtiges und selbstbewußtes Volk erhebt sich dort, um der unsauberen Regierungsfarce der bourgeois Claquepolitik sein Recht und seinen Willen entgegenzusetzen. Und der Süden gewinnt von Tag zu Tag die Sympathien des Landes. Denn er beginnt zu erkennen, daß die Zukunft der großen, lebens-tüchtigen französischen Nation von der Befreiung ihrer arbeitenden Massen von der korrupten Parliamentsherrschaft schwarzober Bourgeois abhängt.

Von den zahlreichen Telegrammen sind die nachfolgenden die wichtigsten:

Bézier, 21. Juni. Die meuternden Soldaten vom 17. Regiment, welche hier angekommen sind, gaben zweimal Salven in die Luft ab. Dann zogen sie zur Kaserne; Mitglieder des Komitees der Weinbauern sprachen ihnen zu, hineinzugehen. Man teilte den Soldaten auch mit, daß Marcelin Albert verhaftet sei, und gab ihnen den Rat, mit dem General zu parlamentarieren. Nachdem sie das Versprechen erhalten hatten, daß sie nicht bestraft würden, begaben sich die Soldaten in die Kaserne.

Montpellier, 21. Juni. Die Bewohner der anliegenden Dörfer taten sich zusammen und zerstörten den Eisenbahndamm, um die Abfahrt des 142. Infanterie-Regiments zu verhindern. General Bailloud hat um Verstärkungen gebeten. Das Gericht hat mehrere Personen, die bei den Unruhen verhaftet wurden, zu verschiedenen hohen Strafen verurteilt. In den umliegenden Städten finden zahlreiche Truppenabmärsche statt.

Paris, 22. Juni. Im Bahnhof von Pantin wird der Unter-präfekt des Arrondissements Lohde gefangen gehalten. Er war nach Pantin gekommen, um mit den Würgern zu verhandeln, die den Militärzug nicht passieren lassen wollten.

Paris, 22. Juni. Wie die Wäiter melden, kam es in der ver-stoffenen Nacht in Rimes vor der Präfektur und der Pairie zu lärmenden Kundgebungen infolge einer Depesche aus Paris, daß das Ministerium ein Vertrauensvotum erhalten habe. In der Präfektur blieb kaum eine Fensterläde ganz, mehrere Personen wurden verwundet, auch Revolverkämpfe wurden abgegeben, doch scheint niemand getroffen worden zu sein.

In Karbonne wurde die Nachricht aus Paris, daß Clemenceau im Amte bleibe, wie „clair“ meldet, mit Kundgebungen gegen Clemenceau beantwortet.

In Toulon versammelten sich zahlreiche Manifestanten vor der Kaserne des 111. Infanterie-Regiments, das angeblich bestimmt ist, nach Bézier oder Karbonne verlegt zu werden. Es wurden Rufe laut: Nieder mit Clemenceau, nieder mit Clemenceaus Polizeivirtschaft.

Agde, 22. Juni. 600 Meuterer vom 17. Infanterie-Regiment sind heute vormittag in die Kaserne zurückgekehrt. Ein Zwischenfall hat sich nicht ereignet.

Montpellier, 22. Juni. Neue Kundgebungen fanden gestern abend statt. Die Präfektur wird von Truppen besetzt gehalten. An verschiedenen Stellen der Stadt kam es zu Zusammenstößen. Kavallerie mußte mehrfach gegen die Demonstranten mit blanker Waffe vorgehen, wobei drei Personen schwer verwundet wurden. Der Bischof von Montpellier erließ einen Hirtenbrief, worin er die Bevölkerung zur Ruhe auffodert.

Karbonne, 22. Juni. Die Totenfeier für die Opfer der Unruhen hat gestern stattgefunden, ohne daß Zwischenfälle zu verzeichnen waren.

Montpellier, 22. Juni. Einige Manifestanten auf dem Theater-platz sangen gestern abend eine Odmne auf Marcelin Albert. Dann piffen und johlten sie und gaben Revolverkämpfe ab. Einer von ihnen wurde durch Schüsse der Gendarmen leicht verletzt. Um 8 1/2 Uhr zerstreuten die Manifestanten die Fensterläden des städtischen Polizeipostens. Dragoner und Infanterie räumten den Platz; die Menge ging dann lärmend auseinander. Um 11 1/4 Uhr war die Ruhe wiederhergestellt. Zwei Personen wurden verwundet und viele verhaftet. — Der Bischof von Montpellier hat einen offenen Brief an die Bevölkerung gerichtet, in dem er seiner Trauer über die Kräfte Ausdruck gibt und eindringlich zur

Beendigung der Revolte mahnt. Die Regierung werde, wie er sagt, die Maßnahmen einstellen, die von einem ungerechten Mißtrauen eingeleitet seien.

Paris, 22. Juni. Im heutigen Ministerrat erklärte Ministerpräsident Clemenceau, daß der vergangene Abend und die Nacht im Süden ohne Zwischenfall verlaufen sei. Ein an den Kriegsminister Biquart gerichtetes Telegramm des Generals Bailloud meldet, daß eine Kolonne, die den Eindruck von Apachen machte, in die Kasernen von Agde eindrang und zahlreiche Soldaten terrorisierte. Es bedurfte einer förmlichen Attacke der wieder Soldaten gewordenen Reiterer, um die Reihen dieser Apachenbande zu durchbrechen, von denen nach der Aussage des Unterpräsidenten eine größere Anzahl nicht aus der dortigen Gegend seien. Kriegsminister Biquart teilte mit, daß die Reiterer vom 17. Regiment heute früh wieder vollständig in der Kaserne eingetroffen seien.

Paris, 22. Juni. In ihrer heutigen Sitzung genehmigte die Deputiertenkammer, um eine sofortige Verringerung der Weinbaukrisis in Südfrankreich zu ermöglichen, sämtliche bereits angenommenen Artikel des Gesetzesentwurfs zur Unterdrückung der Weinschädigungen fast einstimmig im ganzen, unter Ausschließung derjenigen Artikel, über die noch beraten werden muß.

Paris, 22. Juni. (W. L. V.) Beim 17. Infanterieregiment in Abge fehlt nur noch ein Mann. Die Mannschaften machen ihren ordnungsmäßigen Dienst, alle haben die der Kammer entnommenen Patronen zurückgegeben. Angeblich fehlt eine große Menge Patronen, doch scheint es sicher zu sein, daß die Soldaten keine auf die Seite gebracht haben. Die Mannschaften scheinen ihre leichtsinnigen Unternehmungen zu bereuen. In Rochonnet waren heute die Türen geöffnet. In Montpellier hat sich heute kein Zwischenfall ereignet. Eine Bekanntmachung des Verteidigungskomitees der Weinbauern fordert die Bevölkerung zur Ruhe auf.

Paris, 22. Juni. (W. L. V.) Da der Präsident der Deputiertenkammer, Brisson, es abgelehnt hat, einen Antrag der gemäßigten Sozialisten, der dahin geht, die provisorische Haftentlassung der Mitglieder des Komitees von Argeliers, sowie von Ferroux zu erwirken, der Kammer zu unterbreiten, so werden die Antragsteller am Dienstag diese Angelegenheit in der Kammer zur Sprache bringen.

Die Polizeipraxis von Recklinghausen.

Der Herr Erste Staatsanwalt Retitte ist mit der Ferienstrafkammer zu Bochum nicht zufrieden. Das kann man ihm nachsagen. Als öffentlicher Ankläger muß er darauf halten, daß ihm das Anlagemonopol gebührt und daß nicht die Sozialdemokratie in das Recht der Staatsanwaltschaft eingreift. Was leider zu Bochum unter Duldung der Ferienstrafkammer geschehen ist. Das Unheil ist denn auch nicht ausgeblieben. Die Recklinghauser Polizei hat schmerzende Weilen dabongetragen, die Autorität der Bureaukratie, der der Herr Erste Staatsanwalt ja auch angehört, ist bloßgestellt, mehrere beamtete Ordnungsführer sind in allerlei peinlichste Situationen gekommen und die Sozialdemokratie hat neue Beispiele, an denen sie den engen Zusammenhang von Behörden und Unternehmertum drastisch aufzeigen kann. Das alles hätte nicht passieren können, wenn nicht die Ferienstrafkammer dem Vergemann Müller erlaubt hätte, der Staatsanwaltschaft ins Handwerk zu pfuschen. Denn die hätte natürlich immer eine Anklage gegen die Recklinghauser Polizei erhoben, weil den Polizeibeamten immer der gute Glaube und eine freiwillige Untertänigkeit über den Inhalt der Gesetze zuzubilligen ist und weil auch bei der überwältigendsten Fälle von Einzelsfällen doch niemals ein System anzunehmen ist.

Es ist kein System, was zu Recklinghausen aufgedeckt ist, so sagt Herr Retitte und darin ist die Bochumer Ferienstrafkammer mit ihm einig. „Wohl haben“, so meint die Urteilsbegündung, „einzelne Polizeiergane über die Stränge geschlagen und haben besonders den Wirten und den Osterreichern gegenüber nicht so verfahren, wie es sein mußte, aber diese Verfehlungen sind, wenn sie zur Kenntnis der oberen Behörde kamen, nicht gebilligt worden.“ Und fällt beim Lesen dieses Satzes eine Stelle aus dem ausführlichen Bericht des „Bochumer Volksblatts“ ein, nämlich die folgende:

Erster Bürgermeister Heuser, der alles aus den Akten feststellt, stellt nun auch aus seinen Akten fest, daß Hülshagen Sozialdemokrat ist. Er hält es für selbstverständlich, wenn Leute sich öffentlich sozialdemokratisch betätigen, dies aus der Arbeitsstelle mitzuteilen. Was die Verwaltung dann mit den Leuten mache, darum kümmere sich die Polizeibehörde nicht mehr.

Heine: Gibt es bei Ihnen eine Verfügung, die es den Unterbeamten zur Pflicht macht, alle Sozialdemokraten auf den Werken zu denunzieren?

Zeuge: Eine solche Verfügung besteht nicht.

Heine: Eine Verfügung, die das verbietet, gibt es aber auch nicht?

Zeuge: Nein.

Heine: Wenn Sie davon Kenntnis erhalten, daß ein Unterbeamter einen Brief an die Grubenverwaltung schreibt, auf Grund dessen ein braver Familienvater entlassen wird, würden Sie das rügen?

Der Zeuge schweigt. (Bewegung.)

Heine: Der Zeuge Hülshagen hat am 22. Juli vorigen Jahres eine Beschwerde an Sie gerichtet, daß er auf Grund einer Anzeige seitens der Polizei aus der Arbeit entlassen worden sei. Darauf haben Sie unterm 1. August geantwortet, Sie hätten festgestellt, daß die Entlassung nicht auf Einwirken eines Polizeibeamten erfolgt sei. (Sensation.)

Das sieht wahrhaftig nicht danach aus, daß „diese Verfehlungen, wenn sie zur Kenntnis der Behörden kamen, nicht gebilligt worden sind!“

Und daß diese Denunzierung von Arbeitern an die Unternehmer wegen sozialdemokratischer Gesinnung oder Zugehörigkeit zu freien Gewerkschaften eine „Verfehlung“ ist, das hat ja im allgemeinen selbst der Erste Staatsanwalt anerkennen müssen.

Aber dennoch ist kein System erwiesen, sind die oberen Behörden frei von allem Fehl. Und also bleibt bei der Beurteilung des Angeklagten Müller wegen Verleumdung des Polizeikommissars Johansen.

Der Herr Kommissar hat seine Sühne. Die Bochumer Ferienstrafkammer hat sie ihm bestätigt. Aber wir werden nicht schweigen, wenn wir annehmen, daß Herr Kommissar Johansen noch viel weniger mit der Bochumer Ferienstrafkammer zufrieden ist, als der Erste Staatsanwalt. Und seine Kameraden von der Recklinghauser Polizeiverwaltung und seine Oberen und seine Untergebenen werden nicht anders denken.

Nach ihrer eigenen Versicherung haben sie sich freilich nichts vorzumerken. Sie haben sich stets streng an das Gesetz gehalten und daß ihre Ansicht und ihr guter Glaube des öfteren von der Gesetzesauslegung der höchsten Gerichte des Reiches und Preußens erheblich abwichen, das war eben das besondere Fach der Recklinghauser Sozialdemokraten und Gewerkschaftler. Wenn die Recklinghauser Polizeiversammlung auf Versammlung der freien Gewerkschaften auflöste, so geschah es stets aus irgend einem geschlichen Grunde, der sich so regelmäßig und so sicher einstellte wie der Sonnenaufgang nach dem Morgenrot. Und wenn es die Entdeckung gewesen wäre, daß ein seit Jahren in den oberen Stockwerken bewohntes Haus unten kaufmännisch ist!

Genosse Rechtsanwalt Heine hat in seinem Plaidoyer erklärt, er habe es noch nie in einem solchen Maße erlebt, daß ganze Kategorien von Zeugen an einer geradezu spratternden Gedächtnisschwäche litten. Wir möchten hinzufügen, daß selten in einem Prozeß an die menschliche Fähigkeit, Unwahrscheinlichkeiten zu

glauben, so große Anforderungen gestellt worden sind, wie in diesem Prozeß Müller. Wenn zu all dem, was von polizeilicher Saalabreibung in diesem Prozeß erwiesen ist, wir noch glauben sollen, der Ring der Wirte zur Verweigerung ihrer Säle an die freien Gewerkschaften habe sich, obgleich ein Polizeikommissar die Liste durch einen Polizisten herumtragen ließ, nicht auf Anregung der Polizisten gebildet, so heißt das wirklich etwas viel verlangen. Und wenn selbst der Erste Bürgermeister sich in diesem Falle zu einer Mißbilligung der Tätigkeit des Kommissars aufschwingt. Der Kommissar konnte sich mit Recht damit verteidigen, daß eine solche Ringbildung unter polizeilichem Protektorat durchaus in das System der polizeilichen Saalabreibung hineinpasse. Aber freilich — ein System gibt es ja nicht.

Gerichtliche Feststellungen sind ein eigen Ding. Sie stehen eisenfest. Selbst das höchste Gericht kann sie nicht erschüttern. Aber wenn wir die schier endlose Reihe polizeilicher Saalabreibungen, polizeilicher Denunziationen von unbedeutend geringen Arbeitern bei den Unternehmern, polizeilicher Agitationen für die braven christlichen Gewerkschaften Revue passieren lassen, wenn wir all das fast ungläubliche und Empörende, diese zahllosen Beispiele der Polizeibege auf Sozialdemokraten und Gewerkschaftler, die da einzelne auf weitenweite Entfernungen bis zur völligen Existenzvernichtung verfolgt, noch einmal überschauen, dann wissen wir, daß die Feststellung des Bochumer Gerichts, ein System sei hier nicht bloßgelegt, vor einer Instanz doch nicht bestehen wird. Und diese Instanz ist höher als das Reichsgericht und diese Instanz, das Reichsgericht des Volkes, wird sprechen: Hier ward ein schändliches System enthüllt! Hier ward angelegt der Mißbrauch der Amtsgewalt zu parteipolitischen Zwecken! Und das Reichsgericht des Volkes wird Sühne heißen. Und wird sie nicht erhalten. Denn die Beamten handeln stets in gutem Glauben!

Politische Uebersicht.

Berlin, den 22. Juni 1907.

Ultramontane „Jugendfürsorge“.

Der Katholikentag in Essen hat einen Beschluß gefaßt, der allenfalls die Gründung von Vereinen katholischer Jugendfreunde empfiehlt, deren Zweck sein soll, „innerhalb des katholischen Deutschland Interesse für das neue soziale Problem der Jugendfürsorge zu erwecken“. Solche Vereine haben sich unterdes in einer ganzen Anzahl von Städten gebildet, so in Köln, Aachen, Elberfeld, Hamm; in Bildung begriffen sind Vereine in Berlin, Essen und Gomet. Die Vereine sind zu einem Verband zusammengetreten, dem außerdem noch 110 Einzelmitglieder angehören. In Köln tagte jüngst der Verbandsschluß, der als weitere Ziele der Vereine katholischer Jugendvereine bestimmte 1. eine umfassende Aufklärung in Sachen der Jugendfürsorge für alle Stände und Volksschichten, 2. eine entschiedene Stellungnahme zu den modernen Erziehungs- und Bildungsfragen. Der Verband gibt ein eigenes Organ heraus, das zunächst in zwangloser Reihenfolge erscheint; auch hat er bereits eine Anzahl Flugblätter für die schulentlassene Jugend verbreitet.

Der Eifer der Liberalen um die Jugend ist zurückzuführen auf die von sozialdemokratischer Seite unternommenen Bestrebungen zur Sammlung und Aufklärung der Jugend. Die christlichen Gewerkschaften, die liberalen Jugendvereine, die ultramontanen Diensthilfsorganisationen — alles das ist ins Werk gesetzt, um der sozialistischen und Klassenbewußten Arbeiterbewegung zur höheren Ehre desentrums entgegenzuwirken. Jetzt richtet man in Jerusalem Lager das Auge auch auf die Arbeiter-Turnvereine. Der Münchener „Arbeiter“, das Blatt der katholischen Arbeitervereine Süddeutschlands, weist hin auf die Erfolge und Bestrebungen des Arbeiter-Turnerbundes und meint dann:

„An uns liegt es deshalb nicht zuletzt, der Ausbreitung derartiger Turnvereine hemmend in den Weg zu treten. Solches darf aber nicht nur dadurch geschehen, daß wir gegen diese sozialistischen Turn-, Sing- und Radfahrervereine usw. mit Worten ankämpfen, wir müssen vielmehr dazu übergehen, in unseren Vereinen der Körperpflege das größtmögliche Augenmerk zu schenken und besonders der Jugend Gelegenheit zum Turnen zu geben. Soll ein gut Teil der Arbeiterschaft und der kommenden Generation nicht durch das „sozialistische Sportwesen“ mit falschen Ideen volgestopft werden, so müssen wir auf unserer Seite Opfer an Zeit und Geld für diese Sache bringen.“

Wenn wir demnach von der Gründung ultramontaner Arbeiter-Turnvereine hören, so wissen wir, daß auch hier wieder die Sozialdemokratie als die Anregerin anzusehen ist. —

Modernes Heidentum.

Die „Germania“ entwirft sich darüber, daß im Deutschen Reich eine stetig wachsende Anzahl von Personen der Kirche den Rücken kehrt und auf ihre sogenannten „Gnadennittel“ verzichtet. „Nach einer Statistik“, schreibt das Blatt, „wurden im Jahre 1904 in Berlin von 47200 Kindern, die geboren wurden, 8800 nicht getauft; von 20730 unter Christen geschlossenen Ehen wurden 7888 nicht kirchlich eingetragene, und von 22000 Verstorbenen wurden 17000 (also über die Hälfte) nicht kirchlich beerdigt. Das sind fürchterliche Zahlen, die den Weg ins Heidentum mit erschreckender Deutlichkeit zeigen. So wächst mitten in der Christenheit ein heidnisches Geschlecht heran.“ Schreibt dazu mit Recht eine protestantische Kirchenzeitung. Was wird man von einem solchen Geschlecht nach zwei oder drei Generationen zu erwarten haben?

Sicherlich keine Verehrer des heiligen Rocks von Trier oder anderer ähnlicher Reliquen!

Der Kommunalfreisinn und das städtische Wahlrecht.

Eine der wenigen Stadtgemeinden Schleswig-Holsteins, die den kommunalen Wahlsensus noch nicht eingeführt hatte, war die Eiderstadt Lönning an der Westküste der Provinz. Sie einer Schiffswerft mit mehreren hundert Arbeitern. Der 600 R. Einkommen versteuerte, besah bis jetzt das Bürgerrecht und durfte an den kommunalen Wahlen teilnehmen. Da trat zum ersten Male im Herbst vorigen Jahres die Arbeiterschaft in eine energische Agitation für selbständige Beteiligung an den Stadtverordnetenwahlen ein, und es gelang ihr auf den ersten Schlag, zwei Mandate zu erringen. Des honesten Bürgertums der Stadt, die zum freisinnig vertretenen 4. schleswig-holsteinischen Reichstagswahlkreis gehört, bemächtigte sich eine förmliche Panik, obwohl der sozialdemokratische Wahlsieg zur Hauptsache der Faulheit und Interessenlosigkeit der Spieler zuzuschreiben war. Schon sah man im Geiste über dem Rathaus die blutrote Fahne der Revolution wehen. Dieser Gefahr begegnete man in echt freisinniger Weise. Zunächst wurde, vor einiger Zeit, die sogenannte Große Städteordnung eingeführt, angeblich aus technischen Verwaltungsschichten, tatsächlich aber, weil die „Große“ die Erhöhung des Wahlsensus bis zu 1500 R. zuließ. Daß diese „Rangerhöhung“, die die Arbeiter gleich argwöhnien und deshalb auch ihre Vertreter auf dem Rathaus entschieden dagegen gewesen, wirklich keinen anderen Zweck hatte, geht aus der soeben veröffentlichten Tagesordnung zu der städtischen Sitzung, die am Montag stattfindet, hervor. In dieser Sitzung soll ein Ortsstatut beraten werden, das die Erhöhung des Sensus einführt und zwar gleich bis zum höchsten Sage von 1500 Mark, der sonst in der Provinz nur in Wandsbeck Geltung hat.

Damit ist natürlich die Arbeiterschaft ein für allemal von der Vertretung im Stadtparlament ausgeschlossen, und wenn das Ding, wie es meist bei solchen schleswig-holsteinischen Wahlrechts-eskavationen üblich, rückwirkende Kraft erhält, verliert sie sofort ihre beiden Mandate.

Denning ist eine „Hochburg“ des Marktfreisinn, und dem freisinn im 4. schleswig-holsteinischen Kreise wurde bei den letzten Wahlen allein durch sozialdemokratische Hilfe das Mandat gerettet. Nun erhalten die Arbeiter die christlich-freisinnige Kulturstiftung für ihre Dienste. —

Die Volksschule in Württemberg.

Die württembergische Kammer der Abgeordneten hat heute einen Antrag des Bauernbundes betreffend statistische Erhebungen über die Höhe der Mittel, die erforderlich sein würden, um die persönlichen Ausgaben der Gemeinden für Volksschulen auf den Staat zu übernehmen, mit 54 gegen 23 Stimmen sowie einen sozialdemokratischen Antrag, die Regierung zu ersuchen, die Übernahme der Volksschullasten auf den Staat in Erwägung zu ziehen, mit 55 gegen 23 Stimmen des Zentrums angenommen. Die Regierung hatte sich gegen beide Anträge erklärt.

Pfäfer brummt.

Der Erste Staatsanwalt am Landgericht Berlin I hat der „Vossischen Zeitung“ folgende Verächtigung zugesandt:

„Graf Pfäfer-Klein-Schirne verhielt sich im Oktober 1906 und März 1907 gegen ihn erkannten Strafen von insgesamt vier Monaten Gefängnis seit dem 25. Februar 1907 ohne Unterbrechung; wiederholt von ihm eingereichte Urlaubsgesuche sind abgelehnt worden.“

Die „Vossische Zeitung“ fühlt sich sehr erleichtert, sie hat selten einer Verächtigung mit so aufrichtiger Befriedigung Raum gegeben. Sie können ihr indes versichern, daß der Sozialdemokratie noch immer genug Agitationsstoff bleibt. —

Erbschaftsteuerstatistik. Der Bundesrat hat den Bestimmungen über die Erbschaftsteuerstatistik seine Zustimmung erteilt. Die Erbschaftsteuerämter haben danach, wie die Münchener „Allg. Ztg.“ mitteilt, über den bei ihnen nach dem Gesetze vom 3. Juni zur amtlichen Behandlung kommenden Erwerb von Todes wegen und durch Schenkung unter Lebenden und über die von diesem Erwerb entrichtete Erbschaftsteuer je für den Zeitraum eines Rechnungsjahres statistische Aufzeichnungen zu führen. Diese Aufzeichnungen sollen dienen dem statistischen Nachweis über:

- a) die Verteilung des der Erbschaftsteuer unterliegenden Gesamtvermögenserwerbes von Todes wegen und durch Schenkung unter Lebenden und der davon entrichteten Erbschaftsteuer auf die einzelnen Gruppen der Erwerber, unterschieden nach der Höhe des Einzelerbes; b) die Verteilung des von der Erbschaftsteuer befreiten Erwerbes von Todes wegen, unterschieden nach den einzelnen Befreiungsgründen; c) die für den Erwerb von Todes wegen und durch Schenkung unter Lebenden eingetretenen Befreiungen und Ermäßigungen zugunsten land- und forstwirtschaftlicher Grundstücke; d) die Verteilung des Gesamtvermögenserwerbes des steuerpflichtigen Nachlasses und der steuerpflichtigen Erbenleistungen auf unbewegliches und bewegliches Vermögen und die darauf ruhenden Verbindlichkeiten und e) den Umfang der Stundung der Erbschaftsteuer. —

England.

Ein interessanter Wahlkampf.

London, 20. Juni. (Fig. Ver.)

In der Grafschaft Durham spielt sich augenblicklich einer der interessantesten Wahlkämpfe ab, die England je erlebt hat. In Jarrow starb vor einigen Wochen das liberale Parlamentsmitglied der Stadt Sir C. R. Palmer, wodurch eine Nachwahl nötig wurde. Man feiert Sir Palmer als den „Gründer“ der Stadt Jarrow. Zur Zeit als Sir Palmer das erste Eisenwerk gründete, war Jarrow ein kleines Bergarbeiterdorf. Heute ist es eine Fabriksiedlung von 40000 Einwohnern. Sir Palmer, zu Newcastle am Tyne im Jahre 1822 geboren, war der Sohn eines Schiffbauunternehmers. 1850 gründete er in Jarrow die erste Schiffswerft. Heute besitzt die Familie Palmer daselbst große Schiffswerften und Eisenwerke. Im Jahre 1875 wurde Palmer erster Bürgermeister von Jarrow, und 1886 wählte die Stadt ihn ins Parlament, welche Stellung er bis zu seinem Tode bekleidete. Von der Königin Viktoria erhielt er 1886 den „Sir“-Titel.

Bis zu den allgemeinen Wahlen 1906 wurde Sir Palmer ohne Opposition ins Parlament gewählt. Im letzten Wahlkampf stand ihm der Sozialist und Gewerkschaftsführer Pete Curran gegenüber und das Stimmenergebnis war folgendes: Palmer erhielt 8047, Pete Curran 5093 Stimmen. —

Im jetzigen Wahlkampf stehen sich nicht weniger als vier Kandidaten gegenüber, und zwar ein Liberaler, ein Konservativer, ein Vertreter der Arbeiterpartei (Pete Curran) und ein irischer nationalisierender „Arbeiterkandidat“. Letztere Kandidatur verleiht dem Wahlkampf ein ganz besonderes Interesse. Man berechnet nämlich die Zahl der irischen Wähler auf drei bis viertausend, und man hat angenommen, daß die große Mehrzahl der Irländer bei der letzten Wahl ihre Stimme dem Arbeiterkandidaten gab, zumal da Pete Curran selbst Irländer ist und stets mit ganzem Verstand für ein „selbständiges Irland“ eintrat.

Der Frontwechsel der Irländer erklärt sich nun aus der Situation, die durch die Fehlgabe der Irish-Council-Bill geschaffen wurde. Vergangene Woche kam die parlamentarische Fraktion der Irren zu einer Besprechung über die hierdurch geschaffene Lage zusammen, und das Resultat war ein Manifest, welches alle irischen Wähler Englands (d. h. solche, die außerhalb Irlands leben) auffordert, in Zukunft ihre Stimmen nur an nationalisierende Kandidaten zu geben; denn das Schicksal der „Irish-Council-Bill“ habe bewiesen, daß die vollständige Selbstverwaltung nur dann erreicht werden könne, wenn die Irländer wie früher den Kampf für dieses Recht mit aller Kraft und unabhängig von allen englischen Parteien führten! — Nun ist Jarrow der erste Versuch nach dieser Richtung und mit großer Spannung erwartet man das Resultat dieses Wahlkampfes.

Gerade innerhalb der Arbeiterpartei hat das Vorgehen der Irländer in Jarrow große Erregung erzeugt. Die Arbeiterklasse hat den Kampf der Irländer stets mit dem größten Interesse und der größten Sympathie verfolgt. Als man sich an die Gründung einer einheitlichen parlamentarischen Arbeiterpartei heranmachte, diente die „irische Taktik“ als Vorbild. Warum also der Arbeiterpartei und noch dazu einem irischen Sozialisten und Demagogen den Fehlgabe zuschreiben? — Es sieht sehr, daß der irische Nationalismus im irischen Volke Charaktereigenschaften und Ideen erzeugt hat, die jeder großzügigen Politik hindernd im Wege stehen. Bis jetzt hat der Sozialismus in Irland nur sehr wenig Fortschritte gemacht. Die große Masse des Volkes steht vollständig im Banne der irischen parlamentarischen Partei, die aber ausschließlich von kapitalistisch-junkerlichen Interessen geleitet wird. Durch nichts ist dies klarer zum Beweise gebracht als durch das Vorgehen in Jarrow, das aber schließlich, so sehr es auch zu beklagen ist, der organisierten Arbeiterklasse doch durch die weitere Klärung der allgemeinen Situation zum Nutzen gereichen wird.

Gewerkschaftliches.

Ordnungsstücken.

Wenn ein organisierter Arbeiter in der Notwehr gegen Arbeitswillige nur mal ein böses Wort ausspricht, gleich ist die Staatsanwaltschaft bei der Hand — die Ordnung zu schützen. Und die bürgerliche Presse weilt über Terrorismus und über Raub der

Verbändler. Schönender Milde erfreuen sich aber die arbeitswilligen Madouhellen. Bedrohen und beschimpfen Andersdenkende, haben sie aus edlen Ordnungstrieben gehandelt und sorgsam beschwiegen man das unsolidarische Handeln bei Bandalen. Wenn ein geschäftlicher Arbeitswilliger hohe Erzeffe berührt, dann weiß man nur, daß er Arbeiter ist. So teilte das „Nizdorfer Tageblatt“ in einer seiner letzten Nummern mit, der Töpfergeselle Otto Starck habe mit noch einem Kollegen zusammen aus Rache, weil Starck vom Töpfermeister Paul Schulz, Nizdorf, Hannenstr. 21, wegen zu schlecht ausgeführter Arbeit keinen Lohn erhalten habe, einen Ofen und einen Kochherd abgerissen, das Material zertrümmert und auch noch andere Leuten lädiert. Das „Nizdorfer Tageblatt“ verzögert dabei anzuführen, daß die Helden als Arbeitswillige sich einer gewissen Beliebtheit und Anrecht auf Schonung erfreuen. Die Firma Schulz war von dem Verband der Töpfer gesperrt, weil die Töpfer am Pfingstfestabend ihren Lohn nicht erhielten. Es fanden sich nun aber sofort einige der berühmten nützlichen Elemente, die von unseren Unternehmern und von dem „Nizdorfer Tageblatt“ nicht genug in Schutz genommen werden können, um den Meister aus der Paßche zu helfen.

Auch Starck war einer von diesen. Er ist anscheinend ein grundsätzlicher Arbeitswilliger. Bei der gesperrten Firma Runge hat er ebenfalls als solcher fungiert. Auch hat er am 17. Januar 1907 an den Töpfermeister Sch. geschrieben, daß, wenn dessen Firma gesperrt werden sollte, er sich als williges Element zur Verfügung stellen würde.

Hieraus ist zu ersehen, was Weißes Kind Starck ist.

Mit welchen Mitteln gelbe Vereine arbeiten, davon legt Zeugnis ab der nachfolgend wiedergegebene Brief, den ein ei einem Parteigenossen beschäftigter Friseurgehilfe erhielt. Der Brief lautet:

Spandau, den 10. Juni 1907.
Herrn Emil Schmüder

Hier

Lynarstr.

Es hat mich schmerzlich betrübt, zu erfahren, daß Sie Ihre Stellung in einer derartigen Weise gewechselt haben, wie ich von einem Vereinsmitgliede nie erwartet hätte, speziell, wenn man sich schriftlich verpflichtet hat, so etwas nicht zu tun. Daß gerade Sie wortbrüchig werden hat mich überrascht, da ich von Ihnen stets eine gute Meinung gehabt habe. Haben Sie sich auch reiflich überlegt, was für Nachteile Ihnen dadurch entstehen? Ich kann nicht umhin es Ihnen vorzuhalten. Erstens verlieren Sie Ihre Innungspapiere und zwar schon im Laufe des heutigen Tages, zweitens ist es selbstverständlich, daß Sie aus unserem Verein ausgeschlossen werden und dadurch die Achtung Ihrer Kollegen verlieren und drittens werden wir es Ihnen unmöglich machen, jemals bei einem Innungsmeister wieder zu arbeiten und Sie wissen, ich mache keine halbe Arbeit. Ich werde alles Mögliche tun, unserem Versprechen der Innung gegenüber nachzukommen. Sie können dadurch nur schwere Nachteile erwarten. Sie können sich rehabilitieren, wenn Sie meinen Vorschlag annehmen. Sie verlassen Ihre jetzige Stellung möglichst sofort, und steht Ihnen von Stunde ab eine Stellung bei Herrn Matthes, Kurstr. 16, frei, in der Sie zum mindesten dieselben Annehmlichkeiten haben werden, wie in der jetzigen Stellung. Wenn gleich Herr Matthes kein Innungsmitglied, so geb ich Ihnen hiermit doch die Versicherung, daß Ihnen die Innungspapiere überlassen werden.

Ich gebe mich der angenehmen Hoffnung hin, daß Sie meinen Vorschlag annehmen werden und dadurch Ihrem Versprechen die Ehre geben.

(Stempel.)
Verein der Barbier- und Friseurgehilfen Alexander Reich,
von Spandau. Vorsitzender.

Berlin und Umgegend.

Die Gelben in den Gebr. Siemens-Werken

Charlottenburg und Lichtenberg (Kohlenstift-Fabriken.)

Nach bekannnten Beispielen ist man auch in obigen Werken rühmig bei der Arbeit, dem Einflusse der modernen organisierten Arbeitskräfte durch eine Unterstützungsvereinigung (gelbe Vereinigung) Hindernisse zu bereiten. Und der ganzen Sache einen fruchtbareren Boden zu sichern, bestellte man die im Werk vorhandenen, aus den Reihen der ehemaligen Arbeiter hervorgegangenen Vorarbeiter als Agitatoren.

Und die stumpfsinnigen Gewalt- und Drosselmittel müssen herhalten, um die Schutztruppe der Direktion zu stärken. Wiederholt ist erklärt worden: Wenn nicht bald Farbe bekannt wird, erfolgt die Entlassung, und es sind bereits ein ganz Teil Fälle zu verzeichnen, wo man tatsächlich im angebotenen Sinne verfahren ist.

Einzelne Vorarbeiter trachten danach, prunken zu können; meine Abteilung resp. Kolonne ist sauber, d. h. ist nun durch meine Tätigkeit „gelb“ geworden.

Nachdem im Auftrage der modernen Organisierten die Direktion wegen des Treibens der gelben Brüder interpelliert worden ist, scheint man oben doch Veranlassung genommen zu haben, etwas abzuweichen; das war allerdings gegen die Ansicht der Agitatoren und mußte nun doch ein neues Mittel ausfindig gemacht werden, die Hartköpfigen den Klauen der freien Organisation zu entreißen. Man suchte und fand endlich einen Ausweg, der mit einem Schlage das Werk vollenden sollte. Es war dem einigenden Einflusse des Fabrikarbeiter-Verbandes im Frühjahr gelungen, den Reinstundentag zur Einführung zu bringen, auch wurden einige kleinere Lohnbewegungen in den einzelnen Abteilungen erfolgreich durchgeführt. Das wollten die Gelben nachmachen und damit den „Freien“ das Wasser abgraben!

Wahr ein genialer Gedanke. Man hat unterkühlt um ein paar Pfennige Lohnhöhung. Darob großes Zusammenlaufen, Konferenzen mit den Meistern und Vorarbeitern! Das Resultat stundenlanges Beratung? Es kam folgende Vorkast: Durch Vorstelligwerden der Unterstützungsvereinigung hat die Direktion die Ueberzeugung gewonnen, daß die vorhandenen Stundenlöhne in einigen Fällen um 2-3 Pfennige pro Stunde aufgebessert werden können!

Nun haben die Gelben ihre neue, unbedingt ziehende Agitationsparole und wird die Werkleitung die Früchte später schon einzuheimsen wissen. Der Grund der Lohnzulagen ist durchsichtig genug.

Den intelligenten Arbeitern streut man mit derartigen Manipulationen keinen Sand in die Augen. Sie haben den wahren Wert einer wirklichen Kampforganisation kennen gelernt und werden, unbeschadet der Agitationsweise der Gelben, nach wie vor ihre ganze Kraft in den Dienst der Aufklärung für die moderne Arbeiterbewegung stellen.

Die Zuschneider und Zuschneiderinnen der Konfektion hatten am 21. Juni bei Drais eine gut besuchte Versammlung mit der Tagesordnung: „Beschlußfassung über die Firmen, die den Lohnzuzug noch nicht anerkannt haben.“ Vor das sah referierte. Bekanntlich ist der mit der Vereinigung der Konfektionäre abgeschlossene Tarif, abgesehen von anderen Firmen, auch von verschiedenen Mitgliedern der Unternehmervereinigung nicht anerkannt worden. Es liegt das wesentlich an den dort beschäftigten Zuschneidern, die sich zum Teil durch Versprechungen zu Sanderabmachungen haben bewegen lassen. Eigenartig vorgegangen ist Adalbert Stier. Mit Entlassung wurde bedroht, wer nicht aus dem Verband austritt. Neun ältere Zuschneider, die erst für den Tarif eintreten, haben sich dadurch Kleinriegen lassen. Außer einer Brandmarke des Verfahrens von Stier wäre nach

Redners Meinung nötig, seine Schneider zusammenzurufen und durch sie einen Druck auszuüben. Im übrigen wäre der Vorschlag eines Kleinrieges zu machen. — Im Laufe der Debatte wurde von Kämming festgestellt, daß auf 50 Anschriften an Firmen, die den Tarif nicht bezahlen, erst 8 Antworten eingelaufen sind, fast alle ausweichend, weil die Chefs oder einzelne von mehreren Kompagnons verzeilt seien. Bei den Firmen, die nicht bewilligt haben, kommen 131 Zuschneider und 35 Zuschneiderinnen in Betracht. Als Taktik wäre zu empfehlen, da zuerst vorzugehen, wo die Kollegen genügend organisiert seien, und die anderen Kollegen und Kolleginnen in Geschäftsführungen zur Organisation heranzuziehen, damit dann auch in den weiteren Betrieben die Durchführung des Tarifs versucht werden könne. Die zu den tariflichen Bedingungen arbeitenden Zuschneider müßten ebenfalls alles daran setzen, dies zu fördern. Es sei ihr eigenes Interesse im Hinblick auf die Tarifbestimmung, daß der Tarif hinsichtlich der Lohnzulagen, wenn nicht bis zum 1. September 70 Proz. der handelsgerichtlich eingetragenen Firmen, die mindestens drei Zuschneider oder Zuschneiderinnen haben, ihn anerkannt hätten.

Einstimmig angenommen wurde eine Resolution, welche die Ortsverwaltung verpflichtet, bei den Firmen, wo der Tarif nicht anerkannt ist, sofort die notwendigen Schritte zu tun. Die Ortsverwaltung soll sich mit den dort beschäftigten Kollegen verständigen, um die Anerkennung des Tarifs durch Arbeitsniederlegung und Sperre zu erzwingen. Die Versammelten sicherten ihre tätige Mitwirkung zu.

Herr Bädermeister Busch schreibt uns:

Es ist nicht der Wahrheit entsprechend, daß ich dem Feuerwehrrückkommando eine Anzeige darüber gemacht habe, daß die Mannschaften aus Anlaß des Bäderstreiks die Badware bei mir abbestellt hätten. Ich bin durch den betreffenden Brandinspektor darüber vernommen worden und habe dadurch von der Anzeige erfahren. Von dem dieselbe ausgegangen, ist mir völlig unbekannt. Ich hätte für mich daraus, daß die Feuerwehrlente bei mir nichts mehr hielten, kein Recht hergeleitet, dieselben hinterücks zu denanzieren, denn als vernünftig denkender Mensch stehe ich selbstverständlich jedem, ob Beamter oder Arbeiter, in seinen Privatsachen völlige Freiheit seiner Handlungen zu.

Ich bitte also höflichst davon Kenntnis zu nehmen, daß ich der Anzeige an das Feuerwehrrückkommando vollständig fernstehe, auch keine Ahnung habe, von wem dieselbe ausgegangen ist.

O. Busch, Oberbergerstraße.

Den christlichen Gewerkschaften ist Heil widerfahren.

Zum Schlusse der 15. Jahreskonferenz des Verbandes der evangelischen Jungfrauen Deutschlands beschäftigte man sich auch mit der Frage, wie sich die Jungfrauenvereine zur Gewerkschaftsbewegung stellen werden. Es wurde hervorgehoben, daß natürlich nur die christlichen Gewerkschaften mit ihren 300 000 Mitgliedern für die Jungfrauenvereine in Betracht kommen können. Diese Organisierung der Stände müsse unterstützt werden aus dem Grunde, um der Sozialdemokratie bei ihrer Agitation Abbruch zu tun.

Das Wohl der Arbeiter ist Lebenssache, ja vielleicht gerade um der fruchtbareren Arbeit der freien Gewerkschaften entgegenzuwirken, sollen die Zersplitterungsorganisationen unterstützt werden.

Das nennt sich christlich!

Deutsches Reich.

Der Streik der Minettegräber in Lothringen beendet.

Nach am Sonntag betonten die christlichen Führer in allen Versammlungen, daß der Streik um Verbesserung des lothringischen Knappschaffstatuts nicht eher beendet werde, bis die Forderungen: rückwirkende Kraft, geheime Altestenwahl, gleiche Pensionen auch für Ausländer, welche in ihre Heimat nach ihrer Invalidisierung zurückkehren, erfüllt seien. Doch schon am 19. Juni wurde auf einer christlichen Bezirkskonferenz der Abbruch des Streiks beschlossen. Die begründende Resolution lautet:

„Die heute am 19. Juni 1907 zu Driedenhofen tagende Bezirkskonferenz der Delegierten des „christlichen“ Gewerkschaftsausschusses mit der Generaldirektion der Rombacher Hüttenwerke. Die Generaldirektion gab dem Arbeiterausschuß die Zusicherung, daß den Arbeitern die in den Gruben der Rombacher Hüttenwerke zurückgelegten Dienstjahre bei späterer Pensionierung angerechnet werden. Auch stellte Herr Generaldirektor G i n s b e r g dem Arbeiterausschuß die Zurücksetzung der abgeleiteten Strafen für Kontraktbruch sechs Wochen nach Wiederaufnahme der Arbeit in sichere Aussicht. Daraus beschloß die Konferenz, ihren streikenden Kameraden die Wiederaufnahme der Arbeit für Freitag, den 21. Juni ex. zu empfehlen.“ (Vorstehende Resolution wurde einstimmig angenommen.)

Obwohl die „christlichen“ Führer in einer vorher stattgefundenen Konferenz den Altverbändlern noch mit großen Worten unter die Augen gingen, gaben sie sich auf einmal mit leeren Versprechungen eines Grubendirektors zufrieden. Der Herr Direktor behielt sich mit Gewerkschafts-Genehmigung sogar das Recht der Maßregelung vor. Wenn es also den Herren der Rombacher Werke einfallen könnte, alle die alten Kameraden, die mit an der Spitze des Streikes standen, zu maßregeln, so ist es seiner Verpflichtungen auf Einführung der rückwirkenden Kraft los. Die Altverbändler beschloßen, da sie bis jetzt mit den Christlichen solidarisch während des Streiks gewesen seien, auch sich solidarisch beim Streikabbruch zu zeigen, obwohl die „christlichen“ Führer die Schuld trügen, daß gleich bei Anfang des Streiks nicht noch andere Forderungen aufgestellt worden sind. Zahlreiche Uebertritte aus den Gewerkschaften zum Verband sind der Erfolg der schlauen „christlichen“ Taktik. Die Christlichen hätten gerne gesehen, wenn die Verbändler anders gehandelt hätten, dann konnte man diese für den Streikabbruch verantwortlich machen. Die Spekulation ging fehl, man mußte zum Streikabbruch greifen und sucht nun die mißlungene Aktion als Erfolg hinzustellen. Der alte Verband, dessen Mitglieder sich nur im Solidaritätsstreik befinden, nahmen in ihrer Vertrauensmännerkonferenz folgende Resolution an:

„In Anbetracht dessen, daß die Konferenz des „christlichen“ Gewerkschaftsausschusses den Streik abzubringen, fordert auch die Konferenz des alten Verbandes ihre Mitglieder auf, solidarisch mit den christlichen Kameraden die Arbeit wieder aufzunehmen; erklärt aber, daß von Anfang des Streiks an so viele Fehler von den christlichen Streikführern gemacht wurden, daß auf dieselben ein großer Teil der Schuld, daß dieser fünfjährige Kampf so schlecht für die Lothringische Bergarbeiter abschloß, zurückfällt.“

Der alte Verband hat bei diesem Streik gezeigt, daß nur er es ist, der wirklich die Interessen der Bergarbeiter vertritt. Deshalb hinweg mit den christlichen Zersplitterungsvereinen!

Erfolg der Steinarbeiter. Ohne Streik gelang es 200 Steinarbeitern in Blaubeurg in der Oberpfalz eine 10prozentige Lohnzuzug und einen Spezialtarif von der Bahrgesellschaft Sanitäts-Gesellschaft zu erreichen. Ein Erfolg, der um so höher anzuschlagen ist, als die Firma lange Zeit sich hartnäckig sträubte.

Den Achtstundentag haben die Steinarbeiter Pirnas erlangt. Außerdem gelang es, für die 130 Steinmehnen nach fünf Wochen langen Streik den Bezirkstarif von Dresden zu erhalten, wonach sie eine 12-13prozentige Lohnzuzug erhalten werden. Interessant ist hierbei, daß der Unternehmer Schritt für Schritt an die 5, 8, 10, und endlich an die 13prozentige Erhöhung heran-

Aus der Textilindustrie. Als im Jahre 1906 endlich auch die Textilarbeiterchaft erwachte und sich, speziell in der Metropole der süddeutschen Textilindustrie, in Augsburg, in Massen dem Deutschen Textilarbeiterverband anschloß zur Erlämpfung des Reinstundentages, da führten die Textilindustriellen für ganz Süddeutschland „freiwillig“ den Reinstundentag ein. Nun zeigt sich aber in letzter Zeit wiederholt die für die Arbeiterbewegung recht interessante Tatsache, daß da, wo nach der Ueberzeugung der Unternehmer die Arbeiter schwach organisiert sind, oder wo die Arbeiter nach erzogenem Sieg der Organisation wieder den Rücken kehren, die Unternehmer nun nach und nach wieder den Elftundentag zur obligatorischen Einrichtung machen — mit Erfolg! Für die Gesamtarbeiterchaft eine sehr wertvolle Lehre!

Erfolgreiche Lohnbewegung.

Zwischen dem Zentralverband der Maschinisten und Heizer und den Mannheimer Keedereien, unter Führung des Allgemeinen Arbeitgeberverbandes Mannheim-Ludwigsafen, ist nach zweitägigen Verhandlungen ein Lohnzuzug mit zweijähriger Geltungsdauer abgeschlossen worden. Hierdurch bleibt Mannheim von einem schweren Kampf verschont. Die hiesigen Filialhäuser auswärtiger Keedereien werden jedoch bestrickt. In Betracht kommen: Raab-Karcher, Stachelhaus, Stinnes und andere Speyerer Ziegelwerke. Von auswärtigen Firmen hat sich Sinner-Grünwinkel dem Vertrag angeschlossen. Die wichtigsten Bestimmungen des Vertrages sind: Für 2. Maschinisten 34 M., 3. Maschinisten (Oberheizer) 32 M., Heizer 28 M., Hafenmaschinisten, Voote bis zu 20 HP., 37 M., bis zu 25 HP., 39 M., darüber 40 M. je pro Woche. Heizer auf Schlepbooten erhalten im Juni, Juli und August 2 M. Zulage, die bis zum Abgang als Kaution stehen bleibt.

Die Fahrzeit beträgt im Maximum 16 Stunden. Mindestnachruhe 6 Stunden. Für Aufstehen und Klarmachen wird zwei Stunden gerechnet, jedoch nicht besonders bezahlt. Ueberstunden werden mit 60 Pf. für Maschinisten und 50 Pf. für Heizer bezahlt. Sonntagsüberstunden: Maschinisten 75 Pf., Heizer 60 Pf. Ferner werden pro Vierteljahr drei freie Sonntage für Streckenboote garantiert. An den drei höchsten Festen je ein freier Tag für alle Voote. Hafenboote jeden Sonntag ein halber freier Tag. Streikarbeit seitens der Firmen und Maßregelungen sind verboten.

Ausland.

Zur Handschuhmacherauspeirung in Prag, von welcher welcher bereits in Nr. 139 des „Vorwärts“ Mitteilung gemacht wurde, ist zu berichten, daß von ihr zirka 1300 Handschuhmachergehilfen betroffen werden. Ein großer Teil ist bereits entlassen, für den Rest soll die Entlassung Ende nächster Woche erfolgen. Den Handschuhfabrikanten in Prag, gegenwärtig mit Aufträgen nicht überhäuft, kommt es lediglich darauf an, die Gewerkschaft zu schädigen und sie auf Jahre hinaus für den wirtschaftlichen Kampf unfähig zu machen. Obwohl die Arbeiter ihre Forderungen zurückzogen, provozieren die Unternehmer in jeder Weise den Konflikt und lehnen jede Unterhandlung ab. In der erzgebirgischen Stadt Auerham, wo die Prager Fabrikanten mehrere hundert Arbeiter beschäftigen, läßt man diese auch drei Wochen feiern, damit sie der Gewerkschaftsklasse als Arbeitslose zur Last fallen.

Zur Unterstützung der bedrohten Gewerkschaft erläßt das internationale Sekretariat der Handschuhmacher, dessen Sitz sich in Berlin befindet, einen Aufruf an die Handschuhmacher aller Länder.

Bergarbeiterkonferenz.

Am Mittwoch fand in London, unter Beteiligung von 126 Delegierten, eine Nationalkonferenz von Bergleuten statt. Jeder Minen-

distrikt war vertreten. Es wurde einstimmig beschlossen: „Die Konferenz empfiehlt, daß jeder Distrikt sobald als möglich an die Arbeitgeber herantreten soll, mit der Aufforderung, für die Basislohnrate von 1879 oder 1888 eine Basisrate nicht weniger als 80 Proz. der gegenwärtigen Prozentätze einzuführen, nach der alle zukünftiger Lohnhöherungen kalkuliert werden sollen.“

Es wird angenommen, daß man beabsichtigt, daß die gegenwärtige Basis um mindestens 30 Proz. erhöht werden soll, die immer noch die Basisrate unter unter 2½ Proz. des niedrigsten existierenden Lohnsatzes bilden würde.

Schließlich wurde beschlossen, daß der Präsident und Sekretär ersucht werden sollen, eine weitere Konferenz einzuberufen, um die Berichte der Delegierten über das Ergebnis ihrer Verhandlungen entgegenzunehmen.“

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Streik der Telegraphenbeamten.

Frankfurt a. M., 22. Juni. (B. L. Z.) Die „Frankfurter Zeitung“ meldet aus New York: In San Francisco sind die Telegraphenbeamten in den Ausstand getreten, weil ihre Verlangen nach einer Gehaltserhöhung von 25 Prozent abgeschlagen worden ist. Eine weitere Ausbreitung des Ausstandes wird einstweilen nicht erwartet.

Die hohe Mission der Unterdrückung.

Lissabon, 22. Juni. (B. L. Z.) Die Presse erhebt Widerspruch gegen das Dekret, das die Zivilgouverneure ermächtigt, Zeitungen zu unterdrücken. — Das Regierungsorgan schreibt heute in einem Artikel, das Kabinett werde fortfahren, seine hohe Mission zu erfüllen, gegen wen es auch sei, und um jeden Preis.

Generalstreik der Bäcker in Sicht.

Rom, 22. Juni. (B. S.) Ein Generalstreik sämtlicher Bäckergehilfen Italiens steht bevor.

Aus Sibirien entflohen.

Moskau, 22. Juni. (B. S.) Karpowitsch, der Mörder des ehemaligen Unterrichtsministers Bogolepow, ist aus Sibirien, wo er in den Aketischen Bergwerken Zwangsarbeit verrichtete, entflohen.

Zum Tode verurteilt.

Wiew, 22. Juni. (B. S.) Das Kriegsgericht verurteilte heute fünf Soldaten, darunter einen Sapper-Geistlichen, wegen Anstiftung des in der Nacht zum 18. Juni in dem Lager von Strych gemachten Meutereiverbuchs zum Tode.

Arbeitsunwillige Arbeitswillige.

New York, 22. Juni. (B. S.) Der Dampfer „Deutschland“ der Hamburg-Amerika-Linie hatte einen Tag Verpätung, da die wegen des Streiks angenommenen englischen Heizer sich unverträglich und arbeitsunwillig zeigten.

Die russische Revolution.

Der Triumph der Schwarzen Hunderte.

Für den Sinn und die Bedeutung des neuesten Staatsstreichs ist die „allerhöchste Depesche“ an den Vorstandsvorsitzenden des Verbandes „christlicher“ Leute, Dubrowin, sehr kennzeichnend. Die Depesche bezeugt die überaus schmeichelhafte Meinung des Zaren über die politische Reife und staatsbehaltende Rücksicht des Verbandes, der künftig sogar als „zuverlässige Stütze“ des Kaisers dienen soll.

Die unmittelbare Veranlassung zu dieser demonstrativen Auszeichnung bildete die alleruntertänigste Beglückwünschung zum Staatsstreich, die Dubrowin namens des Verbandes an den Kaiser sandte und in der u. a. versichert wird, daß nur unter der Obhut des „unbeschränkten Selbstherrschers“ Rußland geheilt und beglückt werden könne. Doch läßt der Inhalt der kaiserlichen Antwortdepesche darauf schließen, daß diese sich nicht nur auf die Beglückwünschung Dubrowins, sondern auf eine ganze Reihe telegraphischer Kundgebungen der Verbandssitzungen, die seit Erscheinen des verächtlichen schwarzen Kreuzes in der „Ruhloje Snamja“ veröffentlicht wurden (worauf wir seinerzeit aufmerksam machten), bezieht. Man muß also gestehen, daß die Tätigkeit des Jurischkewitsch, des Vizepräsidenten des Verbandes der „Christlichen“ und Mitglieds der zweiten Duma, viel größere und weitergehende Bedeutung hatte, als man bis jetzt annehmen konnte.

Bekanntlich haben die Depeschen sämtlicher Verbandssitzungen ganz konsequent die Duma beschimpft und ihre Auflösung verlangt. War es doch eben derselbe Jurischkewitsch, der noch auf dem zweiten Kongreß des „vereinigten Adels“, im November 1906, auf die hohe Bedeutung, die die Agitation der Verbandssitzungen der „christlichen“ Leute haben könnte, hingewiesen hat. „Rechen Sie sich, meine Herren, die Disziplin, die in den 205 Verbandssitzungen herrscht“, sagte er. „Der Zentralrat benachrichtigte die Sitzungen (es handelte sich damals um die geplante Erweiterung des Ansehens der Kronen der Juden), und was war die Folge? In 24 Stunden lagen bereits 205 Depeschen zu Füßen Seiner Majestät!“ Auch damals hatten Jurischkewitsch und seine Depeschen einen glänzenden Erfolg.

Jurischkewitsch schlug schon damals dem vereinigten Adel vor, diese disziplinierte Organisation auszunutzen, um die „unerlässliche Abänderung des Wahlgesetzes“ zu erwirken. Der vereinigte Adel hatte aber mit diesem Vorschlag keinen Erfolg. Nach Zusammentritt der zweiten Duma jedoch ließ Jurischkewitsch durch ein Zirkular vom 10. März d. J. Alarm schlagen. Bald darauf fand der dritte Kongreß des Adels statt, auf dem die Hauptzüge einer Wahlreform entworfen wurden, die jetzt verwirklicht sind. Der Adel hat nämlich in seiner alleruntertänigsten Denkschrift schon damals um folgende Kleinigkeit: „Ohne das bestehende Wahlsystem zu verlassen, bei dem Wahlverfahren in den Amtsbezirken die Kleinen Grundbesitzer in eine spezielle Gruppe abzusondern, und in Gouvernements-Wahlversammlungen die Bauern aus den übrigen Wählergruppen gleichzustellen, indem je ein Vertreter aus den vier Gruppen — Bauern, Großgrundbesitzer, Kleine Grundbesitzer und städtische Einwohner — gewählt wird; die übrigen Deputierten des betreffenden Gouvernements sollen dann (nach Erwählung der vier obligatorischen Gruppenvertreter) frei gewählt werden.“

Wie bekannt, bilden eben diese Punkte das Wesentliche, wodurch das Gesetz vom 16. Juni 1907 sich vom Gesetz des 24. Dezember 1905 unterscheidet. Diese Reform wurde also bereits auf dem Adelstag im November 1906 geplant!! Die Adligen haben jedoch schon damals ein, daß ohne einen Staatsstreich diese Reform nicht durchführbar ist. Sie empfahlen, diesen Staatsstreich noch vor dem Zusammentritt der zweiten Duma zu vollziehen, weil sie befürchteten, daß die zweite Duma ein „korrektes“ sein könnte, und dann wäre es schwer, sie aufzulösen. Der Ausgang der Wahlen hat dann ihren Eifer verschärft. Ohne sogar den Anfang der parlamentarischen Arbeit abzuwarten, begann Jurischkewitsch eine wilde Agitation gegen die „revolutionäre“ Reichsduma.

Im Lager der Verbandsführer herrscht ein unbeschreiblicher Jubel: ihre Lokale sind dekoriert und besetzt, Champagner fließt, flammende Reden werden gehalten. Die Zukunft scheint ihnen überaus rosig zu sein. Sie werden sich mit der Wahlreform nicht begnügen. Die kaiserliche Depesche wird sie zu neuen „patriotischen“ Taten aufmuntern.

Die Unterhandlungen der Kadetten mit Stolypin.

Während der Wahlen zur zweiten Duma wiesen die Kadetten die Beschuldigungen der Sozialdemokraten, daß sie mit der Regierung in geheimen Unterhandlungen ständen, in sittlicher Entrüstung zurück. Während der letzten Stunden der jetzt aufgelösten Duma erwachten diese Gerüchte wiederum. Jetzt erklären vier der angesehensten Kadettenführer: Matlaw, Strume, Bulgakow und Tschernomow in einem Briefe an die Redaktion der Zeitung „Nesich“, daß sie in der Nacht vom 15. auf den 16. Juni (das heißt in der Nacht vor dem Staatsstreich) bei Stolypin gewesen seien. Wodüber sie mit dem Ministerpräsidenten verhandelt haben, verweigern sie in diplomatischer Bescheidenheit.

Andererseits teilt Leroy-Beaulieu dem Korrespondenten der „Neuen Freien Presse“ mit, daß er bei einem seiner jüngsten Besuche bei Stolypin einen der Kadettenführer bei ihm getroffen habe. Diese Tatsachen werden das ihrige dazu beitragen, um das stark geklunne Vertrauen zu den Kadetten unter den demokratischen Elementen der Bevölkerung noch mehr zu verringern.

Die „Pressefreiheit“.

Infolge einer Anordnung der Ober-Presseverwaltung zitierten verschiedene Konverneure die ihren Bezirken ansässigen Herausgeber und Chefredaktoren zu sich und eröffneten ihnen, daß, sofern die Richtung des betreffenden Blattes innerhalb einer gewissen ziemlich kurz bemessenen Frist nicht geändert wird, das betreffende Blatt unterdrückt wird.

In Warschau wurden zwei populäre Zeitschriften bereits unterdrückt.

In Moskau wurde, wie ein Telegramm meldet, die gesamte liberale Presse am Freitag neuerdings vom Generalgouverneur mit hohen Geldstrafen belegt, weil sie Artikel, die übrigens ganz harmlos waren, über die jetzige Lage gebracht hatte.

Ein sozialistisches Manifest?

Ueber die angebliche Absicht der Sozialdemokratie und verwandter Parteien, ein Manifest herauszugeben, wird von bürgerlicher Seite folgendes höchst unklare Telegramm versendet:

Petersburg, 22. Juni. Das Zentralkomitee der sozialdemokratischen und der revolutionären Arbeitergruppe beschloß, ein gemeinschaftliches Manifest an das Volk zu erlassen, in welchem gegen die Auflösung der Duma protestiert und das russische Volk aufgefordert wird, seine eigene Volkswuma wieder herzustellen sowie auf der Expropriation des Gesamtbesitzes zugunsten der Beschäftigten zu beharren.

Eine Reform.

Das russische Verkehrsministerium arbeitet einen besonderen Agentypus für Gefangene aus, die per Eisenbahn nach dem Verbannungsort gebracht werden müssen. Ein Entkommen aus solchen Gefängniswagen ist undenkbar.

Die Wahlen in Rumänien.

Bukarest, 20. Juni. (Fig. Ber.)

Kurz vor Beginn der Wahlen schloß die „liberale“ Regierung ein Wahlbündnis mit den Konservativen, und so segnete „der liebe Gott“ auch uns mit einer — konservativ-liberalen Paarung. So ist denn das einzige oppositionelle Element im Lande nur noch die sozialdemokratische Arbeiterschaft. Leider aber sind die sozialistischen Organisationen viel zu jung und zu schwach; sie haben weder ein einheitlich-theoretisches noch ein praktisches Programm und sind der Situation noch nicht gewachsen. Immerhin beschlossen sie, den Wahlkampf zu einem Protest gegen das bestehende Dreiklassensystem, und zu einer Manifestation für das allgemeine, direkte Wahlrecht auszunutzen. Sie veröffentlichten also ein Manifest an die Wähler des zweiten und dritten Deputiertenkollegiums (Arbeiter- und Bauernkollegium) mit der Aufforderung, keinem der Kandidaten ihre Stimme zu geben, sondern die Stimmzettel mit einer der Forderungen: Allgemeines Wahlrecht, Amnestie, Arbeitergesetzgebung, Nieder mit den Junken! Nieder mit dem Ausweisungsgesetz! zu versehen.

Die Wahlen begannen am 20. Mai (2. Juni) mit den Senatswahlen (Herrenhaus). Der Senat besteht aus 110 Senatoren, von zwei aus 25 863 Wählern bestehenden Kollegien gewählt sind. Berechtigt zu diesen Wahlen sind nur diejenigen, welche mehr als 1800 Frank Steuern zahlen bezw. akademische Titel haben, also: die Großgrundbesitzer, Großkapitalisten und Professoren.

Table with 3 columns: Kollegium, Liberale, Konservative. Rows: Erstes Kollegium, Zweites Kollegium, Totals.

Die Wahlen für das Abgeordnetenhaus begannen am 26. Mai (8. Juni). Das Deputiertenhaus besteht aus 188 Abgeordneten, die von drei Wahlkollegien gewählt werden. Das erste und zweite Kollegium, die zusammen aus 50 841 Wählern bestehen, wählen 145 Abgeordnete, das dritte Kollegium, welches 880 535 Wähler zählt, wählt nur 38 Abgeordnete! Während also auf 23 172 Wähler aus dem dritten Kollegium ein Abgeordneter fällt, kommt schon auf 350 Wähler aus dem ersten und zweiten Kollegium ein Deputierter.

Da ferner sämtliche 25 863 Senatswähler obendrein auch Wähler der beiden ersten Abgeordnetenkollegien sind, ja sogar die Mehrheit der Wählerschaft dieser zwei Kollegien repräsentieren, so sind es tatsächlich dieselben Leute, welche außer dem Senat auch noch die 145 Abgeordneten (die erdrückende Majorität des Abgeordnetenhauses) des ersten und zweiten Deputiertenkollegiums wählen.

So ist es möglich, daß das Schicksal von 6 500 000 Seelen in den Händen von zweitausend zehntausend Großgrundbesitzern, Hausbesitzern, Großkapitalisten, Professoren liegt.

Table with 3 columns: Liberale, Konservative, Unabhängige. Rows: Erstes Kollegium, Zweites Kollegium, Zus. dritte Kollegium.

Zus. dritte Kollegium wurden sämtliche 38 Kandidaten der Regierung gewählt. Das Resultat von acht Stichwahlen sieht noch aus.

Das verruchte Dreiklassensystem in Rumänien gibt dem preussischen — wie die obigen Darlegungen zeigen — nichts nach.

Zum Kampf im Baugewerbe.

Hoffnungslos.

Der Verband der Baugeschäfte läßt durch eine Korrespondenz mitteilen, daß der Verband der Mittelung fernsteht, es seien jetzt schon so viele Meldungen Arbeitswilliger eingegangen, daß der Bedarf an Bauhandwerkern bei der am 1. Juli erfolgenden Öffnung der gesperrten Bauten völlig gedeckt ist. Es seien zwar schon viele Meldungen eingegangen, der Verband nehme aber nach wie vor Meldungen entgegen. Ueber die Zahl der gemeldeten Arbeitswilligen könnten aber vor dem 1. Juli keine Mitteilungen gemacht werden. Ebenso bestreitet der Verband der Baugeschäfte die Mitteilung der Streikleitung der Maurer, daß vom Arbeitgeberverbande bereits Massenquartiere für die erwarteten Arbeitswilligen eingerichtet seien.

Man will keine Angaben über die Zahl der Meldungen machen. Warum, können wir uns denken. Die Hoffnung ist geschwunden, daß der Eid zieht, und würde sich am 1. Juli herausstellen, daß man nur Leute auf dem Papier hat. Darum die Vorsicht! Die Bauunternehmer werden vorziehen, einzeln mit der Arbeiterorganisation Verträge abzuschließen, so daß der Verband der Baugeschäfte auf seinem Standpunkt verharren kann.

Die Freie Vereinigung der Maurer hielt am Freitagabend eine kurz besuchte Versammlung ab. Jeglin, der den Situationsbericht erstattete, führte unter anderem aus: Der Stand der Bewegung hat sich wenig verändert. Die Suche der Unternehmer nach Arbeitswilligen kann wenig Erfolg gehabt haben, denn sonst hätten sie schon die Bauten geöffnet. Wenn die Unternehmer glauben, sie könnten in Berlin Arbeitswillige genug finden, um am 1. Juli die Bauten zu besetzen, so ist auch diese Hoffnung verfehlt. Es ist dafür gesorgt, daß aus den Reihen der Berliner Maurer keiner zum Streikbrecher werden wird. Der Redner steht nicht auf dem Standpunkt, daß die Unternehmer nicht mehr zurückkönnen und daß sie sich blamieren würden, wenn sie jetzt mit den Arbeitern Frieden schließen. Wenn die Unternehmer Einsicht und soziales Verständnis haben, dann könnten sie die Forderungen der Arbeiter ohne weiteres bewilligen. Damit würden sie sich nicht blamieren. Aber es scheint, daß die Unternehmer die Absicht haben, den Kampf möglichst in die Länge zu ziehen. Die Mörkelpolizei ist ihnen nicht gelungen, sie haben auch versucht, eine Trägersperre und eine Holzperre ins Werk zu setzen, haben aber bei den betreffenden Unternehmern kein Entgegenkommen gefunden. — Eine am Mittwoch vorgenommene Bautenkontrolle ergab, daß sich die Situation wieder etwas günstiger gestaltet hat. In den neuen Bedingungen arbeiten 3304 Maurer auf 831 Bauten. Nicht bewilligt haben 293 Bauten mit 1069 Maurern. 539 Bauten liegen still. Das sind die Bauten der Mitglieder des Bundes der Baugeschäfte. Die Zahl der Bundesmitglieder, die bewilligt haben, ist auf 26 gestiegen. Die Unternehmer in einigen westlichen Vororten wollen eine besondere Vereinigung, abgefordert vom Bund der Baugeschäfte, bilden und mit den Arbeiterorganisationen Frieden schließen. Es bröckelt also in den Reihen der Unternehmer immer mehr ab. — Wo jetzt Streikbrecher beschäftigt werden, da behütet man sie mit der größten Sorgfalt. Auf dem Bau des Hotel Fürstlich erhalten die arbeitswilligen Maurer 1,20 M. Stundenlohn und werden auf

dem Bau beschäftigt, damit sie ja nicht mit den Streikenden in Verbindung kommen. Großen Unwillen erregte die Mitteilung, daß auf dem Bau des Gefängnisses in Tegel Gefangene als Arbeitswillige an Stelle der streikenden Maurer unter Leitung eines Rollers beschäftigt werden. Die Gefangenen erhalten dafür eine tägliche Vergütung von 20 Pf. und einem Stück Brot. Gegen eine derartige Verwendung von Gefangenen soll an zuständiger Stelle Protest erhoben werden.

In der Diskussion wurden wieder eine Anzahl von Einzelfällen unrechtmäßigen polizeilichen Einschreitens gegen Streikposten angeführt. Ein Streikender ist sogar bei der Ausübung der Baukontrolle auf Veranlassung des Rollers durch einen Schuttmann ohne ersichtlichen Grund verhaftet, dann im grünen Wagen nach dem Polizeipräsidium transportiert und bis zum Abend daselbst festgehalten worden.

Im übrigen gaben alle Redner der Meinung Ausdruck, daß es keinen Frieden geben kann, wenn die Unternehmer nicht die geforderte Verlängerung der Arbeitszeit bewilligen, worüber alle beteiligten Organisationen einig sind.

Der Fall Peters vor Gericht.

München, 22. Juni.

Vor dem Münchener Schöffengericht beginnt am Dienstag die vorläufige auf drei Tage berechnete Verhandlung gegen den Genossen Martin Gruber, der als Redakteur der „Münchener Post“ sich des Verbrechens der Petersbeleidigung schuldig gemacht haben soll. Als die letzten Reichstagswahlen mit kolonialer Begeisterung gemacht werden sollten, glaubten die Münchener Liberalen keinen besseren Agitator für die „nationale Sache“ finden zu können, als den Schilling der Arnim und Kardorff, den verflochtenen Reichskommissar von Ostafrika Dr. Karl Peters. Herr Peters Verdienste um die deutschen Kolonien wurden von der liberalen Münchener Presse in den höchsten Tönen gepriesen, und es war daher durchaus begreiflich, daß unser Münchener Parteiorgan die Gelegenheit ergriff, um an die aktennäßig feststehenden Taten des Herrn Dr. Peters in den Kolonien zu erinnern, und ein wenig die Vergangenheit dieses Mannes darzustellen. Dadurch fühlte sich Herr Peters beleidigt und strengte die Beleidigungsklage an, offenbar in der Absicht, den letzten Versuch einer Kolonialwache zu unternehmen. Besonders schwer liegen ihm die Entscheidungen des kaiserlichen Disziplinarhofes für Reichsbeamte des Schutzgebieten in Berlin und des Reichsdisciplinargerichtshofes in Leipzig im Magen. Er behauptet, daß beide Gerichtshöfe bei seiner Beurteilung von ganz falschen Voraussetzungen und von einer Verkennung der afrikanischen Verhältnisse ausgegangen seien. Wie wenig stichhaltig dieser Einwand ist, mag aus folgender Schilderung der tatsächlichen Verhältnisse hervorgehen: Karl Peters, der 1857 als Sohn eines Pastors in Ruhau a. E. geboren ist, wurde 1880 zum Reichskommissar für Deutsch-Ostafrika ernannt. Im folgenden Jahre gründete er im Gebiet des Kilimandscharo die Station Karanga. In einer Septembernacht nun wurde im Stationsgebäude ein Einbruch verübt, ohne daß man der Diebe habhaft werden konnte. Dr. Peters ließ darauf bekannt machen, daß den Dieb, falls er sich freiwillig stellen würde, eine milde Strafe treffen sollte. Anderenfalls wäre er ein Kind des Todes. Kurze Zeit danach wurde der in Peters Diensten stehende Neger Mabruk bei einem Jigarendiebstahl abgefaßt. Unter einem schwarzen Kreuzverhör brachte er zusammen und gestand auch den früheren Einbruchsdiebstahl zu. Peters ließ seiner grauwilden Anführung die Tat folgen und Mabruk wurde durch den Unteroffizier Wiest hingerichtet. Schon vorher waren Gerüchte aufgetaucht, daß Peters den Mabruk wegen des Diebstahls, als vielmehr, weil er ihn im Verdacht hatte, mit der Negerin Jagobja — einer der Petersschen Konkubinen — im Verkehr gestanden zu haben, so hart bestrafe. Dr. Peters hatte nämlich von einem Negerhäuptling drei Negerprinzessinnen nebst einer schwarzen Dienerin zum Geschenk erhalten, mit denen er zusammenzog. Diese Negerinnen waren eines Tages zu einem Häuptling des Stammes, zu dem die Dienerin gehörte, geflüchtet. Die Herausgabe der Mädchen verweigerte der Häuptling und Peters rückte daher mit seiner gesamten Truppenmacht vor des Häuptlings Dorf. Da die Herausgabe der Mädchen immer noch verweigert wurde, ließ Peters das Dorf niederbrennen. Erst jetzt schickte der Häuptling die Frauen zurück, die auf Befehl Peters ausgepeitscht wurden. Der Dienerin gelang es zwar, zu entkommen, sie wurde aber wieder eingefangen, vor ein Kriegsgericht gestellt und zum Tode verurteilt. Das Kriegsgericht war zusammengesetzt aus Dr. Peters selbst, dem Premierleutnant Freiherrn v. Pechmann und dem Verwaltungsbeamten Jahnske. Die Hinrichtung sollte der Leutnant Dronsfart v. Schellendorf ausführen, der sich aber weigerte, weshalb auch hier der Unteroffizier Wiest einspringen mußte.

Wegen dieser Vorgänge wurden gegen Peters alsbald in der Öffentlichkeit die scharfsten Angriffe gerichtet und, aufgefordert, sich zu rechtfertigen, machte er seiner vorgezeichneten Behörde falsche Angaben. Vor allem warf man ihm vor, daß die Hinrichtung des Dieners Mabruk rein aus persönlichen Motiven erfolgt sei, und zwar nur, weil Mabruk mit den Weibern Peters intimen Verkehr unterhalten haben sollte. Weibel war es, der 1886 im Reichstag zuerst diese Anschuldigungen vorbrachte und die Folge war, daß Peters vor dem kaiserlichen Disziplinarhof für Reichsbeamte des Schutzgebieten am 24. April 1897 der Prozeß gemacht wurde. Nach eingehender Beweisaufnahme kam das Gericht im Falle Mabruk zu einer Verurteilung und erkannte auf Dienstentlassung. In der Begründung hieß es, daß in der Verurteilung des Mabruk zum Tode ein Dienstvergehen zu erblicken sei. Die Todesstrafe sei in diesem Falle unbedeutend und schon ihre Androhung nicht zu billigen gewesen. Das Gericht sei davon überzeugt, daß die intimen Beziehungen des Mabruk zu den Weibern wesentlich zur Fällung dieses harten Urteils mitgewirkt hätten. Dagegen konnte sich der Gerichtshof bezüglich der anderen Anklagepunkte, der Durchpeitschung der drei Weiber und der Hinrichtung der Jagobja von einer Schuld des Peters nicht überzeugen, denn die Prügelstrafe sei in Afrika auch an Weibern nicht ungewöhnlich, und im Falle Jagobja hätte wenigstens eine Art Kriegsgericht gesprochen. Dagegen hielt der Gerichtshof im vollen Sinne der Anklage die falsche Berichterstattung durch Peters an seine Vorgesetzten für erwiesen.

Am 15. November 1897 beschäftigte der Fall Peters den Reichsdisciplinargerichtshof in Leipzig als zweite Instanz. Dort wurde die Vorentscheidung aufgehoben und Peters in vollem Umfang der Anklage schuldig erklärt. Das Urteil lautete außer auf Dienstentlassung auch auf Tragung der sämtlichen Prozeßkosten. Das Gericht nahm als erschwerend an, daß Peters berichtet hatte, daß sämtliche Europäer in Karanga mit dem Urteil gegen Mabruk einverstanden gewesen seien, während aus der Aussage des Leutnants Dronsfart v. Schellendorf das Gegenteil hervorging. In der Kriegserklärung an den Häuptling Kalania erblidete das Gericht ebenfalls ein schweres Dienstvergehen, da sie die schwersten Folgen hätte haben können. Der Angeklagte hätte auch die Weiber gegen ihren Willen nicht behalten dürfen und ihre Auspeitschung sei grausam, die Hinrichtung der Jagobja völlig unbedeutend gewesen.

Dies der Vorgang der Dinge. Peters vertieft nach dieser Verurteilung Deutschland, wo ihm außer einigen, leider nur zu einflussreichen Personen, niemand eine Träne nachweinte. Von diesen unterstützt, betrieb Dr. Peters aber von England her unausgesetzt eine Rehabilitierung. Die Arnim, Kardorff und Arnim setzten es vor sich, daß es noch nicht allzulange Zeit tatsächlich auch durch, daß Peters durch einen Gnadenakt des Kaisers das Recht erhielt, den Titel Reichskommissar a. D. zu führen. Als sich nun Peters aber gar bei den letzten Reichstagswahlen als Agitator der nationalen

Konjunkturbewertung.

Der Meinungsstreit über die Gestaltung des Wirtschaftsmarktes geht lustig weiter; doch bricht immer mehr die Ansicht durch, daß die schönsten Konjunkturlage vorbei sind und wir uns bereits auf dem absteigenden Ast befinden.

Zu den optimistischen Beurteilern der Wirtschaftslage gehört die „Arbeitsmarkt-Korrespondenz“. In ihrer letzten „Wochenchau“ schreibt sie:

Die Neigung, den wirtschaftlichen Horizont stark demüßigt zu erblicken, ist gegenwärtig so groß, daß selbst günstige Veränderungen gar nicht erkannt oder doch in ihrer Tragweite nicht richtig gewürdigt werden. Der soeben bekannt gewordene Saatensandsbericht für den Monat Juni zeigt eine ansehnliche Besserung gegenüber dem Vormonat; es haben sich Roggen, Weizen, Gerste und Hafer gebessert; Kartoffeln stehen in Preußen sogar besser als im Vorjahre.

Weniger spekulativ beeinflusst ist das Urteil, das die „Rheinische Westfälische Zeitung“ fällt. Das Blatt schreibt: „Die Widersprüche, die in der Beurteilung des rheinisch-westfälischen Eisenmarktes heute vielfach zutage treten, finden wohl ihre Erklärung dadurch, daß wir uns in einer Uebergangszeit befinden und die Situation noch nicht geklärt ist.“

Ob wirklich alle noch vorliegenden Aufträge aus dem Konjunktum herausgekommen sind, wird sich noch ausweisen, jedenfalls kann man aber in einem mäßigen Preisstand der Rohstoffe kein günstiges Prognostikon für die Zukunft erblicken.

Table with 4 columns: Material (e.g., Spiegelblei, Weißblei), Quantity, Price 1907, Price 1908. Includes sub-sections for Eisen, Stabeisen, and Bleche.

Auch auf dem amerikanischen Markt sieht es nicht mehr so glänzend aus, wie man noch immer glauben machen will. Die Bahngesellschaften halten neuerdings mit Schienenaufträgen zurück.

spätestens durch die Verteilung der Flugblätter und die Annoncen im „Vorwärts“, also im Laufe des Monats April 1907, lernte der Kläger die Forderungen der Schneider kennen. Wenn er sich ihnen unterwerfen wollte, so hätte er bis zum Tage der Verhandlung über den Widerspruch hinreichend Zeit gehabt, die ersten Beschlüsse zur Errichtung der Betriebswerkstätten zu treffen oder zum mindesten seine Bereitwilligkeit hierzu auszusprechen.

Zu b) spricht sich das Flugblatt ausdrücklich dahin aus, daß der Boykott sich auch gegen die Garberobenhändler wende, welche die in der als schädlich geschilderten Heimarbeit hergestellten Produkte zum Verkauf gelangen lassen, und von denen deshalb die Errichtung von Betriebswerkstätten verlangt werde.

Zu c) ist in dem Boykott des Klägers eine Ruinierung seines Existenz um deshalb nicht zu erblicken, weil er außer dem hier in Rede stehenden Geschäft noch ein zweites betreibt, über das der Boykott nicht verhängt ist, weil er ferner diesen jederzeit dadurch abwenden könnte, daß er den Forderungen der Schneider nachgäbe, wozu er offenbar, wenn auch vielleicht unter gewisser petunärer Schädigung, ebenso, wie viele seiner Berufsgenossen, in der Lage ist.

Das Vorgehen der Beklagten erscheint demnach auch nicht als ein Verstoß gegen die guten Sitten.

Wenn der Kläger sich ferner noch auf § 824 Bürgerlichen Gesetzbuches beruft, so ist nicht abzusehen, welche unwahren Tatsachen die Beklagten behauptet oder verbreitet haben sollten, die Nachteile für ihn herbeizuführen geeignet wären.

Endlich kann auch von einem Verstoß gegen § 6 Unlauteren Wettbewerbsgesetzes keine Rede sein. Der Zweck der Beklagten bei ihrem Vorgehen war zwar der Geschäftsbetrieb des Klägers, falls dieser den Forderungen der Schneider nicht nachkäme, zu beeinträchtigen; sie wollten hierdurch aber nicht anderen Geschäftsbetrieben eine größere Ausdehnung und gesteigerte Einträglichkeit verschaffen, vielmehr die soziale Lage der arbeitenden Schneider verbessern, handelten also nicht zu Zwecken des Wettbewerbes.

Der einstweiligen Verfügung fehlt mithin die materielle Grundlage, so daß ihre Aufhebung erfolgen mußte, ohne daß es einer Prüfung der von den Beklagten geltend gemachten formellen Bedenken bedurft hätte.

Aus der Partei.

Publikationen des Internationalen sozialistischen Bureaus zu Brüssel für den Internationalen Sozialisten-Kongress zu Stuttgart.

„Die Sozialistische Arbeiter-Internationale“. Band I.

Berichte der sozialistischen Organisationen der Vereinigten Staaten, Kanadas, Chiles, Boliviens, Argentiniens, Australiens, Frankreichs, Deutschlands, Großbritanniens, Italiens, Spaniens, der Schweiz, Bulgariens, Hollands, Böhmens, Dänemarks, Schwedens, Norwegens, Serbiens usw. an den Internationalen Kongress zu Stuttgart über ihre Tätigkeit seit dem Internationalen Sozialisten-Kongress zu Amsterdam. Vorrede von Emile Vandervelde.

Der 400-500 Seiten umfassende Band in französischer Sprache kostet 2,50 Franc.

Im Juli wird erscheinen: Die Sozialistische Arbeiter-Internationale. Band II.

Berichte der sozialistischen Organisationen Russlands (Sozialdemokratie, Sozialisten-Revolutionäre, Jüdischer Bund, Lettische Sozialdemokratie, Georgische Sozialisten, Armenische Sozialdemokratie, Polnischsozialistische Partei, Sozialdemokratie Finnlands, Sozialdemokratische Partei Polens und Litauens), Oesterreich-Ungarns, Rumäniens, Japans usw. und einer Schlussbemerkung des Sekretariats des Internationalen Sozialistischen Bureaus. Preis des Bandes (500 Seiten) 2,50 Franc.

Zu Beginn des Monats August erscheint: Referate und Resolutionsentwürfe der nationalen Organisationen für den Internationalen Sozialistischen Kongress zu Stuttgart, betreffend Militarismus und die internationalen Konflikte, die Kolonialfrage, die Arbeiter-Aus- und Einwanderung, das Frauenwahlrecht, die Beziehungen zwischen den politischen Parteien und den Gewerkschaften. 250 Seiten in 3 Sprachen. Preis 2 Fr.

Wieder eine Wahlfrage vor Gericht.

Au Danabrück wurde der Polizeiergeant a. D. Garthoff vom Schöffengericht zu W. Geldstrafe verurteilt, weil er öffentlich verbreitet hatte, der Genosse Robert Fritz, der Vorsitzende des sozialdemokratischen Wahlvereins, sei von den Zentrumskleuten mit 1500 M. bestochen worden, damit er dafür eintrete, daß die Sozialdemokratie in der Stichwahl dem Zentrum zum Siege helfe.

Unternehmerterrorismus vor Gericht. Der Stadtrat und Fabrikant Weise in Zittau ließ vom dortigen Vammeister Pfleger einen Neubau ausführen, auf dem auch Arbeiter beschäftigt wurden, die früher einmal in der Weisfischen Fabrik tätig gewesen und wahrcheinlich auch auf die schwarze Liste gesetzt worden waren.

Dieses Verfahren hatte der „Arme Teufel für die Oberlausitz“ gekennzeichnet und den Stadtrat Weise als Terroristen gebrandmarkt. Dadurch fühlte der sich in seiner Ehre getroffen und klagte. Vor dem Schöffengericht Zittau erbrachte der angeklagte Genosse Schmettler als Verantwortlicher des „Armen Teufel“ durch mehrere Zeugen den Wahrheitsbeweis.

Varieten aufspielte, erinnerte die „Münchener Post“ in mehreren Artikeln „Singspietars über Kolonialpolitik“ usw. an die belästigten dieses Herrn. Peters lief zum Stadt und die gerichtliche Erörterung des Falles wird nun vor sich gehen. Schon das Vorgehen hat sich in mehr als einer Hinsicht merkwürdig gestaltet. Mit Rücksicht auf das Wohl des Reiches hat das Auswärtige Amt die Herausgabe der Disziplinarakten bewilligt, dagegen dem Gericht anheim gegeben, Dr. Peters zur Vorlage der ergangenen Akteile zu veranlassen. Dr. Peters aber weigert sich, das zu tun und hat nur einen seiner früheren Verteidiger, den Rechtsanwalt Dr. Schmalz, als Kommissarisch als Zeugen vorgehen lassen. Dieser hat ausgesagt, daß sowohl der frühere Kolonialdirektor Dr. Kaiser wie auch der Reichskanzler, ja der Kaiser selbst die dem Dr. Peters zur Last gelegten Handlungen schon zu einer Zeit gekannt hätten, als er noch Ordensdekorationen empfangen habe.

Der Boykott zur Beseitigung der Heimarbeit vor Gericht.

Am 23. Mai hat, wie wir seinerzeit mitteilten, das Landgericht die einstweilige Verfügung auf, die auf Antrag des Kaufmanns E. Böhm, Alleinhaber der Firma „Konfektionshaus Böhm“, gegen den Schneiderverband und die „Vorwärts“-Buchdrucker und Verlagsanstalt erlassen war. Die Verfügung hatte bei 500 Mark Strafe die Verbreitung des Boykottflugblattes und die Aufnahme der Boykottklärung untersagt.

Die Gründe führen über die Zulässigkeit des von den Partei- und Gewerkschaftsgenossen über eine Anzahl Firmen, zu denen die Klägerin gehört, verhängten Boykotts aus:

Bei der Frage, ob in der Boykottklärung, gegen die der Kläger sich wendet, eine unerlaubte Handlung im Sinne des § 823 Absatz 1 oder des § 826 Bürgerlichen Gesetzbuches zu erblicken sei, hat sich das Landgericht den Ausführungen des Reichsgerichts angegeschlossen, das in dem Urteil vom 12. Juli 1906 (Reichsgericht 84, 52) einen ganz ähnlich liegenden Fall, in dem es sich um einen Waderstreik in Kiel handelte, entschieden hat.

Wenn man auch annimmt, daß der vom Kläger in der Stahlherberge eingerichtete und ausgeübte Betrieb eines selbständigen Gewerbes ein Rechtsgut sei, dessen Verletzung nach § 823 Bürgerlichen Gesetzbuches einen Anspruch auf Schadenersatz und damit nach allgemeinen Rechtsgrundsätzen auch auf Unterlassung begründen könnte, so fehlt es doch an der zur Rechtfertigung dieses Anspruches weiter erforderlichen Voraussetzung der Widerrechtlichkeit.

Es kann nicht davon die Rede sein, daß eine Handlung schon deshalb rechtswidrig wäre, weil sie für den Ertrag des Gewerbebetriebes eines anderen nachteilig ist; eine solche Wirkung habe, und zwar unter Umständen in durchgreifendster Weise, auch Handlungen, die Ausfluß der allgemeinen und speziell der Handlungsfreiheit dessen, der sie vornimmt, sind und die in gleicher Weise freistehen, wie dem geschädigten Unternehmer sein eigener Gewerbebetrieb. Zu den an sich erlaubten Handlungen gehören auch die Konditionen gewerblicher Arbeiter zur Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen, und die zur Erreichung dieses Zweckes von solchen Konditionen oder ihnen zur Seite tretenden Personen ergriffenen Maßnahmen sind keineswegs schon deshalb rechtswidrig, weil durch sie bestehende selbständige Gewerbebetriebe geschädigt werden.

Enthält somit das Verhalten der Beklagten keine Störung des Klägers Gewerbebetriebes, die schon an sich als rechtswidrig erachtet werden könnte, so liegt eine unerlaubte Handlung nach § 823 Absatz 1 Bürgerlichen Gesetzbuches nicht vor. Das gleiche gilt bezüglich des zweiten Absatzes dieser Gesetzesvorschrift. Es ist nicht abzusehen, gegen welches dem Schutz eines anderen bezweckenden Gesetz die Beklagten verstoßen haben sollten; der Kläger selbst stellt auch bestimmt dahin gehende Behauptungen nicht auf.

Auch eine gegen die guten Sitten verstoßende Handlungsweise (§ 826 Bürgerlichen Gesetzbuches) kann in dem Vorgehen der Beklagten nicht erblickt werden. Hierzu bedarf es keiner Prüfung, ob das Ziel, das die Beklagten erstreben, nämlich die Einrichtung von Betriebswerkstätten, sachlich berechtigt gewesen ist. Die Annahme, daß das Verhalten der Beklagten wegen des von ihnen verfolgten Zweckes als wider die guten Sitten verstoßend anzusehen sei, erscheint schon dann unhaltbar, wenn sie die von ihnen angestrebte Aenderung der Arbeitsverhältnisse der „Schneider“ als in deren Interesse geboten angesehen haben, und es kann auch den Beklagten der Nachweis dafür, daß dies der Fall gewesen sei, nicht angeeignet werden.

Ebenso wenig können die Mittel, mit denen die Beklagten ihr Ziel zu erreichen suchten, als eine unerlaubte und gegen die guten Sitten verstoßende Maßnahme betrachtet werden. Folgt im allgemeinen schon aus den obigen Erörterungen, daß der Boykott an sich eine solche Maßnahme nicht darstellt, so rechtfertigen auch die besonderen Verhältnisse des vorliegenden Falles, insbesondere der Umstand, daß die Beklagten sich mittels der Presse an das gesamte Publikum gewandt haben, ebensowenig eine abweichende Beurteilung, wie dies in dem Kieler Falle seitens des Reichsgerichts der Fall ist. Der Kläger weist freilich noch besonders darauf hin: a) daß man ihn boykottiert habe, ohne ihn vorher zur Errichtung von Betriebswerkstätten aufzufordern, b) daß er als Händler mit der Ausrüstung der Kleidungsstücke nichts zu tun habe, c) daß er durch den Boykott ruiniert werde.

Zu a) ist aber durch die eidesstattliche Versicherung des Fr. Kunze glaubhaft gemacht, daß an den Kläger im März 1907 ein Schreiben, enthaltend die Forderung der Schneider nach Errichtung von Betriebswerkstätten abgegangen ist, und der Kläger mußte sich sagen, daß dies Schreiben, das freilich nur nach seinem Geschäft in der Kommandantenstraße gelangt ist, auch auf das jetzt boykottierte in der Stahlherberge bezog. Es kann aber von dieser besonderen Aufforderung und davon, daß die Forderungen der Schneider durch die Presse allgemein bekannt geworden sind, gänzlich abgesehen werden. Denn

Material verarbeitet. Verschiedene Schienenstücke sollen dadurch bereits entstanden sein. Eine Kommission ist mit Untersuchung der Einzelheiten bereits beauftragt. Der Stahlrohr will, wie bereits berichtet, zu einem neuen Fabrikationsverfahren übergehen. Das würde neue Ausgaben, gesteigerte Löhne bedeuten. Und auch die Bahnen müssen mit gesteigerten Betriebskosten rechnen. Das sieht nicht nach Sommerwetter aus.

Ausfuhrvergütung. Die der „Frankf. Ztg.“ geschrieben wird, beabsichtigt der Verein zur Wahrung der Interessen der Halbzugverkehrler angeht die Wahrung der Interessen der Halbzugverkehrler erneuert in einer Denkschrift an die Reichsregierung zu wenden. Darin soll die Notwendigkeit der Gewährung dieser Vergütung hauptsächlich angeht die Küsten der Inlands- und des Auslandes, die die Werte mehr als zuvor auf das ausländische Geschäft verweist, dargelegt werden. Auch ist in Anbetracht der Halbzugverkehrler bereingelt angeregt worden, die Regierung auf das Bedenken der Aufhebung der Ausfuhrvergütung hinzuweisen und sie zur Intervention bei den Verbänden zu veranlassen.

Soziales.

Konzeptionsentziehung.

Am Donnerstag betonte das Oberverwaltungsgericht in einem auf Konzeptionsentziehung gegen den Inhaber einer Krankenanstalt eingehenden Verfahren, daß lediglich in Betracht kommen dürfe, ob eine Unzulässigkeit in bezug auf den Gewerbebetrieb vorliegt. Der Inhaber einer Privat-Krankenanstalt für Kervenkrante und Wahnkranken Dr. Schlegel in Dieblich hatte wiederholt gegen einen benachbarten Rentier Strafverfahren darin gerichtet, in seiner Villa werde mit seinem oder seiner Frau Wissen Unzucht getrieben. Seit jetzt, daß die Frau des Rentiers früher eine Rentie aus einem Rentner Verdienst bezog, daß sie von ihrem ersten Mann gerächt hatte. Das Haus ist inzwischen verkauft, die Rentierfrau hat keine Verbindung mit dem jetzigen Eigentümer bezug. Wächter. Trotz eingehender und umfangreicher Ermittlungen der Staatsanwaltschaft ergab sich nicht der geringste Anhalt für die von Dr. Schlegel behaupteten Beschuldigungen. So ließ die Staatsanwaltschaft Herrn Schlegel, indem sie zugleich erklärte, seine Anzeige müsse als frivol zurückgewiesen werden. Die Anzeigen Dr. Schlegels wurden demnach wiederholt. Schließlich stellten die Rentierleute Strafverfahren gegen Dr. Schlegel wegen Verleumdung. Der Staatsanwalt lehnte ein Einschreiten ab, weil nach dem Gutachten vernommener Sachverständiger Dr. Schlegel nicht als geistig normal gelten könne.

Kunmehr erhob die Polizeiverwaltung von Dieblich gegen Dr. Schlegel Klage auf Entziehung der Konzeptionsentziehung von Betrieben einer Privat-Krankenanstalt. Der Bezirksauschuss Wiesbaden erkannte auch nach dem Klageantrag. Das Urteil stützt sich auf die §§ 89 und 90 der Gewerbeordnung. Es nimmt an, daß Dr. Schlegel der Unzulässigkeit in bezug auf Leitung und Verwaltung entbeire, die von ihm als Leiter einer privaten Heilanstalt für Kervenkrante und Wahnkranken verlangt werden müsse, denn nach Urteilen des Oberverwaltungsgerichts läme auch in Betracht die „allgemeine Unzulässigkeit des Charakters“. Dieser Ermangelt aber Dr. Schlegel. Unerschrocken wäre demgegenüber, daß sich gegen seine technischen Kenntnisse und gegen die bisherige Leitung des Anstaltsbetriebes an sich nichts ermitteln lässe.

Das Oberverwaltungsgericht hob nach langer Verhandlung das Urteil des Bezirksauschusses auf und wies die Klage der Polizeiverwaltung ab. Begründend wurde ausgeführt: Allerdings habe das Gericht auf Grund des umfangreichen Materials und der Verhandlung nicht schlüssigen können, daß irgend etwas von den Behauptungen Dr. Schlegels mit Bezug auf das Rentier-Gehäus wahr sei. Es läge nicht das geringste zu der Vermutung vor, daß irgend etwas Wahres den Anzeigen zugrunde liege. Demnach könne der Senat keine mala fides des Beklagten Dr. Schlegel feststellen. Dieser habe aus der einen Tatsache, daß die Rentierfrau Geld aus einem Bestand bezogen habe, und aus einer, allerdings gänzlich aus der Luft gegriffenen Behauptung eines Kaufmanns H. (dessen sich Schlegel als Signant bediente) jedenfalls einen kleinen Anhalt für seinen Glauben in fraglicher Richtung gehabt. Es müsse mit der Möglichkeit gerechnet werden, daß Dr. Schlegels Behauptungen durch einen krankhaften Zustand beeinflusst seien. Daraus lasse sich aber noch keineswegs schließen, daß Schlegel nun der nach dem Gesetz zu verlangenden Unzulässigkeit für seinen Gewerbebetrieb entbeire. Das Gericht habe aus den ganzen Verhandlungen, aus dem vorliegenden Material und aus dem Verhalten des Beklagten in der Verhandlung die Überzeugung gewonnen, daß dieser krankhafte Zustand, mit dessen Möglichkeit gerechnet werde, sich immer nur auf jenen bestimmten engen Kreis seiner Gedanken beschränkt habe; auf den Kreis dieser Behauptungen, man könne sagen Verleumdungen, wenn auch nicht im rechtlichen Sinne Verleumdungen, die alle in derselben Richtung liegen. Aus Revisionen seines Betriebes gehe hervor, daß bisher irgendwelcher Einfluß dieser krankhaften Meinung bezüglich seines Gewerbebetriebes nicht hervorgetreten sei. Es könne auch aus sonstigen Erfahrungen ein logischer Schluss dahin nicht gezogen werden, daß der auf den bestimmten engen Kreis beschränkte krankhafte Zustand notwendigerweise auf seinen Gewerbebetrieb einen Einfluß haben müßte. Deshalb sei es nicht möglich festzustellen, daß Dr. Schlegel mit Bezug auf seinen Gewerbebetrieb unzulässig sei. Demzufolge sei die Verentscheidung aufzuheben und die Konzeptionsentziehung abzuweisen.

Außer Verantwortung der Redaktion.

In der liberalen „Abendzeitung“ ist zu lesen, daß am 22. Oktober 1906 ein Arbeiter auf der Cisterne nach Oberfranken getötet wurde und daß jetzt, nach 8 Monaten, die ihres einzigen Ernährers beraubte 88-jährige Mutter des Verunglückten noch keinen Pfennig Unterstützung bekommen habe. Das sei geradezu empörend!

In der Tat, das ist empörend! Empörend ist aber auch, daß die Mütter des liberalen Jahrbuch, jährlich die von unferen so „unbertroffenen“ sozialen Gesetzen wenig betroffenen Arbeiter und deren Elend frech verhöhnen und die soziale Fürsorge der Arbeiter begn, deren Verlagen selbst doch als empörend empfunden — allerdings ganz hinten auf der letzten Seite und zwar „außer Verantwortung der Redaktion“.

Wie es in den Breuerdörfern der reichen Firma Emanuel Friedländer u. Co. ansieht.

Ein Schadenersageroch, der in der Hauptsache in der enormen Ansammlung von Mäusen keine Begründung hat, beschärfte gestern die zweite Kammer des Kaiserlich-Königlichen Reichsgerichtes. Der Ausschalter Edward H. Klug gegen die Kohlenfirma Emanuel Friedländer u. Co. auf angemessenen Schadenersatz. H. wird sich ein Blasenleiden sowie erhebliche Minderung seiner Sehkraft durch die schlechten Licht- und Luftverhältnisse im Geschäftsbüro der Firma unter den Linden 8. zugezogen haben. Die Augen habe er sich dadurch verschoben, daß er am Tage bei Zwielflicht: arbeiten mußte. Das Blasenleiden dagegen ist durch Zugluft entstanden. Dieser Zugluft wiederum mußte man sich aussetzen, um es vor dem fast ununterbrechlichen Pflügergeräusch auszuhalten zu können. Die in der gestrigen Verhandlung vernommenen früheren Angestellten, die mit dem Kläger zusammen gearbeitet hatten, bestätigten dessen Behauptungen. Zeuge B. behauptete, daß die Beleuchtung am Plage des Klägers eine recht unzulässige war, es müßte oft im Sommer am Tage bei künstlichem Licht gearbeitet werden. Die Mäuserlärm war nicht zu überhören. Die Tiere liefen buchstäblich über Tisch und Bänke. Überall fand sich Urat von ihnen an. Dem Klagen war einmal das Fröhlich durch die Einwidelpierer durch von

den Nagern angelassen. In Sommer verbreiteten die in den Heizröhren massenhaft gelegenen Mäuse- und andere pestilenzartigen Gerüche. Auch die Jungen M. und B. ähneln sich in demselben Sinne. — Der Kläger will sich öfter an die Geschäftsführung mit der Bitte um Abhilfe gewandt haben, die Protestanten hätten ihm aber abschließend mit der rhetorischen Frage erwidert: „Sollen wir etwa die Mäuse ausrotten?“ — Das Kaufmannsgericht kam nach längerer Beratung zu folgendem Beschluß: Das Gericht habe die Überzeugung gewonnen, daß die Geschäftsführung in einer Verfassung gewesen und, die es wohl möglich erscheinen lassen, daß die Gesundheitschädigung des Klägers darauf zurückzuführen ist. Um festzustellen, ob die Erkrankungen des Klägers tatsächlich dadurch entstanden sind, sollen die drei Ärzte, die ihn behandelt haben, vernommen werden.

Sonderversammlung der Konsumvereine, die Bäckereien betreiben, aus Anlaß des Dänischer Genossenschaftstages.

Auf Beschluß des Vorstandes und Ausschusses des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine wurden, wie aus dem Sekretariat des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine mittelst, während der Generalversammlung der Genossenschaftsgesellschaft deutscher Konsumvereine diejenigen Vereine, die Bäckereien betreiben, zu einer Sonderversammlung eingeladen. Vorstand und Ausschuss in Verbindung mit dem Vorstande des Bäckerverbandes beantragten bezüglich der gezeigten Verhandlungen über den Dänischer Tarif Wir haben aber diese am 21. dieses Monats berichtet. Die Redaktion, ein Kompromiß, welches dahin geht, daß die Genossenschaften die Arbeit nachweis-Verstimmungen des Dänischer Tarifs anerkennen, während die Gewerkschaft der Bäcker auf die Bestimmungen bezüglich der Bäckereiarbeit verzichtet. Ferner sollen der Vorstand der Bäcker und die Mitglieder der Tarifkommission damit beauftragt werden, eine Geschäftsabteilung für den Betrieb der Bäckereiarbeit auszuarbeiten. Nach einer eingehenden Begründung dieses Antrages durch den Vorsitzenden Habschod und eingehender Debatte wurde einstimmig beschlossen, diesen Kompromißantrag bei denjenigen Vereinen, welche nach der Präferenzliste an dem Genossenschaftstagen teilgenommen haben, zur schriftlichen Abstimmung zu bringen. Vorstand und Ausschuss wurden mit der Ausführung dieses Beschlusses betraut. Zugleich soll bei dieser Abstimmung auch über die Wiedereinsetzung des Tarifamtes in der bisherigen Form und mit den bisherigen Mitgliedern Beschluß gefaßt werden. Durch die Abstimmung soll jedoch nur ein Provisorium geschaffen werden, das bis zum nächsten Genossenschaftstagen Gültigkeit hat, damit nicht eine tariflose Zeit und eine Lücke in den Arbeiten des Tarifamtes entsteht. Die anwesenden bisherigen Mitglieder des Tarifamtes erklärten sich bereit, im Falle der Annahme dieser Anträge wieder in ihre Funktion einzutreten zu wollen.

Christliche „Genossenschaftspierei“.

Die „Westdeutsche Arbeiter-Zeitung“ (W.-Glabba) bringt in ihrer letzten Nummer einen Artikel über „Genossenschaftliche Streitfragen“. Darin stellt das Blatt fest, daß die Konsumvereinsbewegung mehr denn je isoliert und auf sich selbst angewiesen sei. Überall Feinde, wenige nützliche Vertreter in den Parlamenten und Gemeindefrägen! Während die Förderung und Vertretung aller anderen Genossenschaftstypen Dant und Ehre einbringe, werde der Vertreter der Konsumvereinsbewegung gleich als Antiführer und Gesellschaftsfeind gestempelt. Das Blatt vergißt hinzuweisen, daß die Gegner der Konsumvereine in besonders großer Zahl beim Zentrum zu finden sind.

Die „Westdeutsche Arbeiter-Zeitung“ geht dann zu, daß die aus der christlichen Arbeiterbewegung hervorgegangenen Konsumvereine verschiedene Mängel aufweisen. So die Zersplitterung in kleine Vereine, deren es an manchen Orten zehn und mehr gebe; so dann die Beschränkung der Mitgliedschaft auf die Angehörigen der christlichen Genossenschaften. „Nichts ist schlimmer“, schreibt das Blatt, „für eine Bewegung, als wenn ihr die innere Solidarität und die äußere Strebekraft fehlt. Beides besitzen die kleinen Vereine nicht in genügender Maße. Am heides zu erreichen, ist es jetzt an der Zeit, an Stelle der Genossenschaftspierei ernst, zielbewusste Genossenschaftsarbeit zu legen.“

Das W.-Glabbaer Blatt geht also zu, daß die christlichen Genossenschaften bisher nur Spielerei mit ihren Konsumvereinen geübt haben. Freilich geschah ja auch die Gründung der zahlreichen christlichen Konsumvereine nicht der Sache der Arbeiter wegen, sondern aus Besorgnis vor den bestehenden Konsumvereinen, in denen man „sozialdemokratische Organisationen“ witterte. Daher die ultramontane „Genossenschaftspierei“. Wenn die Christlichen, ernste, zielbewusste Genossenschaftsarbeit treiben wollen, müssen sie ihr Gesolge von der Gründung eigener Genossenschaften abhalten und den bestehenden Konsumvereinen zuzuführen.

Aus der Frauenbewegung.

Wenn wir das gewaltige Ringen der organisierten Arbeiter-schaft mit einer Welt von Feinden betrachten, so fällt uns ins Auge: die aktive Tätigkeit und die Wirkung des weiblichen Proletariats. Heute, wo gigantische Kämpfe das gesamte wirtschaftliche Getriebe erschüttern und die Arbeiterschaft in heißem, erbittertem Ringen um bessere Entlohnung und menschenwürdiger Lebensbedingungen kämpft, steht die Proletarierin nicht mehr teilnahmslos, apathisch, ja, wie es früher oft genug vorkam, direkt feindselig diesen Kämpfen gegenüber, sondern sie unterstützt tatkräftig die eigenen Klassenkämpfe in diesen schweren Zeiten. Sei es, daß sie selbst, als industriell Beschäftigte, dem Streik oder der Aus-sperrung mitbetreffen, mitten im Kampf steht, oder daß sie durch Doyott und andere moralische Mittel ihre Sympathie mit den Kämpfern bezeugt. Wer je einen Streik selbst miterlebt hat, der wird bestätigen müssen, daß es ein erhebendes Gefühl ist, wenn die Frauen und Mädchen kampfesroh ihre Plätze verlassen und sich ostentativ auf die Seite der Kampfgesellschaften stellen. Und wer je das verblüffte Gesicht eines Unternehmens, der tiefsten darauf gebaut hatte, daß wenigstens die „Dummen Weiber“ sitzen bleiben und artig weiterarbeiten und so unter Umständen den Streik auslösen mochten würden, in dieser Situation beobachtet hat, dem ist sicher, wenn es nicht schon vorher zutraf, der hohe Wert und die außerordentliche Bedeutung der aufstrebenden Frauenbewegung zum Bewußtsein gekommen.

Wie viel Nähe, wie viel Jureben und Argumentieren erfordert es, um hartnäckige, aus Dummheit oder Verbohrtheit ab-seits stehende Massengenosse von dem idealen Wert des proletarischen Emanzipationskampfes, einer kulturellen Bewegung, wie sie die Weltgeschichte ein zweites Mal nicht aufmerksamer hat, zu überzeugen und in die Gedankengänge eines modernen Arbeiters einzuführen.

Und wie leicht ist es hingehen, in einer einzigen Versammlung eine größere Anzahl Mädchen und Frauen aufzuklären, vorausgesetzt natürlich, daß man den nötigen Takt bewahrt, sich nichts ergibt und die Genosshinnen nicht als Juchende fauler und oft anrüchlicher „Witze“ betrachtet, sondern ja der Frau dasjenige Wesen zeigt, das unter den Schänden der heutigen Gesellschaftsordnung und unter den Härten des blutigen Kapitalismus viel, viel mehr leidet, als der männliche Proletarier.

Auch steht die Tatsache fest, daß die organisierten Frauen und Mädchen viel länger ihren gewerkschaftlichen Pflichten nachkommen, als ein großer Teil der männlichen Organisierten. Heute wird es niemand mehr im Ernste wagen, die Frauenfrage und besonders die proletarische, mit lapidaren Redensarten abzumun. Sie steht und wächst organisch, sicher und zielbewußt, sie ist ein Faktor, mit dem man zu rechnen hat. Wäre deshalb jeder mit abhergedrachten Vorurteilen brechen und fets der Wahrung eingedenk sein, daß ohne die Befreiung der Frauen überhaupt keine Befreiung möglich ist, und nur dann, wenn gleiches

Empfinden und gleiches Wollen und gemeinsam die Richtung weicht, der Weg in das Land führt, wo die Sonne der Freiheit und Gerechtigkeit allen Menschen gleich liebevoll leuchtet!

Das norwegische Frauenwahlrecht.

Der Stortingsschluß vom 14. Juni über die Einführung des Staatsbürgerlichen Frauenwahlrechts ist die teilweise Erfüllung einer Forderung, für die die sozialdemokratische norwegische Arbeiter-partei seit ihrer Gründung unablässig getritten hat. Bevor im Jahre 1898 das allgemeine Stortingswahlrecht der Männer durchgeführt wurde, hat die Arbeiterpartei bei allen ihren Wahlrechtsdemonstrationen sich hervorgehoben, daß die Einführung des Frauenwahlrechts ein notwendiger Bestandteil der geforderten Wahlrechtsreform sein sollte. In späteren Jahren wurden dann die ständigen allgemeinen Sitzungen am 15. Mai, dem Verfassungsktag, dazu benützt, einen besondern sozialdemokratischen Demonstrationstag für das Frauenwahlrecht zu veranstalten, um dem Volke gerade an seinem nationalen Jubeltage zu zeigen, daß die norwegischen Frauen politisch rechtlos in dem vielgepriesenen Vaterlande waren.

Im Jahre 1901 wurde das kommunale Frauenwahlrecht eingeführt, aber abhängig gemacht von einer eigenen oder des Ehemannes Steuerleistung für ein Jahreseinkommen von mindestens 300 Kronen auf dem Lande oder 400 Kronen in den Städten. Wie schon auf telegraphischem Wege mitgeteilt wurde, ist das nun beschlossene politische Frauenwahlrecht an denselben Voraussetzungen gebunden. Von den 550 000 norwegischen Frauen im Wahlrechtsalter, das mit dem vollendeten 25. Lebensjahre beginnt, werden, wie in den Kommunen, so auch im Staat, ungefähr 250 000 vom Wahlrecht ausgeschlossen sein. Dieser Umstand war wohl die Ursache, daß auch konservative Abgeordnete für das so beschränkte Frauenwahlrecht stimmten. Sie hoffen dadurch ihre Wählerzahl im Verhältnis zur sozialdemokratischen zu stärken. Es mag vielleicht im Anfang der Fall sein, daß die bürgerlichen Parteien bei dem beschränkten Frauenwahlrecht im Vorteile sind. Bei der Niedrigkeit des Steuerzensus kann dieses Wahlrecht jedoch nicht dauernd als ein lebendig die herrschenden Klassen stärkendes Frauenwahlrecht wirken. Von den 300 000 nun wahlberechtigten Frauen zählt sicher der größte Teil zum Proletariat. Lediglich werden wohl nicht viele Jahre vergehen, bis das Frauenwahlrecht allgemein gemacht wird. Stimmt es doch diesmal von den 121 anwesenden Stortingsmännern schon 45 für das allgemeine Frauenwahlrecht.

Als das allgemeine Frauenwahlrecht abgelehnt war, erklärte unser Parteigenosse Chr. S. Annulen, daß die Sozialdemokraten, obwohl sie unbedingt an ihrer Programmforderung des allgemeinen Wahlrechts festhielten, dennoch nun auch für das beschränkte stimmen wollten. Sicherlich werde dieses Wahlrecht sehr bald das allgemeine nach sich ziehen. Der Redner teilte außerdem mit, daß er von sozialdemokratischen Frauenorganisationen sowohl telegraphisch wie schriftlich eine Anzahl Aufforderungen an seine Fraktion erhalten hätte, für das beschränkte Frauenwahlrecht zu stimmen, falls das allgemeine verworfen werde. — Das geschah denn auch.

In der Debatte hatte sich als entschiedener Gegner jedes Frauenwahlrechts der konservative Mann hervorgeraten und lächerlich gemacht. Er war der einzige von den neun Mitgliedern des Konstitutionskomitees, der überhaupt nichts vom Frauenwahlrecht wissen wollte, während vier für das allgemeine und vier für das beschränkte waren. Nun kam es seine, in Norwegen allgemein ziemlich wirksamen Reden gegen das Frauenwahlrecht im Plenum aus. Das beschränkte Wahlrecht für Frauen als ein konservatives Palliativ gegen den Radikalismus einzuführen, seihe den Teufel mit Feuerzahn austreiben, meinte er; denn die Folge werde bald das allgemeine Wahlrecht sein. Die soziale Befreiung der Frauen liege nicht im Wahlrecht, sondern darin, ihnen sozial und hygienisch gute Ehen zu sichern usw. Als alles vergeblich erschien, kam er schließlich mit dem Einwande, die Vorlage leide an sprachlichen Mängeln; es fehle noch darin an den nötigen Kommaten, und darum dürfe sie nicht angenommen werden.

Aus diesen Auslassungen ihrer Vorsitzere kann man ermesen, auf welcher geistigen Höhe die Gegner des Frauenwahlrechts in Norwegen angelangt sind.

Versammlungen.

Tarifbewegung. In einer von 150 Personen besuchte Branchenversammlung, die am 18. Juni in Praesens gehalten, Eschmannstr. 30 stattfand, nahmen die Stuarbeiter und Arbeiterinnen Berlins Stellung zu der Kündigung des Tarifs. Der in dieser Arbeitergruppe am 22. November 1905 vor dem Einigungsamt abgeschlossene Tarif läuft am 30. September d. J. ab und muß, da eine Verlängerung in der jetzigen Form nicht im Interesse der Arbeitnehmer liegt, bis 30. Juni gekündigt werden. In längerer Rede legte Kollege Bruns alle die Mängel des jetzigen Tarifs dar. Namens der Werksbetriebligen und der Tarifkommission schlug er vor, folgende Tarifveränderungen zu fordern: An Stelle der jetzt 53 1/2-stündigen Arbeitszeit eine solche von 52 Stunden, ferner eine Hausentlohnung, so daß täglich eine halbe Stunde früher Geschäftsbeginn eintritt. Der jetzt bestehende Durchschnittslohn von 52 Pf. für Stuarbeiter soll als Minimallohn gelten, desgleichen für Tischler 65 Pf., für Arbeiterinnen nach einem Jahre 30 Pf., nach zwei Jahren 35 Pf. Die Bestimmung des § 616 des B. G. B. wird ausgebeugt, so daß bei Erfüllung militärischer, kommunaler und staatlicher Pflichten Entschädigung bis zu 3 Stunden erfolgt. 83 Proz. Zuschlag auf alle Montagearbeiten, ferner Bezahlung der gesetzlichen Feiertage. Alle Arbeitnehmer, die den Minimallohn schon erreicht haben, 3 Pf. pro Stunde Zulage. Kündigungsfrist ist nicht vorgegeben, doch sollen Entlassungen nur am Schluss der Woche dazugewonnen werden. Auch soll die Schlichtungskommission so ausgestaltet werden, daß vorkommende Differenzen in einer Lohnperiode erledigt werden. Der neu zu schaffende Tarif soll bis zum 30. September 1906 gültig sein.

In der lebhaften Diskussion werden Anträge gestellt, die eine Arbeitszeitverkürzung von 8 Stunden wünschenswert fordern und Lohn-erhöhung von 10 Proz. Bruns betont, daß die Vorlage als Verhandlungsbaß zur Tarifierneuerung dienen sollte und bis jetzt noch keinen Lohnkampf bedeute. Gegen 5 Stimmen wurde folgende Resolution angenommen:

„Die heute versammelten Stuarbeiter und Arbeiterinnen Berlins halten in Anbetracht der ständigen Preissteigerung der Lebensmittel und Wohnraumbieten und sämtlicher Bedarfsartikel eine dementsprechende Vesserstellung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse für dringend geboten und erklären sich mit den von den Werksbetriebligen formulierten Forderungen einverstanden.“

Die Ortsverwaltung des Deutschen Schuhbinderverbandes und die Arbeitnehmervertreter in der Schlichtungskommission werden beauftragt, den bestehenden Tarif dem Verband Berliner Schuhfabrikanten zum 30. September zu kündigen und Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband auf Grundlage der aufgestellten Forderungen anzubahnen, um einen den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen entsprechenden Vertragsabschluss zu erzielen.“

In der Versammlung wurde noch bekannt gegeben, daß am 27. Mai d. J. in Leipzig der Verband deutscher Schuhfabrikanten gegründet wurde. Neben Wahrung der Unternehmerinteressen ist derselbe der Abwehr unbedingter Forderungen der Arbeitnehmer gewidmet. Aber schon vom 1. Juli d. J. erfolgt eine Preissteigerung aller Fabrikate um 10 Proz.

(Wiederholt, weil nur in einem Teil der Auflage.)

Veis- und Diätetischer „Eintracht“. Mittwoch, den 26. Juni, abends 8 1/2 Uhr, bei Herr. Gohlertstr. 1011, Versammlung Allgemeine Familien-Sterbekasse. Heute: Jubiläum Nr. 123 bei Bismarck und Baranenstr. 45 bei Bismarckstr. 2-6 Uhr. Sozialdemokratischer Agitationsverein für den Reichstags-Wahlkreis Thorn-Gum.-Grieten. Donnerstag, den 27. d. Mts., abends 8 1/2 Uhr, bei Dohnalstr. 102: Versammlung. Die Versammlungen finden von nun ab regelmäßig am letzten Donnerstag im Monat statt.

Vermischtes.

Neuer Protest gegen die Hertomer-Fahrt. Nachdem die sächsische Regierung das von der Oberleitung beliebte Renntempo energisch tadelt...

Einsturz eines Wohnhauses. Budapest, 22. Juni. Wie aus Salgotarjan gemeldet wird, ist dort ein erst vor zwei Jahren erbautes Wohnhaus eingestürzt.

Ein Dorf vernichtet. Aus Graz wird unterm 22. Juni berichtet: Das Dorf Reichsdorf ist durch den ausgebrochenen Brand fast vollständig vernichtet worden.

Eingegangene Druckschriften.

„Fellak“. Halbmonatsschrift für Natur, Kultur, Kunst, Schönheit, Wissenschaft und Sozialleben. Verlag Fellak, Berlin, Invalidenstr. 131.

Dorff, Riste 2,50-3,00. Goldfische, Schod 2-15. Sardellen, 1902er per Anker 98, 1904er 98, 1906er 98-95. Schottische Vollheringe 1905 0,00, large 40-44, full 38-40, mod. 36-32, deutsche 37-44.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Ehrenkunde lautet Friedrichstr. 10, Aufgang 4, eine Treppe (Handelsstraße Westkasseler, Turmzug nach Lindenstr. 101) wochentags von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. Gestern 7 Uhr.

sondern der Erheber hat bei Subhastation das Recht vorzeitiger Kündigung. - H. R. 22. Die Klage hat wenig Aussicht auf Erfolg. - D. G. 17. Der Wert ist nicht verpfändet, Beschlag zu schreiben.

Briefkasten der Expedition.

„Erfindung.“ Brief R. 1 ist weiterbefördert. Patienten in Berlin, Buch usw. Diejenigen unserer Abonnenten, die noch während des ganzen nächsten Monats in der Heilstätte bleiben...

Witterungsübersicht vom 22. Juni 1907, morgens 8 Uhr. Table with columns: Stationen, Barometer, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temp. d. Luft, Temp. d. Boden.

Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der städtischen Markthallen-Direktion. (Großhandel.) Rindfleisch Ia 67-69 per 100 Pfd., Ia 61-66, IIIa 56-57, Bullenfleisch Ia 63-67, IIa 53-61, Rinde, fett 49-57, do. mager 37-47, etc.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berliner Reichstags-Wahlkreis. (Landsberger Viertel.) Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser langjähriger Genosse, der Arbeiter Karl Lehmann (Stadtbezirk 394d I) gestorben ist.

Sozialdemokratischer Wahlverein Rixdorf. Todes-Anzeige. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser langjähriger Mitglied, der Arbeiter Wilhelm Wohlgemuth (9. Bezirk) verstorben ist.

Am 20. d. Mts. verschied nach längerem Leiden unser lieber Kollege, der Schriftsetzer Alfred Nickel. Wir verlieren in ihm einen braven Kollegen und werden sein Andenken in Ehren halten.

Verband der freien Gast- und Schankwirte Deutschlands. Zahlstelle Rixdorf. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß die Frau des Kollegen Schiefke, Schönleinsstraße 35, verstorben ist.

Am 21. Juni, nachmittags 1/3 Uhr, verstarb nach kurzen aber schweren Leiden mein lieber Mann, unser guter Vater und Schwiegervater, der Maurer Heinrich Eisenberg im 63. Lebensjahre.

Dankjagung. Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und zahlreichen Kranzspenden bei der Beerdigung meiner lieben, unerschütterlichen Frau Luise Pagel sage ich allen Verwandten, Freunden und Bekannten, sowie den Vereins- und Arbeitskollegen meinen herzlichsten Dank. Karl Pagel.

Zentral-Verband der Steinarbeiter. Berlin I. Am 20. Juni verstarb unser Kollege Karl Lehmann im Alter von 42 Jahren an der Brustkrankheit.

Verband d. baugewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands. Zweigverein Berlin u. Umgegend. Bezirk Rixdorf. Todes-Anzeige. Wir bringen hierdurch unseren Mitgliedern zur Kenntnis (speziell den Fachschulabreitern), daß unser treuer Kollege Wilhelm Wohlgemuth am 22. d. Mts. im Alter von 32 Jahren verstorben ist.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Verwaltungsstelle Berlin. Todes-Anzeige. Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Helfer Gustav Mauerauf am 20. d. Mts. an der Halsrose gestorben ist.

Zentral-Verband der Schmiede. Verwaltungsstelle Berlin. Den Kollegen hiermit zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schmied Karl Spenst (Bezirk 5) am 21. Juni, nach langem schweren Leiden, im Alter von 23 Jahren, an der Lungenerkrankung verstorben ist.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands. Zahlstelle Steglitz. Am Freitag, den 21. Juni, verstarb plötzlich unserer Kollege Heinrich Eisenberg. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Sonntag, den 24. Juni, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des St. Eusebius-Kirchhofes, Vergstraße, aus statt.

Dr. Schünemann. Spezial-Arzt für 44112* Haut- und Harnleiden, Frauenkrankheiten. Friedrichstr. 203, Ecke Schützenstr. 10-2, 5-7, Sonnt. 10-12 Uhr.

Zentralverein der Bureauangestellten Deutschlands. Mitgliedschaft Berlin. Am Donnerstag, den 20. Juni, verstarb nach kurzen Krankenlager an Lungenerkrankung unser Kollege Max Schulz im 23. Lebensjahre.

Kassenhändler jeder Art, Augusta-Bad, Sarg-Magazin Albert Farchmin NW., Stephanstr. 56, NW. Fernsprecher II, 930. Großes Lager sämtlicher Sorten Särge zu den billigsten Preisen.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Verwaltungsstelle Berlin. Todes-Anzeige. Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Arbeiter Otto Räcke am 6. d. Mts. am Blinddarmlleiden gestorben ist.

Die Harnleiden Ihre Gefahren, Verhütung und Beseitigung von Dr. med. Schaper, BERLIN - Preis 1 Mark. stes Casusend Verlag Max Richter Frankfurt (Oder) Buchschiff-Casusend

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Verwaltungsstelle Berlin. Todes-Anzeige. Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schlosser Geza Bucs am 18. d. Mts. gestorben ist.

Tischlerei mit guter Stuhl- und auch Möbelfabrik. Arbeit, umständlicher preiswert zu verkaufen Brünzenallee 65, 14365 Büsten zur Schneiderei, a Stück 1,50 M., hat abzugeben Garich, Leipzigerstraße 59, II. Wer - Stoff - hat fertige Anzüge nach Maß 20 M. Labelloer Str., halbhane Futterläden. Bei Stokkierung billige Preise. Franke, Altesstraße 143, 4412L* Ecke Invalidenstrasse.

Anzulässige Klagen der Bäckermeister.

Gestern stand vor dem Amtsgericht Nixdorf die erste der Klagen an, die durch einen Herrn Stuhlmann gegen eine Reihe Bäckermeister angehängt war. Die Grundlage der Klage bildet folgender Schein:

Bäcker-Innungen Berlins und der Vororte.

Hierdurch verpflichte ich mich Herrn Ehren-Obermeister Hermann Stuhlmann gegenüber bei einer Konventionalstrafe von 30 M. für jeden Fall der Zuwiderhandlung, während der Lohnbewegung im Bäckergewerbe meinen Nachbarn dadurch keinen unlauteren Wettbewerb zu machen, daß ich ihre abgehenden Kunden an mich ziehe.

Ich verpflichte mich daher, während des Lohnkampfes keine neuen Beutelfunden oder Wiederverkäufer anzunehmen, noch irgend Bestellungen aufzunehmen, durch welche aus meinem Geschäft Waren an Fremde, die bisher nicht meine Kunden waren, geschickt werden.

Nixdorf, den 15. März 1907.

(Unterschrift.)

Die jetzt klagend geltend gemachte Konventionalstrafe von 30 M. ist offensichtlich ungültig. Denn der Schein enthält keinen Verpflichtungsgrund, ist nach Abs. 2 des § 152 der Gewerbeordnung und als ein Vertrag gegen die guten Sitten auch nach § 133 des Bürgerlichen Gesetzbuchs als ein Rechtsgeschäft ungültig, das gegen die guten Sitten verstößt, weil es die gesetzlich gewährleistete Gewerbefreiheit und die persönliche Freiheit des Unterschreibenden aufs gründlichste einengt. Im gestrigen Termin wurden von dem Vertreter des Beklagten einige andere interessante Einwendungen erhoben. Es wurde von ihm ausgeführt:

Es sei den einzelnen Meistern von Vorstandsmitgliedern der Zwangsbewahrung die Verpflichtung in einer derartig drängenden Eile zur Unterschrift vorgelegt, daß es ihnen nicht möglich war, sich über die Tragweite ihrer Willenserklärung klar zu werden. Beklagter hat auch nicht daran gedacht, daß ernstlich aus seiner Unterschrift ihm Schaden erwachsen könne. Auch der, der ihm den Schein vorlegte, habe den Inhalt des Scheins nicht ernstlich gemeint. Richtig sei der Schein nach §§ 118 und 119 des Bürgerlichen Gesetzbuchs ohne Rechtskraft. Ferner bestimme § 100q der Gewerbeordnung:

„Die Innung darf ihre Mitglieder in der Festsetzung der Preise ihrer Waren oder Leistungen, oder in der Annahme von Kunden nicht beschränken. — Entgegenstehende Beschlüsse sind ungültig.“

Dasselbe sagt der § 10 Abs. 2 des Statuts der Bäcker-Zwangsinnung Nixdorf. Ferner steht der § 12 Abs. 2 des Statuts eine Strafe von 10 M. für jeden Fall der Zuwiderhandlung fest, wenn Mitglieder der Innung aus gesundheitlichen Streitigkeiten bei einem ordentlichen Gericht sich gegenseitig vertragen, ohne erst eine Schlichtung durch den Vorstand zu beantragen.

Der klägerische Rechtsanwalt bezweifelte, daß Herr Stuhlmann noch Mitglied der Innung sei. Er habe lediglich für seine Person die Verträge abgeschlossen lassen. Der Beklagte hob hervor, daß in dem Mitgliederverzeichnis der Innung Herr Stuhlmann, „Ehren-Obermeister“, an erster Stelle stehe. Wenn Herr Stuhlmann nun aus eigener persönlicher Initiative gehandelt hätte, dann dürfte auf dem Verflüchtigungsschein nicht der Titel der vereinigten Innungen stehen, auch habe dann Herr Stuhlmann seine Eigenschaft als Mitglied der Innung, den Titel „Ehren-Obermeister“ nicht dazu gebrauchen dürfen, um die Innungsmitglieder dahin zu täuschen, daß das Verlangen zur Unterschrift von der Innung gewünscht werde. Die übernommene Verpflichtung stelle eine Beschränkung der persönlichen, wie der Gewerbefreiheit dar, die unter allen Umständen gegen die guten Sitten verstößt und darum ungültig ist.

Der klägerische Anwalt bat um Anberaumung eines neuen Termins, um Information über die offensichtlich erheblichen Einwendungen des Beklagten einzuziehen. Das Gericht kam diesem Antrage nach.

schäft versehen kann. Ich bitte um weiteren Zuspruch.“ Das Aufsehen erregende Plakat interessierte den Angeklagten Hensel. Er befragte Frau A. über die Bedeutung des Plakats und erfuhr nun von ihr eine Reihe von Details über allerlei Unbill, die sie sowohl beim Untersuchungsrichter als auch im Gefängnis und auf dem Transport nach ihrer Wohnung erlitten haben will. Diese Angaben benutzte der Angeklagte Hensel zu einem Bericht, welcher vom „Berl. Tagebl.“ unter der Spitzmarke „Mysteriöse Vorgänge“ veröffentlicht wurde.

Im gestrigen Termin behauptete Frau A., alle ihre Behauptungen seien wahr. Der Angeklagte Hensel konnte nachweisen, daß der Artikel, von dem er erst bei seiner ersten gerichtlichen Vernehmung überhaupt Kenntnis erlangte, in seiner Abwesenheit in Druck gegeben sei. Er hat dann den Angeklagten Hensel mit dessen Einwilligung als Verfasser genannt. — In der Beweisaufnahme traten sowohl Untersuchungsrichter Roth als auch die in Frage kommenden Gefängnisbeamten der sie belastenden Darstellung der Frau A. bzw. des Artikels entgegen. Für die Angeklagte A. war das Gutachten des Medizinalrats Dr. Leppmann entscheidend. Er erklärte Frau A. für geisteskrank. Er habe bei ihr schwere hysterische Erscheinungen festgestellt. Sie sei nicht bloß aufgeregt, sondern es habe sich bei ihr ein ganz bestimmtes Wahnsystem herausgebildet. Vor 13 Jahren habe sie einen Rechtsstreit gehabt und von da an habe sich bei ihr die fixe Idee festgesetzt, daß sie überall, wo sie mit Gerichten zu tun habe, kein Recht bekomme. Sie sei eine geisteskranke Querulantin und da sie in der Affaire, in welcher sie vor dem Untersuchungsrichter vernommen werden sollte, tatsächlich infolge der falschen Aussage des Dienstmädchens Unrecht erlitten, so sei ihre Krankheit in besonderer Stärke wieder zum Durchbruch gekommen und sie sei felsenfest davon überzeugt, daß Richter, Schulleute, Gefängniswärter usw. zu einem Komplott gegen sie sich zusammen getan haben. — Auf Grund dieses Gutachtens erfolgte die Freisprechung der Angeklagten A., auch Hensel wurde freigesprochen, Hensel zu 30 M. Geldstrafe verurteilt.

Um polnischen Schulstreit.

Am Freitag verwarf das Reichsgericht eine Anzahl Revisionen gegen Verurteilungen, die aus Anlaß des Schulstreits erfolgt waren. Diese Revisionen betrafen (in Klammern ist das Datum des landgerichtlichen Urteils beigefügt):

Julius Reich, Redakteur der „Gazeta Torunska“ (Thorn 4. 2.); Redakteur Th. Bobowski (Posen 18. 1.); Redakteur Kasimir Bialowski (Posen 30. 1.); Präbendar und Redakteur Josef Alos (drei Urteile Posen 18. 1.); Organist Franz Pawilowski (Gnesen 4. 2.); Redakteur Konstantin Kopicki (Posen 28. 1.) und Kasimir Janowski, Redakteur des „Dziennik Kujawski“ (Gohensalza 15. 2.).

Rur ein Urteil gelangte zur Aufhebung und Zurückweisung in die erste Instanz. Das Landgericht Ostrowo hatte am 23. März den Propst Stefan Jabomski und einen Klagegegner wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt zu Geldstrafen verurteilt. Die Verurteilten hatten den Schullindern gedruckte Zettel gegeben, auf denen die Eltern den Lehrern erklärten, daß die Kinder das Gebet vor und nach dem Schulunterricht und den Gruß an den Lehrer „Gelobt sei Jesus Christus!“ nicht mehr deutlich sagen werden. Das Gericht hat hierin eine Aufforderung zum Ungehorsam gegen die bekannten Sprachverordnungen erblickt. — Die Revision der Angeklagten bestritt, daß hier die erwähnten Verordnungen verletzt seien, da jenes Gebet und der Gruß nicht zum Religionsunterricht, sondern zum Unterricht im allgemeinen gehören. — Auch der Reichsanwalt vertrat die Ansicht, daß es sich nicht um Teile eines Unterrichtsgegenstandes handle, sondern nur um solche der allgemeinen Schuldisziplin. Die Oberpräsidialverordnung sei daher hier nicht anzuwenden, da sie nur von der Sprache in den Lehrbüchern spricht. Die Revision weise mit Recht darauf hin, daß von der Regierung in Bromberg das Gebet in polnischer Sprache gebilligt werde. — Gemäß dem Antrage des Reichsanwalts hob das Reichsgericht das Urteil auf und verwies die Sache an das Landgericht zurück. — Verworfen wurden dagegen die Revisionen der nach § 110 des Bürgerlichen Gesetzbuchs Verurteilten.

Trifft den Arzt eine Schadenersatzpflicht für den unglücklichen Verlauf einer Operation, die er an einer Minderjährigen ohne Einwilligung des Vaters vorgenommen hat?

Als die seinerzeit in Mainz dienende Klägerin im Jahre 1901 für eine kurze Zeit das Hospital aufsuchen mußte, trat sie auch mit dem Wunsch hervor, gelegentlich von ihrem Schilfen geheilt zu werden. Der Geheimmedizinalrat H., der die Augenabteilung in dem Spital leitete, sagte ihr, daß ihr Schilfen durch Operation beseitigt werden könnte. Die zu jener Zeit 18½ Jahre zählende Klägerin ließ sich daraufhin operieren. Bald nach der Operation des einen Auges stellte sich eine Eiterung ein und begann der Augapfel zu schrumpfen. Auf den Rat eines anderen Arztes hin ließ sich dann die Klägerin das kranke Auge entfernen, um das andere zu retten. Für die Folgen des schädlichen Verlaufes der Operation machte der Vater Schadenersatzansprüche gegen die H. sehen Erben geltend. Als Hauptgründe für die Klage werden angeführt, daß H. einen Kunstfehler begangen habe und daß er die Klägerin nicht ohne die Einwilligung ihres Vaters hätte operieren dürfen. Betreffs des ersten Einwandes behauptete H., daß der Verlauf der Operation auf einen unglücklichen Zufall zurückzuführen sei und daß ein Kunstfehler nicht vorliege. Was die Einwilligung des Vaters anlangt, so hätte er diese nicht für nötig erachtet, weil die Klägerin einen vollkommen selbständigen Eindruck gemacht habe.

Das Landgericht Mainz erkannte auf Abweisung der insgesamt circa 5000 bis 6000 M. Schadenersatz bezweckenden Klage. Es erfolgte die Abweisung deshalb, weil dem Operateur ein Verschulden nicht zur Last falle und er nach den Umständen auf das eigene Verschuldungsrecht der Klägerin rechnen konnte.

Dahingegen änderte das Oberlandesgericht Darmstadt auf die Berufung der Klägerin das landgerichtliche Urteil dahin ab, daß es den Schadenersatzanspruch dem Grunde nach für gerechtfertigt erklärte. Das Oberlandesgericht kommt wegen Nichterholung der Einwilligung des Vaters zur Verurteilung, da es bei solchen nicht unbedenklichen Eingriffen in den Organismus der Minderjährigen dieser Einwilligung bedürftig hätte. Etwas anderes sei es bei leichteren operativen Eingriffen, wie z. B. beim Zahnziehen.

Dieses Urteil wurde durch Revision von seiten der Beklagten angegriffen und dazu ausgeführt, daß den H. nicht deshalb ein Verschulden treffen könne, weil er sich nicht über das Alter der allgemein für erwachsen und selbständig gehaltenen Person unterrichtet und sich keine Sicherheit über ihre Volljährigkeit durch Erkundigungen verschafft habe. Der dritte Zivilsenat des Reichsgerichts kam zur Aufhebung des oberlandesgerichtlichen Urteils und verwies die Sache zur außerordentlichen Entscheidung an das Oberlandesgericht Darmstadt zurück. Es sei zu prüfen, ob der Arzt annehmen durfte, daß die operierte Tochter selbständig sei und ob ein Kunstfehler vorliege.

51 Tage Gefängnis um — 60 Pfennige!

Am 16. April stand vor dem Dresdener Schöffengericht Verhandlungstermin an gegen die 24jährige, aus Schlesien gebürtige Arbeiterin Anna Schöfänger, die beschuldigt wurde, im März einer Zimmergenossin 60 Pf. gestohlen zu haben. Aus Angst vor Strafe griff sie zu einem recht abnormen Mittel. Am Tage vor der Verhandlung lief beim Amtsgericht ein mit „Margarete Schulz“, dem Namen der Verstorbenen, unterzeichneter Brief ein, des Inhalts, daß die Schulz die vermischten 60 Pf. versehentlich in ihre Kommode gelegt und dann wieder gefunden habe; damit erledige sich die Strafsache gegen die Schöf. Der den Vorfall führende Amtsrichter war mit einer derartigen privaten Abmachung natürlich nicht einverstanden und beschloß, die Verhandlung zu vertagen, um Zeugen zu laden. Jetzt rüdt die Schöf. mit dem Geständnis heraus, daß sie selbst den Brief an das Amtsgericht geschrieben und unterschrieben habe, um den Richter zu täuschen. Die Folge ihres törichten Streichs war, daß die Schöf. wegen des Diebstahls zu drei Wochen Gefängnis verurteilt wurde und daß eine Anklage wegen Urkundenfälschung erhoben wurde. Die Schöf. wurde von der fünften Strafkammer mit einem weiteren Monat Gefängnis belegt. Also: 51 Tage Gefängnis wegen 60 Pfennige!

Dieselbe Straftat — verschiedene Urteile.

Vor dem Strafsenat des Oberlandesgerichts Stuttgart als Revisionsinstanz gelangte dieser Tage die bekannte Verleumdungsklage des Geh. Regierungs- und Baurats Vorhers in Hildesheim gegen den Installateur Greve aus Einbeck und den Redakteur Henking von der Stuttgarter Jagdschrift „Loran“ zur Verhandlung. Die Zeitschrift hatte ein „Eingefandt“ Greves veröffentlicht, in welchem dieser sich über das Verfahren des Geheimrats Vorhers bei Projektierung und Ausführung von Wasserleitungen in zahlreichen hannoverschen Gemeinden beklagte. Mehrere hannoversche Zeitungen, welche diesen Artikel abdruckten, waren wegen Verleumdung des Geheimrats Vorhers von der Hildesheimer Strafkammer und dem Göttinger Schöffengericht zu erheblichen Geldstrafen verurteilt. Die von den Beklagten zur Erbringung des Wahrheitsbeweises vorgelegten Zeugen zu vernehmen, hatten diese preussischen Gerichte abgelehnt. Anders verfuhr das Schöffengericht Stuttgart und die dortige Strafkammer, welche in derselben Sache gegen den Verfasser jenes Artikels, Installateur Greve, und den „Loran“-Redakteur zu verhandeln hatten. Sie ließen in der entgegenkommendsten Weise den von den Angeklagten angebotenen Wahrheitsbeweis zu, veranlaßten die Vernehmung zahlreicher Zeugen, und das Ergebnis war — die Freisprechung der Angeklagten. Nunmehr hat auch als letzte zulässige Instanz das Oberlandesgericht Stuttgart den Freispruch bestätigt, während die Revision der verurteilten hannoverschen Redakteure auch vom Reichsgericht zurückgewiesen worden ist.

Es ergibt sich also folgender sonderbarer Rechtszustand auf Grund desselben Gesetzes: in Preußen wurden die Zeitungen, die den inkriminierten Artikel nur abgedruckt haben, unter Nichtberücksichtigung des angebotenen Wahrheitsbeweises verurteilt, in Württemberg wurden der eigentliche Verfasser und der erste Verbreiter desselben Artikels, nachdem ihnen die Möglichkeit zur Erbringung des Wahrheitsbeweises eingeräumt war, freigesprochen; hier wie dort bestätigten die angerufenen höheren Instanzen das ergangene Urteil.

Die hannoverschen Blätter wollen nun, gestützt auf das Stuttgarter Urteil, den Versuch machen, ein Wiederaufnahmeverfahren in die Wege zu leiten. Helfen wird ihnen das nicht viel. Hat doch auch das Reichsgericht bei absolut gleichem Tatbestand ein aus Anlaß eines Wahlflugblattes vom Januar vergangenen Jahres verurteilendes und mehrere freisprechende Urteile bestätigt. Die deutsche Justiz ist dahin gelangt, die Form und den Formelstamm für die Hauptsache, den Inhalt und die Wahrheitsermittelung für gleichgültige Nebensächlichkeiten zu erachten.

Wochen-Spielplan der Berliner Theater.

- Königl. Schauspielhaus.** Sonntag: Die Rabensteinerin. Montag: Feenhände. Dienstag: Die Rabensteinerin. Mittwoch: Feenhände. Donnerstag: Ohnes und sein Ring. Freitag: Feenhände. Sonnabend: Der Schwur der Treue. Sonntag: Feenhände. Montag: Geflohen.
- Neues königl. Opern-Theater.** Sonntagnachmittag 3 Uhr: Die Gelsa. Abends: Carmen. Montag: Wiener Blut. Dienstag: Carmen. Mittwoch: 1001 Nacht. Donnerstag: Carmen. Freitag: Madama Duncan. Sonnabend: Wiener Blut. Sonntagnachmittag 3 Uhr: Die Hibernierin. Abends: Carmen. Montag: Wiener Blut.
- Deutsches Theater.** Bis auf weiteres täglich unter Leitung Reinhardts: Der Jongleur.
- Romische Oper.** Sonntag: Carmen. Montag: Hoffmanns Erzählungen. Dienstag: Carmen. Mittwoch: Hoffmanns Erzählungen. Donnerstag: Carmen. Freitag: Todca. Montag: Hoffmanns Erzählungen.
- Schiller-Theater O.** Sonntagnachmittag 3 Uhr: Die Fäulnis. Abends: Carmen. Montag: Der Freischütz. Dienstag: Carmen. Mittwoch: Undine. Donnerstag: Die Hugenotten. Freitag: Carmen. Sonnabend: Die Fäulnis. Sonntagnachmittag 3 Uhr: Undine. Abends: Don Juan. Montag: Unbestimmt.
- Schiller-Theater N.** (Friedrich-Wilhelmsstädtisches Theater.) Sonntag bis Montag, täglich: König-Ortiz.
- Luftspielhaus.** Sonntag bis Montag täglich: Die Welt ohne Männer.
- Kleines Theater.** Sonntag: Frau Bedelind. Montag: Ein idealer Gatte. Dienstag: Nachtasyl. Mittwoch: Frau Bedelind. Donnerstag: Ein idealer Gatte. Freitag: Nachtasyl. Sonnabend bis Montag: Unbestimmt.
- Theater des Westens.** Abends: Die lustige Witwe.
- Lustig-Theater.** Sonntagnachmittag 3 Uhr: Heinrich Heine. Abends: Das Kästlein der Heine. Sonntagnachmittag 3 Uhr: Gelsenstein.
- Bernhard Hoie-Theater.** Sonntagnachmittag 4 Uhr: Die Schöne. Der Gehülfe des Teufels. Die Ballettschule. Abends: Der große Unbekannte. Montag bis Sonnabend: Der große Unbekannte. Sonntagnachmittag 4 Uhr: Der Hausmeister im laienhaft Kenghen. Unterm Birnbaum. Die Ballettschule. Abends und Montag: Der große Unbekannte.
- Residenz-Theater.** Abends: Haben Sie nichts zu verzollen? Montag, 1. Juli: Geflohen.
- Metropol-Theater.** Abends: Der Teufel laßt dazu.
- Thalia-Theater.** Abends: Staatsanwalt Alexander.
- Walhalla-Theater.** Abends: Der lustige Witwer. Spezialitäten.
- Walhalla-Theater.** Spezialitäten.
- Reichshallen-Theater.** Stettiner Sänger.
- Pastor-Theater.** Spezialitäten.
- Wintergarten.** Abends: Spezialitäten.
- Figaro-Theater** (am Jolles Caprice). Abends: Geisterauto.
- Paris.** Anfang 8½ Uhr.
- Carl Haverland-Theater.** Spezialitäten.
- Gustav Behrens-Theater.** Berlin W., Goltzstr. 9. Die Katzen in der Berühmte. Spezialitäten.
- Urania-Theater.** Tannenstraße 48/49. Sonnabend, Montag, Dienstag, Freitag und Sonntag, den 30. Juni: Von der Jagd zum Wahnwitz. Sonntag, Mittwoch, Donnerstag und Sonnabend, den 29. Juni: Die Gelfinger der Dohgebirge und die Wästel unserer Heimat. Anfang 8 Uhr. Sonnabendnachmittag 4 Uhr: Durch Dänemark und Südböhmen.

Im Sommer ist MAGGI'S Würze ganz besonders wertvoll,

dem die Hausfrau macht gern kurze Küche und hilft dann mit einigen Tropfen Maggi's Würze nach.



Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.

Theater.
Sonntag, den 23. Juni
Anfang 7 1/2 Uhr.

Kgl. Schauspielhaus. Die Raben
Heinrich.
Montag: Reenhände.
Neues Kgl. Opernhaus. Carmen.
Nachmittags 3 Uhr: Die Geisha.
Montag: Wiener Blut.
Anfang 8 Uhr.

Schiller-O. (Wallner-Theater.)
Carmen.
Nachmittags 3 Uhr: Die Zauber-
kiste.
Montag: Der Freischütz.

Schiller N. (Friedrich Wilhelm-
Theater) Kgl. Oper.
Montag: Diefelbe Vorstellung.
Deutsches. Der Jongleur.
Montag: Diefelbe Vorstellung.
Kleines. Franz Beben. Anfang
8 1/2 Uhr.

Montag: Ein Theater Gatte.
Komische Oper. Carmen.
Montag: Hoffmanns Erzählungen.
Wesken. Die lustige Witwe.
Montag: Diefelbe Vorstellung.
Neues Schauspielhaus. Poppen-
raib Erben.

Montag: Diefelbe Vorstellung.
Residenz. Haben Sie nichts zu
verzoilen?
Montag: Diefelbe Vorstellung.
Lustspielhaus. Die Welt ohne
Männer.

Montag: Diefelbe Vorstellung.
Theia. Staatsanwalt Alexander.
Montag: Diefelbe Vorstellung.
Lustien. Das Rätsel seiner Ehe.
Nachmittags 3 Uhr: Heinrich Heine.
Montag: Das Rätsel seiner Ehe.
Bernhard Rose. Der große Un-
bekannte.

Nachmittags 4 Uhr: Die Schwärze.
Der Gehülte des Teufels. Die
Ballettschule.
Montag: Der große Unbekannte.
Metropol. Der Teufel lacht dazu.

Montag: Diefelbe Vorstellung.
Wintergarten. La Tortajada.
Spezialitäten.
Montag: Diefelbe Vorstellung.
Apolo. Der lustige Witwe. Spe-
zialitäten.

Montag: Diefelbe Vorstellung.
Walhalla. Spezialitäten.
Montag: Diefelbe Vorstellung.
Voltes Caprice. Cafeteria. -
Paris.

Montag: Diefelbe Vorstellung.
Passage. Spezialitäten.
Montag: Diefelbe Vorstellung.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Montag: Diefelbe Vorstellung.

Urania. Fauderstraße 18/19.
Von der Jugspitze zum Bah-
mann.
Steruante. Invalidenstr. 57/58.
Abends 8 Uhr: Die Gletscher der
Hochgebirge und die Gletscher unserer
Heimat.

Montag: Von der Jugspitze zum
Bahmann.

Kleines Theater.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Gastspiel Frank Wedekind.
Montag: Ein Theater Gatte.
Dienstag: Kuchel.
Mittwoch: Gastspiel Frank Wede-
kind.
Donnerstag: Ein Theater Gatte.

Residenz-Theater.
Direktion Richard Alexander.
Heute und folgende Tage 8 Uhr:
Haben Sie nichts zu verzoilen?
Schwan in 3 Akten v. H. Denniquin
und G. Weber.

Lustspielhaus.
8 Uhr: Wiener Ensemble - Gastspiel
Die Welt ohne Männer.
Sipi Gledner als Gast.

Theater des Westens.
Abends 8 Uhr:
Die lustige Witwe.
Operette in 3 Akten v. Franz Lehár.

Metropol-Theater
Anfang 8 Uhr.
Der Teufel lacht dazu.
Große Jahresrevue in 7 Bildern
von Julius Freund. Musik von
Viktor Hollander. Dirigent Max
Roit. In Szene gesetzt von
Direktor Richard Schultz.
Ranchen überall gestattet.

Luisen-Theater
Reichenbergerstr. 34.
Sonntag, den 23. Juni, nachm. 3 Uhr,
bei halben Preisen:
Heinrich Heine.
Abends 8 Uhr:
Das Rätsel seiner Ehe
und folgende Tage.

**Walhalla-
Variete-Garten**
Reinholdstr. 19/20, Hietz. Vor-
spezialitäten - Vorstellung.
Promenaden - Konzert.
Anf.: Konzert 3; Vorstellung 7 1/2 Uhr.
Bei ungünstigem Wetter
Vorstellung im Theater 8 Uhr.
Kleine Sommerpreise.

Schiller - Theater O.
(Wallner-Theater)
Moriolk-Oper.
Sonntag, nachm. 3 Uhr
bei halben Preisen: Die Zauberflöte.
Große Oper in 2 Akten von
W. A. Mozart.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Carmen.

Große Oper in 4 Akten von Bizet.
Montag, abends 8 Uhr:
Der Freischütz.
Dienstag, abends 8 Uhr:
Carmen.

Schiller-Theater N.
Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater.
Abends 8 Uhr:
Kyriltz-Pyritz. Sommerpreise.

BERNHARD ROSE THEATER
Dr. Frankfurterstr. 182.
Sonntag, den 23. Juni:
Anfang 4 Uhr.
Im Garten:
Das glänzende Juni-Programm.
Paul Corradini. - The Laugtry.
Die Ballettschule.
Sonntagspreise.
Abends 8 1/2 Uhr im Theater:
Der große Unbekannte.
Sommerpreise.

W. Noacks Theater.
Direktion: Rob. Hill. Brunnenstr. 18.
Konzert, Theater, Spezialitäten.
Kolossaler Erfolg!

Berlin, wie es laut und kracht!
Anfang 5 Uhr. Entree 30 Pf.
Bei schlechtem Wetter: Vorst. im Saal.

Prater-Theater.
Kahlsauer-Wee 7/9.
Täglich:
Flotte Weiber

Spezialitäten 1. Ranges.
Konzert und Ball.
Anfang 4 1/2 Uhr.

**Apolo
Theater**
8 Uhr: Die bedeutenden Spe-
zialitäten mit Jean Clements
Jirtus-Baroble Barnum u. Beileid.
Abends 9 1/2 Uhr:

Hartstein
mit seiner Burleske:
Der lustige Witwe.
1. Bild: Das letzte Mal.
2. Bild: Die Folgen davon.

Volksgarten-Theater.
Bad-Bahnstraße - Bahnhof Gesund-
brunnen - Sellermannstraße.
Der rechte Weg.
Original - Volkstheater mit Gesang und
Tanz in 4 Bildern von B. Gerde.
Hierzu:
Das neue
Riesen - Spezialitäten - Programm.
Volkbelustigungen.

Fröbels Allerlei-Theater
(früher Pohlmann)
Schönaner Allee 148 und
Kahlsauer-Wee 97/99.
Kleinstes Volkstheater Berlins.
Heute Sonntag:
Große Gala-Vorstellung.
Das neue erstl. Riesen-Juni-Prgr.
Karl Braun als Oberst
Holmes
und die übrigen 15 Kunstkräfte.
Neu! Großstadtzauber.
Anfang 4 1/2 Uhr. Entree 30 Pf.

WINTERGARTEN
Sonntag, den 23. Juni:
Große Spezialitäten - Vorstellung.
U. a.: Gastp. d. Hrn. Paul
Bergérou u. Mad. Mary Wilson
Mnemotechniker in höchster Vollendung

Nante Pohlmann:
Der gemiedliche Sachse.
NB. Bei schlechtem Wetter findet die Vorstellung im großen Saale statt.

La Tortajada.
Glänzendes
Programm.

Gustav Behrens-Theater.
Berlin W.,
Goltzstraße 9.
Das neue
equisite
Juni-
Programm.
Schlager auf
Schlager!
Neu! Die Jungfrau v. Orleans.
Komödie.
Greifenberger prolougiert.
Neu! Emmoline u. Erich Hochberg,
Opernabend sowie die übrigen ex-
tra-spektakulären Spezialitäten.
Anfang 8 Uhr, Sonntag 8 1/2 Uhr,
Sommerpreise.

**Schwarzer
Friedrichsberg**
Stadtbahnstation Frankf. Allee. Inh.: Gebr. Arnhold.
Jeden Sonntag:
Großes Künstler-Konzert. * Spezialitäten - Vorstellung.
Im Königsaal: Großer Ball.
Volksbelustigungen aller Art. * Drei verdeckte Kegelbahnen.
Die Kasseküche ist von 3 Uhr an geöffnet.
Entree 20 Pf. (6021L*) Anfang 4 Uhr.

Adler
Frankfurter Chaussee 5
(früher 120).
Fernspr. Friedrichsberg No. 2.
Jeden Sonntag:
Großes Künstler-Konzert. * Spezialitäten - Vorstellung.
Im Königsaal: Großer Ball.
Volksbelustigungen aller Art. * Drei verdeckte Kegelbahnen.
Die Kasseküche ist von 3 Uhr an geöffnet.
Entree 20 Pf. (6021L*) Anfang 4 Uhr.

Willy Walde-Sänger.
Avis! Donnerstag, den 27. Juni: Großes Militär-Konzert.

Diez' Spezialitäten - Theater.
Landsberger Allee 76-79.
Direkt a. d. Ringbahnstation. Bequemste Fahrgelegenheit n. allen Stadttricht.
Ob schön! Täglich: Ob Regen!
Im herrlichen Garten oder großen Saal:
Die größte Sensation der Gegenwart:
3 Röhre Todesfahrt im drehbaren Globus.
Ganz 3 1/2 hr., der einzige Fahrer der Welt, welcher die endlose Schiene,
nur 3 Meter Durchmesser, ostwärts durchfährt. - Carlton Brothors, phäno-
menale atomballige Reihelien. - The 5 Astleys, die fabeln Formet, brill.
Musikant. - Matr. Frodo mit seinem Ueber-Sirtus: Song, Spiel, Schweiß
und Hunden. Dazu das neue und beste Programm Berlins.
Anf. 3 Uhr. Kasseküche. Volksbelustigungen aller Art. Entree 30 Pf.

Diez Seelerrasse, Lichtenberg,
Röderstr. 11-13
zwischen Landsberger Allee und Röderplatz.
Größtes und schönsten Vergnügungs-Etablissement, 25 000 Personen
fassend, mit 11 000 Quadratmeter See. - Jeden Sonntag:
Großes Lützow-Konzert.
Um 6 und 10 Uhr: Auftreten der
besten Turmseilkünstler d. Welt Mr. J. H. Liepelt
und Mrs. Mary,
längstes und höchstes Turmstiel, welches je bestiegen wurde.
Erstklassiges Spezialitäten-Theater
ca. 40 Nummern.
Riesen-Land- und Wasser-Feuerwerk.
In zwei Gr. Ball. * Gr. Kasseküche. * 15 Ruderboote. *
4 verd. Kegelbahnen. Volksbelustigungen aller Art.
Anf. 3 Uhr. Entree 20 Pf. Kinder unt. 10 Jahren frei, ältere Kinder 10 Pf.
Aegidius Diez, Direktor und Besitzer.

Golgatha
in
Castans Panoptikum
165 Friedrichstraße 165.

Arnold Scholz Neue Welt Hasenheide
108/114.
Sonntag, den 23. Juni 1907:
Gr. Doppel-Konzert
Gala-Spezialitäten-Vorstellung
:: :: Geschw. D'Orville :: ::
Doppeltodesluftfahrt durch den ganzen Garten
an den Zähnen hängend
Im Riesensaal: GROSSER BALL
Anfang des Konzerts 4 Uhr Entree zum Konzertgarten 10 Pf.
zum Theatergarten 25 Pf.

Landes-Ausstellungs-Park.
Neu erbaut: Festsäle, Café und Konditorei, ge-
deckte Gartenhallen, Fontaine lumineuse.
Dejeuners von 2,50 Mark an bis 2 Uhr nachmittags. 32/13*
Diners und Soupers von 4 Mark an.
Doppelkonzert. Illuminationsabende großen Stils.

**Karl Kellers
Victoria - Garten, Wilmersdorf.**
Wilhelmsau 114/115. Wilhelmsau 114/115.
× × × Jeden Sonntag: × × ×
Großes Militär-Konzert.
Kasseküche, Kasperle - Theater, Kinematograph.
Mittwoch, den 3. Juli: Erstes Kinderfest.

Sindengarten Nieder-Schönhausen
Linden-Straße 43.
Sonntag, den 23. Juni:
Große Spezialitäten - Vorstellung.
U. a.: Gastp. d. Hrn. Paul
Bergérou u. Mad. Mary Wilson
Mnemotechniker in höchster Vollendung

Nante Pohlmann:
Der gemiedliche Sachse.
NB. Bei schlechtem Wetter findet die Vorstellung im großen Saale statt.

**Schwarzer
Friedrichsberg**
Stadtbahnstation Frankf. Allee. Inh.: Gebr. Arnhold.
Jeden Sonntag:
Großes Künstler-Konzert. * Spezialitäten - Vorstellung.
Im Königsaal: Großer Ball.
Volksbelustigungen aller Art. * Drei verdeckte Kegelbahnen.
Die Kasseküche ist von 3 Uhr an geöffnet.
Entree 20 Pf. (6021L*) Anfang 4 Uhr.

Adler
Frankfurter Chaussee 5
(früher 120).
Fernspr. Friedrichsberg No. 2.
Jeden Sonntag:
Großes Künstler-Konzert. * Spezialitäten - Vorstellung.
Im Königsaal: Großer Ball.
Volksbelustigungen aller Art. * Drei verdeckte Kegelbahnen.
Die Kasseküche ist von 3 Uhr an geöffnet.
Entree 20 Pf. (6021L*) Anfang 4 Uhr.

Willy Walde-Sänger.
Avis! Donnerstag, den 27. Juni: Großes Militär-Konzert.

Urania.
Wissenschaftliches Theater.
Abends 8 Uhr:
Die Gletscher der Hochgebirge
und die Eiszeit unserer Heimat.
Montag 8 Uhr:
Von der Jugspitze zum Watzmann.

**ZOOLOGISCHER
GARTEN**
Heute Sonntag Eintritt:
50 Pf.
Kinder unter 10 J. die Hälfte.
Nachmittags ab 4 Uhr:
Militär-Doppel-Konzert.
Morgen sowie täglich:
Großes Konzert.

Berliner Aquarium
Unter den Linden 68a
Eingang Schadow-Straße No. 14.
Heute Sonntag Eintrittspreis
50 Pf.
Reichhaltigste Ausstellung der
Welt an lebenden Säugetieren,
Reptilien etc. 44/18

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger.
Anfang Hochtags 8 1/2 Uhr.
Sonntags 7 Uhr.
Reichs-
hallen-
Garten
und
Restaurant
Militär-
Konzert.

Sanssouci, Kottbusser
Straße 6.
Direktion Wilhelm Reimer.
Bei günstiger Bitterung auf
der Gartenbühne.
Sonnt., Mont., Donnerst.:
Hoffmanns Nordd. Sänger
u. Tanzkränchen.
Gute Kost! Im Manöver.
Luftspiel in 1 Akt.
Sonnt. Beg. 5. uochent. 8 1/2
Uhr.
Rougen: Gr. Elite-Soiree. - Tanz.

Passage-Theater.
Abends 8-11 Uhr:
Die kleine
Rakete
mit
Paulette van Roy.
14 großartige Spezialitäten.

Schweizergarten
Am Königstor. Am Friedrichshain.
Straßendamm 1, 2, 4, 17, 59, 62, 63 u. 74.
Täglich:
Theater-Vorstellung.
Neue Spezialitäten.
Kinematograph und Ball.
Freier Damentanz.
Anfang 5 Uhr. Entree 30 Pf.

**Max Kliems
Sommer-Theater**
Hasenheide 13/15.
Artifizielle Leitung: Paul Milditz.
Täglich: Gr. Konzert, Theater
u. Spezialitäten - Vorstellung.
Jeden Montag: Sommerfest.
Jeden Mittwoch:
Die beliebtesten Kinderfeste.
Jeden Donnerstag: Elite-Tag.
Die Kasseküche ist täglich von
3 Uhr ab geöffnet.

Alhambra
Ballner-Theaterstraße 15.
Jeden Sonntag: Großer Ball
Großes Orchester. Anfang Sonntag
5 Uhr. A. Zamiatat.

**Waldemar
Süd-Ost**
Waldemar-
straße 75. Waldemar-
straße 75.
Jeden Sonntag: Großer Ball.
Herren 0,50 M. Damen 0,30 M.
Anfang Sonntag 5 Uhr.

Genossen, Vereinen Gesellschaften
empfiehlt sein Lokal, bis 80 Personen,
Max Goebel,
12475 Gleimstr. 30.

Moerner's Blumen Garten
Ober-Schönewalde a. d. Obersee.
Inh.: Alb. Moerner
(Neues Konzerthaus).
42912*) Heute:
Extra-Reunion
(Leitung: Tanzlehrer Sachs).
Für Vereine und Gewerks-
schaften im Sommer nach Sonn-
abende zu vergeben.
Bedingungen in bekannter
faulenter Weise.

**Restaurat
Gewerkschafts-
haus.**
Engel-Ufer 15.

Menu 75 Pf.
Heute Sonntag:
Nudelmilchsuppe.
Kal grün oder Spinat mit Schmelz
Hamburger Kohlsteine oder
Gemmelbraten.
Kompott oder Salat.
× Reichhaltige Abendkarte. ×
Wochentäglich: Großer bürgerlicher
Mittagstisch Gov. 60 Pf.
Um zahlreichen Besuch bitten alle
Genossen
Rich. Augustin.

Belle-Alliance-Garten
Herrlichster Sommergarten Berlins.
Weltberühmte Illumination.
Vollständig neue Kulogen.
Täglich:
Elite-Variété - Vorstellung
Anf. montags 6, Sonntags 4 Uhr.

Brunnen-Theater
Bahnhofstr. 68. Direkt.: Bernh. Ross.
10 neue Attraktionen 10.
Dermingeltruppe, Kamradfahrer.
The Etouas, Gymnastiker.
Die weltberühmte Zirkelphantomime
Eine unruhige Nacht
der Phantas Guitano Truppe.
Neu! Carmen. Neu!
Kasseneröffnung 2 Uhr. Anf. 5 Uhr.
Billetvorverkauf von 10-1 Uhr an
der Theaterkassa.

Ostbahn-Park
Am Küstrinerplatz, Rüdorsdorferstr. 71
Hermann Imbs.
Täglich:
Großes Konzert,
Theater- und Spezialitäten-
Vorstellung.

**Welt-Ausstellungs-
Biograph - (St. Louis)**
Theater lebender
Photographien.
Täglich Eingang von
Neuheiten.
Den ganzen Tag Vorstellung.

Nur noch bis Ende Juni geöffnet!
Volksmuseum
Friedrichstr. 112.
Nähe Cranienburger Tor.
Anatomie! Pathologie!
Samariterlehre! Mechanische
Kolossalgruppen! Völkergalerie
Täglich wechselnde Lichtbilder-
vorträge über Visitenkarte des
Verbreiters! Vorausbestim-
mung des Geschlechts! Herma-
phroditismus Volks - Krank-
heiten etc.
Eintritt 30 u. 50 Pf., Militär 20 Pf.,
Kinder 10 Pf. 10416*

Alhambra
Ballner-Theaterstraße 15.
Jeden Sonntag: Großer Ball
Großes Orchester. Anfang Sonntag
5 Uhr. A. Zamiatat.

**Waldemar
Süd-Ost**
Waldemar-
straße 75. Waldemar-
straße 75.
Jeden Sonntag: Großer Ball.
Herren 0,50 M. Damen 0,30 M.
Anfang Sonntag 5 Uhr.

Genossen, Vereinen Gesellschaften
empfiehlt sein Lokal, bis 80 Personen,
Max Goebel,
12475 Gleimstr. 30.

Moerner's Blumen Garten
Ober-Schönewalde a. d. Obersee.
Inh.: Alb. Moerner
(Neues Konzerthaus).
42912*) Heute:
Extra-Reunion
(Leitung: Tanzlehrer Sachs).
Für Vereine und Gewerks-
schaften im Sommer nach Sonn-
abende zu vergeben.
Bedingungen in bekannter
faulenter Weise.

Elythum, Landsberger-
Heute (siehe täglich):
— **Vorstellung** —
Anfang 7 Uhr. Entree frei.
Es ist empfehle den geehrten
Besuchern an Wochentagen meinen
5000 Personen fassenden Naturgarten.
Saal für 1200 Personen zur
Abhaltung von Sommerfesten mit
Sänger-Gesellschaft gratis zu vergeben.
Kant 7, 2017. 5111C

Landpartie-
Vereins-Verlosungs-Gegenstände,
Lampens, Papiermützen, Radan-
instrumente in hervorr. Auswahl.
Außergewöhnlich billig z. B.:
transparente 1 Dutzend
Stocklaternen 45 Pf.

Bernhard Keilich,
Größt. Spielwaren-Gesch. Dtschl.
Gr. Hamburgerstr. 21-23,
Ecke Oranienburgerstr. 19 Schaaf.

**Deutsche Armeo-, Marine- und
Kolonial-Ausstellung, Berlin 1907**
zu Gunsten der Veteranen und
Invaliden von Meer-, Marine- u.
Schutztruppen.

Lotterie
100000 Serien je 20 Stück à 1 Mk.
18991 Serien je 20 Stück je 20 Pf.

300,000
Hauptgewinne im Werte von
60,000 Mark
40,000 Mark
25,000 Mark
10,000 Mark
2 mal 5000, 5 mal 2000
10 mal 1000, 20 mal 500
50 mal 200, 100 mal 100
u. s. w. u. s. w.

LOSE à 1 Mark
berechtigen zum Besuche der
Ausstellung.
11 Lose für 10 Mark
(Porto u. Liste 20 Pf.)
A. MOLLING, Berlin
Kaiserhofstrasse 1.
LOSE à 1 Mark sind in allen durch
Plakate kenntlichen Verkaufsstellen
zu haben.

Boxhagen-Rummelsburg.
Sonntag, den 23. Juni, in den Gesamträumen des Lokals „Neu-Seeland“ (Ww. Schonerl):
Großes Volksfest des Wahlvereins Rummelsburg.
Zur Aufführung gelangen:
**Großes Konzert × Humoristische und Gesangsvorträge ×
Turnerische Aufführungen usw.**
Anfang 3 Uhr. — Herren, die am Tanz teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach. — Entree 25 Pf.
Die Kaffeeküche steht den geehrten Damen von 3 Uhr an zur Verfügung.
Um zahlreichen Besuch bittet [S. 6*] Das Komitee.

Parteigenossen! Bundesgenossen!
Gau IX des Arbeiter-Radfahrer-
(Provinz) Bundes
Brandenburg „Solidarität“.

Heute Sonntag, den 23. Juni, findet im Moabiter Schützenhause
in Plötzensee unser

VII. Gau-Fest

statt, verbunden mit
Großem Doppel-Konzert, Gesangs- und humoristischen Aufführungen
(Berliner Ulk-Trio),
sportlichen Aufführungen der Bundesvereine,
□ □ □ Kinderbelustigungen, □ □ □
Großem Fest-Ball.

Anfang mittags 12 Uhr. Billett an der Kasse 25 Pf.
Hierzu ladet die werten Parteigenossen und Bundesgenossen freundlichst ein
Der Fest-Ausschuß.
NB. Fahrgelegenheit: Nordring, Station Beusselstraße. Straßenbahnlinien No. 11
und 12 bis zum Festlokal, bis 12 Uhr zurück nach dem Stadtnern;
No. 6, 8, 9, 10 und 14 bis zur Beusselstraße.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Montag, den 24. Juni, abends 8 1/2 Uhr:
Branchen-Versammlung
der
Bürsten- u. Pinselmacher usw.
bei Wohlfahrt, Rosenthalerstr. 57 (großer Saal).
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Herrn Professor Sommerfeld über: Der jetzige
Stand der Erforschung der Sungenüberliefst. 2. Diskussion.
3. Branchenangelegenheiten.
Die Branchenkommission.

Korbmacher.
Montag, den 24. Juni 1907, abends 8 1/2 Uhr:
Branchen-Versammlung
im Gewerkschaftshause, Engel-Platz 15.
Tages-Ordnung:
1. Bericht über die Lohnbewegung der Grünbranche. 2. Unsere
Stellung zu den Geschloßherren. 3. Verschiedenes.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht Die Kommission.

Jalousie-Arbeiter.
Mittwoch, den 26. Juni, abends 8 1/2 Uhr:
Branchen-Versammlung
im Gewerkschaftshause, Engel-Platz 15, Saal 8.
Tages-Ordnung:
1. Branchenangelegenheiten. 2. Verschiedenes.
Der wichtigen Tagesordnung halber müssen alle Kollegen erscheinen.
Die Kommission.

Kammacher
Mittwoch, den 26. Juni, abends präzis 8 1/2 Uhr:
Branchen-Versammlung
der
Kammacher und aller in der Celluloid-Haarschmuck-Branche
beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen
in Bockers Festsälen, Weberstraße 17.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Kollegen Julius Hildebrandt über: Die wirt-
schaftlichen Kämpfe in der Zukunft. 2. Diskussion. 3. Berichts-
angelegenheiten. 4. Verschiedenes.
Der sehr wichtigen Tagesordnung wegen ist es Ehrenpflicht eines jeden
Kollegen, in dieser Versammlung zu erscheinen.
Die Kommission.

Einsetzer.
Mittwoch, den 26. Juni, abends 8 Uhr, im Englischen Garten,
Alexanderstr. 27c:
Branchen-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Wahl des I. und II. Obmanns. 2. Branchenangelegenheiten und
Verschiedenes. Der Obmann.

Holzarbeiter.
Donnerstag, den 27. Juni, abends 8 1/2 Uhr:
**Zwei große
außerordentl. Mitglieder-Versammlungen**
bei Freyer (fr. Keller), Koppenstr. 29, und in den
„Germania-Festsälen“, Chausseestr. 110.
Tages-Ordnung:
1. Die wirtschaftlichen Kämpfe der Neuzeit und welche Auf-
gaben stehen und bevor? 2. Diskussion.
Referent: Kollege Reinhardt - Stultgart (Medaillieur der „Holz-
arbeiter-Zeitung“) und Kollege Müller-Klein a. M.
Die Kollegen werden ersucht, recht zahlreich in diesen Versammlungen
zu erscheinen.
Die Ortsverwaltung.

Bodenleger.
Mittwoch, den 26. Juni, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshause
(Saal 7), Engel-Platz 15:
Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Die Verhältnisse von außerhalb als Arbeitgeber in
Berlin und was haben die Bodenleger Berlin zu erwarten?
Referent: Kollege Ahrens. 2. Branchenangelegenheiten und Ver-
schiedenes.
3. In dieser Versammlung werden alle Kollegen von außerhalb, die
in Berlin arbeiten, geladen und auch die, welche bei folgenden Firmen in
Arbeit stehen: Karl Badmeier, Schütke, Pampun, Hetzer, Hofelder,
Schneider und Fischer & Schütz.
Die Kommission.

Bautischler-Kommission.
Montag, den 24. Juni, abends 8 Uhr, bei Walter, Adalbertstr. 62:
Sitzung
der gesamten Kommission für Berlin und die Vororte.
Die Kommissionsmitglieder werden ersucht, vollständig zu erscheinen.
S. R.: Karl Heiche.

Branche der Musikinstrumenten-Arbeiter.
Mittwoch, 26. Juni, abends 8 1/2 Uhr, in den Andra-Sälen,
Andrastraße 21:
Branchen-Mitgliederversammlung.
Tages-Ordnung:
1. Die diesjährige Audition in der Holzindustrie und ihre
Bedeutung für die Musikinstrumenten-Arbeiter. Referent: Kollege
F. Reinhardt aus Stuttgart. 2. Branchenangelegenheiten. 3. Ver-
schiedenes.
Die außerordentliche Wichtigkeit der Tages-Ordnung erfordert dringend
das Erscheinen sämtlicher Kollegen und Kolleginnen.
Zur besonderen Beachtung! In dieser Versammlung erfolgt die
Ausgabe neuer Vertrauensmännerkarten, ohne welche kein Kollege zu den
nächsten Vertrauensmänner-Versammlungen Zutritt erhält. Die Ver-
trauensleute aller Betriebe müssen sich deshalb rechtzeitig vor Be-
ginn der Versammlung zum Austausch ihrer Legitimationskarten einfinden.
Mitgliedbuch legitimiert!
Die Branchenleitung.

Voranzeige. 12/16*
Sonntag, den 21. Juli 1907,
in den gesamten Räumen des
Etablissement „Karls Garten“, Rixdorf,
Karls Gartenstr. 6-10:
Großes Kreisfest
des
Arbeiter-Radfahrer-Bundes „Freiheit“
bestehend in
Konzert, Spezialitäten-Vorstellung, sportlichen
Aufführungen und Ball.
Billett im Vorverk 20 Pf. — Programme a. d. Kontrolle grat.
Jedes Kind erhält zwei Bons, berechtigt zu einer Stock-
laterne und zur einmaligen Benutzung der Schaukel.
Für sich. Aufbewahrung der Räder wird unentgeltl. ges.
Anfang mittags 12 Uhr. Das Komitee.

Carl Kellers Neue Philharmonie
Köpnickerstraße 96-97. 4951L*
Empfehle meine 10 Säle, 50 bis 2000 Personen fassend, zu Ver-
sammlungen, Sommerfesten und anderen Vereinsveranstaltungen
Im herrlichen Naturgarten: **Sommer-Variété.**
Täglich abends 7 1/2 Uhr: **Großes Konzert**
und **Spezialitäten-Vorstellungen**
mit reichhaltig abwechselndem Programm.
Bei ungünstiger Witterung finden die Vorstellungen im Saale statt

Mohr's Strand-Restaurant
Zwischen Grünau und Carolinenhof
herrlich inmitten Hochwald am Langen See
gr. Saal — trockene Unterkunft für 1000 Pers. — Veranda
Tel.: Amt Grünau 70 (Richtershorp) Inh.: E. Mohr.
Beste Dampfer-Anlegestelle Ruderboote Gute Küche
Beste Biere 2 saubere Kegelbahnen — Gute Bedienung

Berliner Konsumverein
Abteilung III (Moabit).
Sonabend, 29. Juni, im Etablissement „Deutscher Kronprinz“
am Spandauer Schiffahrtskanal:
Gr. Sommerfest.
Auftreten des Berliner Ulk-Trio.
Kinderbelustigungen jeder Art. Fackelzug u. Spiele.
Jedes Kind erhält
1 Bon für Stocklaterne und 1 Bon für Schaukel
oder Karussell.
Die Kaffeeküche ist von 2 Uhr an geöffnet.
Pro Liter 70 Pf.
Programme an der Kasse. — Garderobe frei.
Billetts à 30 Pf. sind in folgenden Verkaufsstellen
zu haben: Rostockerstr. 38, Emdenstr. 50, Erasmusstr. 6,
Havelbergerstr. 6.
Anfang des Konzerts 4 Uhr.
Zu recht zahlreichem Besuch ladet ein
127/20 Die Abteilungsleitung.

B. Baumgärtners Park-Restaurant
Schönholz II.
(Elektrische sowie Stadtbahn-Verbindung)
Schöner Garten des Nordens — 2500 Stuhllage — 2 Regelmäßigen
Ausspannung. Großer Saal. Kinder- u. Volksbelustigungen jeder Art.
Jeden Sonntag: **Großes Frei-Konzert.**
Kaffee für Vereine und Fabriken unter kulantem Bedingungen.
Dienstag, den 25. Juni: Erstes großes Kinder- und Volksfest.
Abends: Großes Lila-Feuwerk und Fackelzug.
Es ladet freundlichst ein B. Baumgärtner.

Wanzen, Schwaben und Motten nebst Brut
verfügen über meine Spezialmittel.
Erfolg garantiert. Dosis 50 Pf., 1 u. 3 M.
Nur echt bei W. Schweifari, Mantuffel,
straße 92, Waldemarstr. 64 und Reichenbergerstr. 55. 4985L*

**Deutsche
Armee-, Marine- und Kolonial-Ausstellung**
Am Wannseebahnhof Friedenau.
Ausstellungshallen bis 8 Uhr — Ausstellungsgelände bis 12 Uhr nachts geöffnet.
Täglich große Konzerte. 42/12*
Heute Eintritt 50 Pf., Militär und Kinder 25 Pf.

Sozialdemokratischer Wahlverein im 6. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Dienstag, den 25. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im Berliner Prater-Theater,

Kastanien-Allee 7:

Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen Dr. Heinrich Dunker aus Dresden. 2. Diskussion.

Gäste — auch Damen — willkommen!

Zu zahlreichem Besuch ladet ein

Der Vorstand.

Am Sonntag, den 11. Juli, findet im Moabit'schen Schützenhaus am Widenssee

unser Sommer-Fest

statt. — Billets sind bei den Bezirksführern und in den mit Plakaten belegten Geschäften zu haben. Billets, welche an der Kasse gekauft werden, kosten 5 Pf. mehr.

Der Vorstand.

Zentralverband der Maurer Deutschlands

Zweigverein Berlin. — Sektion der Putzer.

Achtung! Putzer. Achtung!

Donnerstag, den 27. Juni, nachm. 5 Uhr, in Freyer's Festsälen, Koppenstr. 29 (großer Saal):

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Situationsbericht. 2. Wahl eines Revisors. Es ist Pflicht eines jeden Kollegen, in dieser Versammlung zu erscheinen. Mitgliedsbuch legitimiert. Ohne dasselbe keinen Zutritt.

Die örtliche Verwaltung. V. N.: E. Schulze.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin II.

Achtung! Mitglieder aus allen Branchen!

Freitag, den 28. Juni 1907, abends 8 1/2 Uhr:

Außerordentliche General-Versammlung

bei Freyer (früher Keller), Koppenstraße 29 (großer Saal).

Tages-Ordnung:

1. Fortsetzung der Diskussion über den Bericht der Delegierten über den Verlauf der Verhandlungen des letzten Verbandstages und Antrag der Ortsverwaltung betreffend die Erhebung eines wöchentlichen Ortsbeitrages. 2. Wahl eines Mitgliedes zum Hauptvorstand und Wahl von zwei Revisoren für die Hauptklasse. 3. Geschäftliches. 4. Mitgliedsbuch ist mitzubringen und am Eingang zur Versammlung vorzulegen. 5. Wer mit seinen Beiträgen über 10 Wochen im Rückstande ist, hat keinen Zutritt.

Die Ortsverwaltung.

Maurer!

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands.

Zweigverein Berlin. Bezirk Norden I und II.

Montag, den 24. Juni, abends 8 1/2 Uhr:

Mitglieder-Versammlung

im Lokale des Herrn Obiglo, Schwedterstr. 23-24.

Tages-Ordnung:

1. Der Stand unserer Bewegung und andere Zeitfragen. 2. Stellungnahme zur Neuwahl eines Krankenkassen-Kassierers für Norden I. 3. Verschiedenes. Es ist Pflicht jedes Kollegen, in dieser Versammlung zu erscheinen.

140/13

Die Bezirksleitung.

Achtung! Holzarbeiter Rixdorf. Achtung!

Montag, den 24. Juni, abends 8 1/2 Uhr, bei Thiel, Bergstr. 151-152:

Oeffentliche Holzarbeiter-Versammlung.

Tages-Ordnung:

Die wirtschaftlichen Kämpfe der Gegenwart und welche Aufgaben stehen uns bevor.

Referent: Redakteur Kollege Deinhardt-Stuttgart.

Verband der hausgewerblichen Hilfsarbeiter

Zweigverein Berlin und Umgegend.

Sektion der Fliesenleger-Hilfsarbeiter.

Am Sonntag, den 23. Juni 1907:

Familien-Ausflug nach den Müggelbergen.

Treffpunkt mittags 12 Uhr am Bahnhof Grünau. 34/17*

Schöne Aussicht erwartet. Die Sektionsleitung.

Groß-Lichterfelde! Steglitz!

Dienstag, den 25. Juni, abends 8 Uhr:

Oeffentl. Holzarbeiter-Versammlung

im Birkenwäldchen.

zu welcher alle Holzarbeiter eingeladen sind. Besonders die Nicht-organisierten und die Mitglieder des Gewerkevereins (D.-D.)

Die Ortsverwaltungen.

Sozialdemokratischer Wahlverein — Schöneberg.

Dienstag, den 25. Juni 1907, abends 8 Uhr:

Mitglieder-Versammlung

in E. Obf's Festsälen, Weiningerstraße 8.

Tages-Ordnung:

1. „Unsere Volksschulen.“ Referent Genosse Heinrich Schulz. 2. Vereinsangelegenheiten. 3. Verschiedenes.

17/1

Der Vorstand.

Sonntag, den 23. Juni 1907:

17. Stiftungsfest

in E. Obf's Festsälen und Garten.

Streichkonzert

ausgef. v. Wittgl. d. J. u. d. J. u. d. J.

Im großen Saale: TANZ. Anfang 4 Uhr. Die Kaffeeküche ist von 2 Uhr ab geöffnet. Eintritt 25 Pf.

Der Vorstand.

Konsumgenossenschaft Berlin u. Umgegend.

Dienstag, den 25. Juni 1907, abends 8 1/2 Uhr:

Versammlung aller Interessenten in Rixdorf

im Saale des Herrn Hoppe, Hermannstraße 49.

Tages-Ordnung:

1. Die Genossenschaftsbewegung und ihre Bedeutung. Referent: Genosse A. Stürmer. 2. Die Errichtung einer Verkaufsstelle, eventuell Wahl einer Kommission. 3. Verschiedenes. Das Erscheinen aller Genossinnen und Genossen, die sich für die Genossenschaftsidee interessieren, wird aufrichtig gewünscht.

Die Agitationskommission.

Zentralverband der Schuhmacher Deutschlands

Ortsverwaltung Berlin.

Mittwoch, den 26. Juni, abends 8 1/2 Uhr, in Doekers Festsälen, Weberstraße Nr. 17:

Kombinierte

Mitglieder-Versammlung

Tages-Ordnung:

1. Vortrag: Die Reichstagsauflösung und die heutige Kammer. Referent: Genosse R. Schütte. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Zahlreichen Besuch erwartet.

Die Ortsverwaltung.

Zur Beachtung! Zweck Kontrolle er-suchen wir die Beträgensteuere und Bezirks-kassierer, die Mitgliedsbücher einzuziehen und die Abstreichkarten abzuliefern.

Verband der Sattler.

Ortsverwaltung Berlin.

Die nächsten Branchen-Versammlungen

finden an nachfolgenden Tagen statt:

Treibriemenbranche: Montag, den 24. Juni.

Taschen, Koffer- und Galanteriebranche: Donnerstag, den 27. Juni.

Sinoleumleger und Teppichnäher: Donnerstag, den 27. Juni.

Wagenbranche: Donnerstag, den 27. Juni.

Sektion Charlottenburg: Montag, den 24. Juni.

Die Versammlungen der Geschirrbrenner, sowie der Eisenmöbel- und Lederstuhlpolsterer fallen dieses Mal aus.

157/9 Die Ortsverwaltung.

Zentralverband der Maschinisten und Heizer

sowie Berufsgenossen Deutschlands.

Verwaltungsstelle Berlin und Umgegend.

Versammlung.

Montag, den 24. Juni, abends 8 1/2 Uhr, bei Bergstr. Ritterstr. 75: Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht. — Um zahlreiches Erscheinen ersucht.

138/13 Die Ortsverwaltung.

„Hoffnung“

Berliner Schneiderei-Genossenschaft

E. G. m. b. H.

Zwischen Rosenthaler Brunnenstr. 185 Zwischen Rosenthaler Tor u. Invalidenstr. Tor u. Invalidenstr.

Gegr. i. Februar 1906 v. organisiert Schneidergehülfen Berlins.

Empfiehlt Arbeitern, Parteigenossen

und Mitbürgern zur Anfertigung eleganter

Herren- u. Knabengarderobe

Großes Lager fertiger Herren-, Knaben- u. Kinder-Anzüge in allen Größen und Preislagen.

Reichhaltiges Lager in fertigen Sommer-Paletots, Ulster, Fantasie-Westen

sowie Arbeiter-Berufskleidung.

Die Herstellung unserer Fabrikate erfolgt in eigenen Betriebswerkstätten unter den von unserer Organisation festgelegten Bedingungen.

Lieferanten der Konsum-Genossenschaft Berlins u. Umgegend, des Berliner Konsum-Vereins sowie des Charlottenburger Konsum-Vereins.

Herren- u. Knaben-Konfektion!

Nach nunmehr erfolgtem Abschluss unserer neuen Lohnsätze fordern wir die Berufscollegen auf, sich streng an die Abmachungen zu halten und die Firmen zu meiden, die sich dem Tarif nicht unterwerfen wollen. Die regelmäßigen Mitglieder-Versammlungen finden alle 14 Tage Freitag bei Drösel, Neue Friedenstr. 35, statt, und eruchten wir auch die noch fernstehenden Kollegen zu erscheinen.

129/4

Der Aufsichtsrat. Langmus, Vorj.

Der Aufsichtsrat. Langmus, Vorj.

Der Aufsichtsrat. Langmus, Vorj.

Der Aufsichtsrat. Langmus, Vorj.

Der Aufsichtsrat. Langmus, Vorj.

Der Aufsichtsrat. Langmus, Vorj.

Der Aufsichtsrat. Langmus, Vorj.

Der Aufsichtsrat. Langmus, Vorj.

Der Aufsichtsrat. Langmus, Vorj.

Der Aufsichtsrat. Langmus, Vorj.

Der Aufsichtsrat. Langmus, Vorj.

Der Aufsichtsrat. Langmus, Vorj.

Der Aufsichtsrat. Langmus, Vorj.

Der Aufsichtsrat. Langmus, Vorj.

Der Aufsichtsrat. Langmus, Vorj.

Der Aufsichtsrat. Langmus, Vorj.

Der Aufsichtsrat. Langmus, Vorj.

Der Aufsichtsrat. Langmus, Vorj.

Der Aufsichtsrat. Langmus, Vorj.

Der Aufsichtsrat. Langmus, Vorj.

Der Aufsichtsrat. Langmus, Vorj.

Der Aufsichtsrat. Langmus, Vorj.

Der Aufsichtsrat. Langmus, Vorj.

Der Aufsichtsrat. Langmus, Vorj.

Der Aufsichtsrat. Langmus, Vorj.

Der Aufsichtsrat. Langmus, Vorj.

Der Aufsichtsrat. Langmus, Vorj.

Der Aufsichtsrat. Langmus, Vorj.

Der Aufsichtsrat. Langmus, Vorj.

Der Aufsichtsrat. Langmus, Vorj.

Der Aufsichtsrat. Langmus, Vorj.

Der Aufsichtsrat. Langmus, Vorj.

Der Aufsichtsrat. Langmus, Vorj.

Der Aufsichtsrat. Langmus, Vorj.

Der Aufsichtsrat. Langmus, Vorj.

Der Aufsichtsrat. Langmus, Vorj.

Der Aufsichtsrat. Langmus, Vorj.

Der Aufsichtsrat. Langmus, Vorj.

Der Aufsichtsrat. Langmus, Vorj.

Der Aufsichtsrat. Langmus, Vorj.

Der Aufsichtsrat. Langmus, Vorj.

Der Aufsichtsrat. Langmus, Vorj.

Der Aufsichtsrat. Langmus, Vorj.

Der Aufsichtsrat. Langmus, Vorj.

Der Aufsichtsrat. Langmus, Vorj.

Der Aufsichtsrat. Langmus, Vorj.

5277L*



Extra-Angebote

Nach beendeter Saison

Riesen-Posten Teppiche

(Muster voriger Saison spottbillig!)

Stieppdecken für Schlafzwecke 3⁰⁰

Similiseide in rot, oliv 5²⁵, 7⁵⁰

Bunte Normal-Schlafdecken 2⁵⁰, 3⁵⁰, 4⁵⁰

Reisenplais engl. Karo-Muster 4⁰⁰

Teppiche imit. Perser 4³⁵, 5⁵⁰

Bettvorleger 1⁵⁰, 2⁵⁰, 3⁰⁰

Tüllbettdecken 2⁵⁰, 3⁵⁰

Gardinen, Fenster 2⁵⁰, 3⁰⁰

Tüllstores 1⁸⁵, Erbstüll 3⁸⁵

Portieren reich gest. 3⁸⁵, 4⁵⁰

Tischdecken reich gestickt 1⁸⁵, 2⁵⁰

Plüschlampequins reich gestickt 2⁸⁵

Teppich-Spezialhaus

Emil Lefèvre

Berlin Süd. Seit 1882 nur Oranienstr. 150.

Unterhalte nirgends Filialen!

Pracht-Katalog

(ca. 600 Illustrationen, künstlerisch ausgestattet.) grat. u. frank.

Ahessinier-Pumpen

von M. S. — an in garantiert bestmühter Güte und bester Ausführung.

Koblank & Co., Pumpenfabrik, Berlin N., Reinickendorferstr. 95. Entsendet leiweise gratis. Muster-Kataloge gratis.

Zum Staunen!



„Opera“ Sprech- und Konzert-Apparate sollten in keiner Familie fehlen! Unerreichte Tonfälle. Gegen Teilszahlung ohne einen Pfennig Aufschlag. Illustrierte Kataloge gratis und franko. 205/15*

Otto Jacob sen., Berlin Zc, Friedenstr. 9.



Eine Mark

Wöchentliche Teilszahlung liefert sofort eleganter, fertige Herren-Moden

Erzst Nr. Mass. Mass-Anfertigung. Feinste Verarbeitung. Garantie taubelien. S. S. S.

J. Kurzberg

An der Jauno. witzbrücke 1, 1. Direkt am Bahnhof.

Kunst und Wissenschaft.

Zum Gedächtnis Wilhelms von Bezold.

Der Mann, zu dessen Erinnerung sich am Freitag die Deutsche Meteorologische Gesellschaft, die Deutsche Physikalische Gesellschaft und der Berliner Verein für Luftschiffahrt im großen Hörsaal des Physikalischen Universitätsinstituts versammelten, Wilhelm v. Bezold, hat sich die größten Verdienste erworben, eine an sich praktische Disziplin, nämlich die Meteorologie, die in den Händen der Forscher neben ihrem selbstverständlich notwendigen wissenschaftlichen Charakter ihre praktische Bedeutung einzubüßen in Gefahr war, wieder der unmittelbaren Anwendung dienlich zu machen. Am 1. Januar 1879 wurde der bayerische Wetterdienst mit 31 Beobachtungsstationen ins Leben gerufen, und Wilhelm v. Bezold, der auf Grund vorheriger bedeutender Leistungen auf dem Gebiete der theoretischen und praktischen Meteorologie zur Organisation und Leitung dieses ersten deutschen Wetterdienstes berufen wurde, hat ihn so organisiert, daß er auf dem für die Meteorologie schwierigen bayerischen Gebiet Vortreffliches leisten konnte. Er gab eine so geeignete Instruktion für die Beobachter auf den einzelnen Stationen heraus, daß in der Tat jede nach menschlichem Ermessen eintretende Erscheinung in die Beobachtung einbezogen und der Wetterprognose dienlich gemacht wurde. Natürlich war er dabei stets bemüht, die Zahl der Beobachtungsstationen zu vermehren, damit auf einem recht engmaschigen Netz von Stationen alle vorhandenen Einzelzustände der Luft und ihre Vorgänge erkannt werden könnten. Neben den Regenstationen widmete v. Bezold ein Hauptaugenmerk den Stationen zur Beobachtung von Gewittern; dies hängt wohl, wie der Festredner bei der Gedächtnisfeier, Geheimrat Hellmann, mit Recht hervorhob, damit zusammen, daß Bezold sich mit Interesse der ebenfalls praktisch sehr wichtigen Frage der Zahl der Gewitter-

schäden gewidmet hatte. In mehreren, zeitlich weit von einander getrennten Untersuchungen wies Bezold nach, daß die Blitzschläge leider an Zahl ständig zunehmen, merklich gesteigert, ohne daß eine Zunahme der Gewitter selbst festzustellen gewesen wäre. Ueberhaupt hat Bezold sich gern mit solchen wissenschaftlichen Fragen abgegeben, die irgendeine in den Interessentkreis großer Menschengruppen eingreifen. So hat er auch die bekannten Kältefälle im Mai auf ihre Ursache zurückgeführt. Sie entstehen dadurch, daß in dem genannten Monat das an größeren Wasserläufen oder Wasserbecken nicht gerade reiche Ungarn schon eine starke Erwärmung durch die Sonne erfährt, womit ja stets eine Ausföderung der Luftsäule über der betreffenden Gegend verbunden ist. In der so aufgelockerten Luft strömt dann aus benachbarten Regionen die kältere, kältere Luft lebhaft hin — hier aus dem kalten Russland. Nach dem allgemein gültigen Buys-Ballotschen-Gesetz vollziehen sich solche Luftströme in großen Spirallinien, auf der nördlichen Erdhälfte in einer Richtung, die der Bewegung des Zeigers auf der Uhr entgegengesetzt ist. So gelangt die kalte russische Luft nach Deutschland und bringt uns die schädlichen Kältefälle im Mai, die übrigens nicht so eng, wie der Volksglaube es ausspricht, an die sogenannten Eisheiligen gebunden sind. Auch in den nicht meteorologischen, sondern den rein physikalischen Arbeiten Bezolds — denn von Hause aus war er Physiker — offenbart sich diese Vorliebe für Materien, die nicht nur den Fachgenossen interessant sind, sondern im besten Sinne populär. Als geborener Münchener hatte Bezold ein lebhaftes Kunstinteresse, und so beschäftigte er sich gern mit wissenschaftlichen Problemen, zu denen neben der Kenntnis der Physik auch Kunstverständnis nötig ist; er behandelte vornehmlich die Art, wie das Sehen zusammengelegter Farben zustande kommt. Aber wie fein sein Kunstverständnis war, ersehen wir daraus, daß er eine Zeitschrift für Münchener Tageszeitungen Kunstblätter schrieb. Immerhin war die Meteorologie, wenn er sie auch stets als einen Zweig der Physik

ansah, als Physik der Luft, das Arbeitsgebiet, auf dem er am erfolgreichsten gearbeitet hat. Hier hat er auch die schönen, bis dahin aber nur wenig geklärten Dämmerungsercheinungen in Betracht gezogen — wieder ein Hinneigen zu schönen, den Kunstsinne anregenden Vorgängen. Der bayerische Wetterdienst war von Bezold zu erfolgreich organisiert, als daß man an ihm hätte vorbeigehen können, als es sich darum handelte, die unbedingt notwendige Reorganisation des preussischen Wetterdienstes vorzunehmen; Bezold wurde sein Leiter. Hier handelte es sich nun zunächst nicht um die sofortige Aufstellung von Wetterprognosen, sondern um die Schaffung eines so gut funktionierenden Netzes von Beobachtungsstationen, daß man schließlich von ihnen auch tadellose Wetterprognosen fordern darf. Der Beweis ist erbracht, daß Bezold diese Aufgabe in der vollkommensten Weise erfüllt hat, denn die seit dem vorigen Jahre auf der Basis der Bezold'schen Leistungen eingeführten amtlichen Wetterprognosen stehen völlig auf der Höhe der Zeit, ihre große Zahl von Treffern rechtfertigt das Vertrauen, das man ihnen entgegenbringt. Um dies zu ermöglichen, hat Bezold nicht nur das reiche Stationennetz geschaffen, sondern auch in Potsdam, auf dem Telegraphenberg, das Institut für Erdmagnetismus, um auch dies Moment in Rechnung zu nehmen, er hat die Luftschiffahrt in der erfolgreichsten Weise in den Dienst der Meteorologie gestellt, und daneben hat er es noch fertig gebracht, mathematische Begründungen für die Vorgänge in der Luft zu schaffen und an der Universität durch musterghütige Vorlesungen eine große Zahl von Meteorologen heranzuziehen. Der Mann, der alles dies geleistet, und der daneben durch die Freundlichkeit seines Wesens, durch seine Herzengüte alle entzückt, die ihm näher traten, Wilhelm v. Bezold, hätte am 21. Juni seinen siebenzigsten Geburtstag feiern sollen; das Schicksal wollte es anders — am 17. Februar d. J. wurde er uns entzogen, und an die Stelle des Geburtstagfestes trat eine Gedächtnisfeier.

Jünglings-Kleidung.

Joppen-Anzüge

aus Waschstoffen
8.- 6.- 5.- 2 M.
4.- 3.- 2.50

Joppen-Anzüge

aus Loden und Buckskins
24.- 18.- 15.- 5 M.
12.- 10.- 8.-

Jackett-Anzüge

aus modernen Stoffen
32.- 24.- 21.- 10 M.
18.- 15.- 12.-



Knaben-Kleidung.

Blusen-Anzüge

aus Waschstoffen
8.- 6.- 5.- 1 M. 10
4.- 3.- 2.-

Blusen-Anzüge

aus Cheviots
15.- 12.- 9.- 2 M. 25
7.- 5.- 3.-

Tiroler-Anzüge

guter blauer Cheviot mit langen Hosen, Größe I 5 M.
für jede weitere Größe 50 Pf. mehr.

- Tiroler Anzüge
- Tiroler Hosen
- Tiroler Joppen
- Tiroler Hüte
- Tiroler Stutzen

zu sehr niedrigen Preisen.

- Jünglings-Wäsche
- Sport-Hemden
- Sport-Gürtel
- Rucksäcke
- Sport-Mützen

zu sehr niedrigen Preisen.

Einzelne Hosen, Blusen und Joppen teilweise bedeutend herabgesetzt.

Baer Sohn

Spezialhaus grössten Massstabes

Chausseestrasse 29-30 • 11 Brückenstrasse 11
alle Nr. 144/25
Gr. Frankfurterstr. 20

Der Haupt-Katalog Nr. 31 (neueste Moden 1907) wird auf Wunsch kostenlos zugesandt.



Heute wie seit Jahren erfreuen sie sich der Gunst der Raucher, welche Qualität suchen und dieselbe zu würdigen verstehen.

JOSETTI VERA

CIGARETTEN

stehen nach wie vor auf dem höchsten Gipfel der Vollkommenheit.

10 St. 30 Pfennig.

Ausspülnungs-Apparate

3.-, 5.-, 7.50 Mark, nur Sanitäts-Haus C. Becker, Lithauerstr. 6.

!! Wo !!

!! Wer !!

kaufe ich preiswert für mich Stoff & fertigt mir einen Herrenanzug, wenn Herrchenanzug? Bei Ludwig Engel, Preussenerstr. 23, II, Alexander-Platz, Begründet 1892. Grobes Stofflager, Neueste Muster, Raucherer Fabrikate, reinmolekule Stoffe, Reste von 5 M. an per Weiter. Spottbillig dauernder Randschaft.

!! Ohne Konkurrenz !!

Einzig schön

ist ein zartes, reines Gesicht, rosiges, jugendliches Aussehen, weiße, sammetweiche Haut und schöner Teint. Alles dies erzeugt die echte Steckenpferd-Lilienmilch-Seife von Pergmann & Co., Baderstr. 50 Pf. überall zu haben.

Arbeiter finden für jeden Beruf

richtig gearbeitete Bekleidung in großer Auswahl
Brunnerstr. 158, leicht nur Gelber Laden.

Haarausfall verhindert und beseitigt nach dem Urteil von Hautärzten
Obermeyer's Herba-Seife
Man hüte sich vor Nachahmungen!
Es haben in allen Apoth., Droger., u. Parfüm., p. St. 50 Pf., u. 1 Mkt.

KLEINE KIDS
Beliebteste **2 1/2** Pfg. Cigarette
Cigaretten-Fabrik „Kios“ o. E. Robert Böhme, Dresden.

Die **Möbel-Fabrik** von **A. Schulz, 5 Reichenbergerstr. 5**
empfehlen Wohnungs-Einrichtungen von 240-10 000 M. in nur anerkannt gediegener Ausführung in jeder Holz- und Eichenart sowie auch Polsterwaren eigener Fabrikation zu äußerst billigen Preisen. Streng reelle und gewissenhafte Bedienung. Stulante Zahlungen. Tel. Amt IV 6877. (50472)

Ganz einfach
also gratis und franco erhalten Sie auf Wunsch sofort unseren großen Hauptkatalog über die weltberühmten deutschen Fahrrad-Marken „Jagd“, „Wald“, „Häsel“, „Haus“, „Schul“, „Sport“, „Zweirad“, „Radsport“, „Bedarfsartikel“ und „Sportartikel“. Verkauf direkt an Jedermann, ohne Zwischenhandel. 5 Jahre Garantie. Auf Wunsch Anstandslos.
Deutsche Waffen- u. Fahrrad-Fabriken in Krefeld 47 (Hart)

Meissener Zuschußkasse

E. S. R. - Begr. 1891. 11505*

Personen jeden Berufs können bis zum 45. Lebensjahre eintreten.
 Derw. Stellen über 400. Mitgliedszahl 20 000, Reservefonds 100 000 M.
 Die Kasse zahlte im Jahre 1906 über 300 000 M. Krankengeld.
 Nähere Auskunft sowie Statuten, Aufnahmehelpe usw. durch den
 Geschäftsführer **Bruno Reinhold**, Meissen i. S.,
 Marktstr. 2.

BREUER'S Festsäle

„Zur Königshank“

Gr. Frankfurterstr. 117. X. Inb. Curt Breuer. X. Amt VII, 8142
 Den geehrten Gewerkschaften, Vereinen, Klubs empfehle ich meine Gesammt-
 räume zur Abhaltung von Versammlungen und Festlichkeiten jeder Art
 zu den billigsten Bedingungen.

Um recht regen Zuspruch bitte! (44392*) Curt Breuer, Gasthof.

Wo amüfieren wir uns?

3m Krug zum grünen Kranze

Ober-Schöneweide, Waldstraße 74.

Küche und Keller vorzüglich.

50020*

Ernst Höflich.



Zum Sporthaus Ziegenhals.

Bahnhofstr. 175. Tel. Königswinterhausen 175.

Extra-Dampferfahrten mit Musik.

Nachmittags 2 Uhr. Fahrpreis hin und zurück 50 Pf., Kinder 25 Pf.
 Montag und Donnerstags ab Jannowitzbrücke, Reederei Robling.
 Restaurant „Zum Schutzhelm“.
 Mittwoch ab Stralauerbrücke, Reederei Rahm u. Gerzer.
 Dienstag und Freitag ab Michaelbrücke, Reederei Jachow.
 NB. Einige Sonnabende und Sonntage noch frei für Vereine,
 Gesellschaften und Familien. Max Mörschel.

Allen Freunden und Bekannten zur gefl. Nachricht, daß ich das
 Restaurant und Gartenlokal von **W. Lange**, Gudenstraße
 in Lichtenberg, direkt am Zentral-Friedhof in Friedrichsberg,
 käuflich übernommen habe. — Großer schöner Garten, zwei neue
 Regelpöhlen, fests warme Küche. Bei Besichtigungen bitte ich um
 geneigten Zuspruch. **Gottfried Schäfer**, Telefon: Amt
 52000* Lichtenberg 3038.

Neu! Das schönste Lokal der weiteren Neu!

Dampfer- Umgebung Berlins ist unstreitig Aus- ansehnlich. spannung.

Restaurant Waldesruh

am Langen See, bis-a-bis dem Sportdenkmal Grünau, in der Villen-
 kolonie Wendenschloß. Herrlich, mitten im Walde gelegen, mit
 schattigem Garten am Wasser, großem Parfett-Saal, Veranda und
 Nebenzimmern, ein vorzüglicher Ausflugsort für Fabriken,
 Vereine, Gesellschaften etc. — Kaffeeküche, Kegel-
 bahnen, Boots-, Schieß-, Würfel- und Schaukelstand.
 Größeren Gesellschaften weitgehendstes Entgegenkommen.
 Telefon: Köpenick 227. Um gütigen Zuspruch bitte!
 10020* Erich Gerbert.

Der schönste Ausflugsort

Restaurant Wendenschloß.

Unter den Nüggelbergen an der Dahme und Langen See gelegen,
 bietet für Vereine, Verbände, Gesellschaften, Klubs, Fabriken und
 Schulen den angenehmsten Aufenthalt. 42962*
 Schöner idyllischer Garten, 4000 Stühle, 2 neue große Säle
 und ein kleiner Saal, Glasballen, 2 Regelpöhlen, Aufspannung und
 Belustigungen aller Art. Es empfiehlt sich fremdbüchlich.
 Telefon: Amt Köpenick 67. **E. Friedrichs.**

Terrassen-Restaurant Neuer Krug a. d. Oberspree

Bahnhofstr. Wilhelmshagen.
 Nahe die geehrten Vereine, Gewerkschaften, Familien auf mein herrlich
 an der Oberspree gelegenes Lokal zur bevorstehenden Dampferpartie auf-
 merksam. — 3 Säle, großer schattiger Garten, Regelpöhlen, Kaffeeküche usw.
 Sonnabende, Sonntage im Juni, Juli, August noch frei.
Wilhelm Müller. Fernspr. Amt Erkner No. 51.

Achtung, Vereine!

für Sommer- und Kinderfeste

empfehlen Stocklaternen, Fackeln,
 Schärpen, Kopfbedeckungen,
 Illuminat.-Laternen, Dekorations-Girlanden, Verlosungs-
 Artikel, Harken, Sensen, Kegelpresse, Jux- und
 Scherzartikel, Feuerwerk, Festabzeichen,
 Große Auswahl, billige Preise, kulante Bedienung.
Pohl & Weber Nachf., Berlin C.
 Am Spittelmarkt 4/5, I Alexanderstr. 51/52
 Inb.: Otto Geser. Inb.: Ernst Herbst.
 Kataloge gratis und franko. Versand nach außerhalb.

Phänomen-

Zigaretten

Nach ägyptischer Art hergestell.



Zigaretten mit Kopf

3, 4 u. 5 Pf. das Stück.

Zigarettenfabrik „NAMKORI“.

Braut- u. Hochzeits-Seide. Eine Garantie

Seide wirklich reell und billig einzukaufen, bietet zweifellos der jetzt im
 Seiden-Engros-Hause Hermann Herzog stattfindende billige Ausnahme-Ver-
 kauf Braut- und Hochzeits-Seiden sowie Seiden jeder Art für Roben, Blusen, Jupons etc. 1,00, 1,25, 1,50,
 2,25 bis zu den besten Qualitäten. Reisseiden schw. Damaste, Merveilleux 15, 20, 25, 30,00 per Robe.
 Elegante Sommer-Seiden, Baste, Foulards, Liberty's v. 1,50. Viele Hundert einzelne Hochzeits- und Silber-
 hochzeits-Roben, darunter hochelegante Qualitäten, früher ca. 8,50, jetzt 2,50 p. Meter. Schwarze und weiße
 Kleider-Seiden, weiße, glanzreiche Gewebe in einzelnen Rest-Coupons bedeutend unter Preis v. 1,50.
 Blusen und Japon-Reste teilweise unter der Hälfte v. 1,00.
 Adresse genau beachten.

Selden-Engros-Haus Hermann Herzog, Berlin, nur Leipziger Strasse 79,
 1 Treppe, am Dönhofsplatz.
 Telegr.-Adresse: Selden-Herzog.

OKTIS

Die beste Erfindung der Neuzeit sind Oktis Corset-Schutzstangen.

Sie verdoppeln die Haltbarkeit des Corsets,

verschönern die Taille, geben gerade Haltung und schützen vor Bruch der Einlagen im Corset. Sie sind aus rostfreiem Zairoin gefertigt, die beste Qualität die es gibt. — Der Preis hierfür ist gering. — Nur mit dem Namen „Oktis“ versehene Schutzstangen gewähren die Garantie für obige Vorzüge. — Zu erhalten in allen grösseren Corset-Geschäften und verwandten Branchen.

01380



Generalvertreter für Deutschland und die Schweiz **Levinger & Feibel**, Frankfurt a. M.

Neuester Straßenfinder „Tecum“

= originell, reichhaltig, zuverlässig, handlich, praktisch, billig. =
 Zu beziehen durch alle Buch- und Papierenhandlungen. Es
 nicht vorhanden, **Preis: 20 Pf.** (siehe man Betrag
 in Briefmarken an den 18955
 „Tecum“-Verlag, Berlin S. 59, Freiligrathstr. 10.

Cigarettes Presstoli

feinste Handarbeit

No. 2 10 Stück 20 Pf.
 „ 3 10 „ 30 „

S. Kaliski

Kleiststrasse 21, am Wittenbergplatz.
Bellealliancestr. 107 Hallesches Tor.
Chausseestrasse 80, an der Boyenstrasse.
Frankfurterstr. 115, an der Andreasstrasse.
Oranienstrasse 31, an der Adalbertstrasse.
Benselstrasse 18, an der Turmstrasse.
Invalidenstr. 160, an der Brunnenstrasse.
Brunnenstrasse 92, an der Rügenstrasse.
 Auf Wunsch gratis. Kataloge und Preislisten bei fasten Kassa-Preisen für Näh-Maschinen von v. 4,00 an.
 Singer A 75,00, B, versenkbar, 105,00
 Bobbin, Adler etc.
 Brennabor Jockey etc., Specialrad, von 55,00 an.
 für Kinder 7-80,00, für Erwachsene 8-100,00.
Sportwagen 3,50, 6,25-36,00.

Müllers Pilsener

hochfein im Geschmack und bekömmlich, offeriere mit 15 Pf. pro Liter und ersuche, Bestellungen für Berlin und Vororte an Herrn **Gustav Pätzold**, Cuvrystr. 25, zu richten.
Brauerei C. A. Müller Potsdam.

12 Visites von 1,80 M. in 12 Kabinetts 4,80 M.

in guter Ausführung liefert **Oscar Goetze**, Photograph.

1. Geschäft: Paul-Strasse 26, 294/17*
 2. „ Dresdener Strasse 135,
 3. „ Friedrich-Strasse 91/92,
 4. „ Charlottenburg, Nehringstr. 1.
 Spezialität: Bromsilber-Vergrößerung bis Lebensgröße.
Gratis erhält jeder Besteller eine Semi-Emalle-Brosche oder Nadel, also ganz umsonst!
 Geöffnet von morgens 8 Uhr bis abends 6 Uhr.
 Sonn- und Festtage den ganzen Tag geöffnet.

„Luisenbad“, Luisenstraße 65.

Vollständig neu eingerichtet. — Spez.: Russisch-Römische Bäder.
 Wannenbäder 1. u. 2. Kl. — Medizinische Bäder.
 Lieferant sämtlicher Krankenkassen. Billige Preise.

Teilzahlung

monatlich 10 M. Heizer Herren-Garderobe nach Maß (billigste Preise).
J. Tomporowski, Lindenstr. 110, 2. Etage.
 Nähe Bellevue-Platz.
 Kaffe 10%, billiger.

Roh-Tabak

Havana No. 5030
 a 1,50 verpackt,
 feine milde Qualität,
 besonders billig.
W. Hermann Müller,
 Berlin, Magasinstr. 14.

Heinrich Franek

Berlin, N., Brunnenstr. 185
Sumatra-Deck
 ausgespr. hell u. reinfarb.
 Vollbl., tadell. Brand
 nur 350 Pfg. verz.

Auf Teilzahlung!

Wöchentlich nur 1 Mark!
 Übrig jeder Art feine Goldwaare, Silber, Photograph, Platten, Schmuckstücke, Parfums, Wanduhren, Uhren usw. Große Auswahl in Platten, edle Uhren-Apparate und Waagen zu Original-Preisen.
Jahre & König,
 Warichauerstr. 72, 1. Etage,
 Reinickendorferstr. 101, 1. Etage.

Hygienische

Bedarfsartikel, Neuester Katalog m. Empfehlung viel Aerzte u. Prof. grat. u. n. V. Unger, Genußwarenfabrik Berlin NW, Friedrichstrasse 91/92.

Paul Jöhs, Schneidmeister

Wagenstr. 16, Laden.

 Schneidermeister
 1. Geschäft: Mühlendamm 25, Andreasstr., Markthalte VIII, Stand 120
 Verkauf nur hochwertige Ware.

Juwelen, Goldwaren, Uhren, sehr preiswert

bei 16*
Julius Kurth,
 14 Neue Roh-Strasse Nr. 14.

Photo-Apparate

Unerreicht billige Preise.
 Unsere Neuheiten schlagen alles.
 Bequeme Teilzahlung ohne einen Pfennig Aufschlag.
 Illustr. Katalog grat. u. franko.
Otto Jacob sen.,
 Berlin 20, Friedenstraße 9.

Achtung! Achtung! Das größte Brot!

Karl Güldner,
 1. Geschäft: Mühlendamm 25, Andreasstr., Markthalte VIII, Stand 120
 Verkauf nur hochwertige Ware.

Arbeiter-Berufs-Kleidung

Achtstes Spezial-Geschäft
3 Mühlendamm 3
 und **Kottbuserdamm 95**.
Adolf Wecker.

Spezialität

Wichtig für Bruchleidende. Meine Bruchbänder mit u. ohne Feder, sowie meine Leibbänder sind die bestsitzenden u. verursachen keine Beschwerden. Außer empfehle mein Lager von Bettunterlagen, Gummistümpfen, Suspensoren, sowie sämtl. Ausspül-Apparate, Hygienische Schutzmittel.
A. REICHE, Bandagist,
 Lieferant sämtl. Krankenkassen etc.
 Berlin O., Seydelstr. 15. Tel. I, 3256.

Jedes Jenensia-Rad

ein Meisterwerk deutscher Technik. — Teilzahlung! — Zwei Jahre Garantie! —
Sozial-Räder von 60,-, **Sozial-Luxus** mit Freilauf von 95,-,
Gebrauchte Räder billig! — **Fahrradzubehör** billig!
 Bitte genau auf Hausnummer „23“ zu achten!
23, R. Groskurth, Berlin C., Münzstr. 23.

Raucht Vineta No 8

beste 2 1/2 Pfg. Handarbeits-Cigarette

Réunion

Teilzahlung wöchentlich nur 1 Mk.!

Grammophon, Photographen, Spieldosen, echte Mandolin, Zithern, Konzert-Zithern, Orgeln, Mandolinen, Hand-Harmonikas, Gross-Auswahl in Zophonons-Platten, Edison-Walzen usw. Zubehöre und Reparaturen billiger.
Jahre's Musik-Spezialgeschäft
 N. Demminstr. 2, an der Brunnenstrasse.
 50, Böttcherstrasse 10, am Kottbuscher Tor.

Hochbaugebäude

4 Etagen, geschlossene Bauordnung, direkt anschließend an den
Bahnhof Seefeld
 unweit der Döberitzer Heerstraße
8,- Mark an 52012*
 Gasanfall, Güterbahnhof vorhanden. Der in größter, schnellster Entwicklung begriffen. Ausstatt durch Verkaufer Müller im Bahnhof-Restaurant Seefeld. **Belker Nieschulke & Nitsche**,
 Berlin, Landsbergerstraße 60.

Achtung!

Die Liste bitten wir aufzubewahren!

Achtung!

Liste der boykottfreien Bäckereien

erscheint nur noch jeden Sonntag. Alle übrigen Tage veröffentlichen wir nur Zu- und Abgänge.

Table with multiple columns listing bakeries and their addresses across various districts like Charlottenburg, Prenzlauer Berg, and Mitte. Includes names like 'Brotfabrik' and 'Bäckerei'.

Partei-Angelegenheiten.

Schäfer Wahlkreis. Am Dienstag, den 25. Juni, findet im Berliner Prater, Kasanien-Allee 7, eine Versammlung statt...

Ferner machen wir die Mitglieder darauf aufmerksam, daß am 14. Juli im Vorkloster Schützenhause das Sommerfest stattfindet...

Grünen Ede. Heute, Sonntag früh 7 1/2 Uhr, findet von der „Grünen Ede“ aus eine „Vorwärts“-Agitation statt...

Regel. Sämtliche geliehenen Bibliotheksbücher sind wegen dringender Erneuerung des Kataloges bis spätestens 25. Juni abzuliefern...

Nieder-Schönhausen. Am Dienstag, den 25. Juni, abends 8 1/2 Uhr, findet in „Neu-Karlshof“, Beuthstraße Ecke Charlottenstraße...

Banitz. Dienstag, den 25. Juni, abends 8 Uhr, im Restaurant Reiger, Calandrellistr. 27: Sitzung des Wahlvereins...

Sozialdemokratischer Wahlverein Groß-Lichterfelde. Montag, den 24. Juni, abends 8 Uhr, Vereinsversammlung bei Reifen, Chausseestr. 104...

Hermsdorf. Der Wahlverein von Hermisdorf und Umgegend hält am Sonntag, den 23. Juni, seine Mitgliederversammlung in Senzig ab...

Wilmersdorf. Am Dienstag, den 25. Juni, abends 8 1/2 Uhr, findet im „Luisenpark“, Wilhelmstraße 112, die Monatsversammlung des Wahlvereins statt...

Schöneberg. Die Wahlvereinsversammlung findet am Dienstag, den 25. Juni, abends 8 Uhr, in E. Obsts Festsaal, Reiningersstr. 8, statt...

Friedrichsfelde. Dienstag, den 25. Juni, abends 8 1/2 Uhr, Mitgliederversammlung des Wahlvereins im Lokal „Lindenpark“, Joh. G. Schulz, Wilhelmstr. 11...

Friedenau. Heute nachmittags treffen sich die Parteigenossen mit Familie bei Grube, Kaiser-Allee 85. Zahlreiche Beteiligung erwartet...

Schmargendorf. Die nächste Mitgliederversammlung des Wahlvereins findet am Dienstag, den 25. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im Restaurant „Wirtshaus Schmargendorf“, Barnimünderstr. 6, statt...

Pankow. Die statutenmäßig am Dienstag stattfindende Versammlung fällt aus. Anstatt dessen findet am Dienstag, den 2. Juli, bei Roszich, Kreuzstr. 3-4, die Generalversammlung des Wahlvereins statt...

Berliner Nachrichten.

Feuerwehrlente als Teppichklopfer.

Daß die Feuerwehr dienlich zu allen möglichen Verrichtungen in Anspruch genommen wird, ist allbekannt. Daß Feuerwehrlente auch außerordentlich hin und wieder bestimmte Arbeiten verrichten, ist zwar nichts neues, aber auch wiederholt von weiten Kreisen der Bevölkerung verurteilt worden...

Auch wir sind der Meinung, daß hier eine mißbräuchliche Verwendung der Feuerwehrlente vorliegt, auch wenn es außerordentlich in der freien Zeit geschah. Wir sind gewiß die ersten, die für eine angemessene Bezahlung der Feuerwehrlente eintreten...

Im Polizeipräsidentium passieren merkwürdige Dinge. Dieser Tage teilten wir die Grundzüge einer neuen Polizeiverordnung mit, jetzt kommt folgende Nachricht aus dem Polizeipräsidentium:

„Die von den Zeitungen mitgeteilte allgemeine Verfügung über die bei der Polizeistundenverlängerung für Wirtschaften anzuwendenden Grundzüge ist nicht von dem Polizeipräsidenten selbst ausgegangen, sondern ohne seine Anordnung und sein Wissen von anderer Stelle des Polizeipräsidentiums erlassen.“

Da bei ihr erläuternde Erklärungen fehlen, gibt sie keinen Raum zu Mißverständnissen, wie solche auch schon bei ihrer Verurteilung in der Presse zutage getreten sind. (?) Die Verfügung ist deshalb wieder aufgehoben.“

Diese Erklärung wirft ein grelles Licht auf die Zustände in der Verwaltung des Polizeipräsidentiums. Wie ist es möglich, daß irgend eine Stelle eine Verfügung erlassen kann ohne Vorwissen und Zustimmung des Polizeipräsidenten?

Verkehrstragen. Der Magistrat hat seine Zustimmung zu dem Bau einer Straßenbahn durch die „Große Berliner“ nach Krummensee erteilt...

Neue Untergrundbahnen und neuer Tarif in London. Die elektrischen Untergrundbahnen in London nehmen, wie von einem Verkehrstechniker von dort geschrieben wird, eine immer schnellere Entwicklung...

Zum Vertreter des Oberstaatsanwalts beim Kammergericht ist der Gefängnisdirektor Klein in Tegel mit dem Titel „Erster Staatsanwalt“ ernannt worden...

Die Berliner Feuerwehr hat mit der Errichtung von zwei Oberbrandinspektionen eine neue Organisation erhalten, die indes damit keineswegs abgeschlossen erscheint...

Auf der Spree. „Mingling!“ Mit kräftigem Schalle mahnt die Schiffsglocke die Säumigen zum Einsteigen. Die Brücke wird fortgezogen, und im nächsten Augenblick beginnt die Maschine ihre schwere Arbeit...

Auf dem Dampfer herrscht reges Leben. Das weibliche Geschlecht ist am stärksten vertreten. Ueberall Gejuch und Geplauder. Einige Rauchwölken lassen ein paar Kuchlädchen auf die hellen Toiletten rieseln...

Nicht lange dauert es und Stralau ist erreicht. Freundlich grüßen seine Türme aus dunklen, fatten Grün. Kreischenden schiefen Röhren über die Wasserfläche dahin. Von einem Lauffahnen klingen wehmütig die Töne einer Harmonika zu uns herüber...

Freundlich grüßen seine Türme aus dunklen, fatten Grün. Kreischenden schiefen Röhren über die Wasserfläche dahin. Von einem Lauffahnen klingen wehmütig die Töne einer Harmonika zu uns herüber...

Freundlich grüßen seine Türme aus dunklen, fatten Grün. Kreischenden schiefen Röhren über die Wasserfläche dahin. Von einem Lauffahnen klingen wehmütig die Töne einer Harmonika zu uns herüber...

Freundlich grüßen seine Türme aus dunklen, fatten Grün. Kreischenden schiefen Röhren über die Wasserfläche dahin. Von einem Lauffahnen klingen wehmütig die Töne einer Harmonika zu uns herüber...

Freundlich grüßen seine Türme aus dunklen, fatten Grün. Kreischenden schiefen Röhren über die Wasserfläche dahin. Von einem Lauffahnen klingen wehmütig die Töne einer Harmonika zu uns herüber...

Freundlich grüßen seine Türme aus dunklen, fatten Grün. Kreischenden schiefen Röhren über die Wasserfläche dahin. Von einem Lauffahnen klingen wehmütig die Töne einer Harmonika zu uns herüber...

Freundlich grüßen seine Türme aus dunklen, fatten Grün. Kreischenden schiefen Röhren über die Wasserfläche dahin. Von einem Lauffahnen klingen wehmütig die Töne einer Harmonika zu uns herüber...

Freundlich grüßen seine Türme aus dunklen, fatten Grün. Kreischenden schiefen Röhren über die Wasserfläche dahin. Von einem Lauffahnen klingen wehmütig die Töne einer Harmonika zu uns herüber...

Freundlich grüßen seine Türme aus dunklen, fatten Grün. Kreischenden schiefen Röhren über die Wasserfläche dahin. Von einem Lauffahnen klingen wehmütig die Töne einer Harmonika zu uns herüber...

Freundlich grüßen seine Türme aus dunklen, fatten Grün. Kreischenden schiefen Röhren über die Wasserfläche dahin. Von einem Lauffahnen klingen wehmütig die Töne einer Harmonika zu uns herüber...

Freundlich grüßen seine Türme aus dunklen, fatten Grün. Kreischenden schiefen Röhren über die Wasserfläche dahin. Von einem Lauffahnen klingen wehmütig die Töne einer Harmonika zu uns herüber...

Freundlich grüßen seine Türme aus dunklen, fatten Grün. Kreischenden schiefen Röhren über die Wasserfläche dahin. Von einem Lauffahnen klingen wehmütig die Töne einer Harmonika zu uns herüber...

von des Steuermanns Meinung,“ ist die kurze Antwort. Dies ist dem Fragesteller jubel. Beknickt läßt er sich auf eine Bank nieder und ertränkt seinen Groll in einem kleinen Schnapf...

„Näpchen!“ Unter schauerlichem Strengegeheul und Glodengehimmel stoppt unser Nautilus und liegt bald vor Anker. Wir machen Rast und Rären uns. Aber die Zeit verfliehet und schneller als wir denken beginnt die Rückfahrt...

Allmählich weicht die Ruhe einem immer härter werdenden Summen und Brummen: der Großstadt flutendes, pulsierendes Leben kündigt sich an. In langsamer Fahrt legen wir die Strecke, die uns noch von der Jannowibridge trennt, zurück und bald legt unser Wasserdampfboot an.

Ein heftiges Drängen, Schieben, Stoßen und Schlagen, ohne dem es in Berlin nun einmal nicht geht — und wie fühlen wieder festen Boden unter den Füßen. Dem zerbeulten Hut wird schnell wieder Raffon gegeben, dann gehts im Sturmschritt nach Hause. Die Wasserfahrt hat nämlich wieder den Appetit ausgelöst, der Magen verlangt sein Recht...

Durch die Friedrichstraße.

In der Friedrichstraße, von den Linden bis zur Weiden-dammer Brücke, erreicht das Berliner Weltstadtbild in den Abendstunden seinen Höhepunkt. In beängstigendem Gedränge schiebt und wälzt sich der bunte Menschenstrom auf beiden Seiten auf dem schmalen Bürgersteig hin...

unaußhaltbar, mit behermter Kraft preßt der Druck des endlosen Juges den Widerstrebenden vorwärts. Aus den Schaufenstern und Restaurants flutet verschwenderisch ein strahlendes, flimmerndes Lichtmeer und das Café Viktoria an der Ecke der Friedrichstraße und der Linden glänzt in feenhafter Beleuchtung...

Um die kleinen Tische sitzen fröhliche Gruppen oder einzelne Pärchen in traulichem Gespräch. Auf dem Straßen-damm braust und faust und rattert es und ein lebensgefährliches Gedränge von Fahrwerken aller Art zieht vorüber, Automobile schlängeln sich, oft sogar in polizeiwidrigen Kurven, durch die Reihen der Wagen...

Radfahrer gleiten fest durch schmale Gänge und dazwischen rattern schwerfällige Omnibusse und plebejische Lastwagen. Aus den einzelnen Lokalen klingen süße, prädelnde Walzerklänge und die Zeitungshändler preisen mit lautem Geschrei sensationelle Nummern an...

Blumenverkäuferinnen halten den Vorübergehenden mit milden, bittenden Blicken ihre Beilchen und Rosen zum Kaufe hin, und blinde Männer und Frauen, oft auch Kinder rufen mit monotoner, klangloser Stimme: „Wahstreichhölzer, je-hn Pfennig das Paket!“ Weiter unten, am Stadtbahnbogen, mitten auf dem Damm, regelt ein Schutzmänn vom Pferde herab, in der Pose eines Napoleons, mit unmaßnahmlischen Handbewegungen den Wagenverkehr...

Oben wölbt sich die riesige Kuppel des Bahnhofs und donnernd und polternd fahren die Jüge in die Halle ein. Jeder einzelne preit einen Strom von Menschen aus und entführt wieder einen solchen in der entgegengesetzten Richtung. Hinter der Weidenammer Brücke wird es ruhiger und das beängstigende Gewühl verliert sich. Hoch oben, am Dachstuhl eines Echaufes leuchtet's in bunter Flammenchrift weithin: Raucht Ranoli! Unten spiegeln sich die Lichter in der träge und gemächlich dahinfließenden Spree und fern, in der tiefen Dunkelheit tanzt ein rotes Lämpchen gleich einem Jrlischt auf den schimmernden Wellen...

An der Seite liegt, den Blicken fast ganz entzogen, ein dunkler Kahn. Aus der Kajüte dringt ein schwacher Lichtschein und die langgedehnten, schwermütigen Klänge einer Ziehharmonika zittern durch die stille Abendluft. An der Wasserseite hin gehen Arm in Arm zwei Studenten. Mit rauhen Viereckeln singen sie: Mit Heidelberg, du feine —! und schwenken links ab in ein Restaurant.

Heber Unpünktlichkeit der Gepädfertigung auf der Eisenbahn wird von einem Freund unseres Blattes geklagt. Er erzählt, er habe eine Eisenbahnfahrt nach Schwiebus gemacht und dabei sein Fahrrad mitgenommen, weil er von da aus noch weiter-radeln wollte. Eine Viertelstunde vor Abfahrt des Zuges habe er auf dem Schlesischen Bahnhof sich im Gepädfertigungsraum eingefunden, um das Rad abzugeben. Da zu wenig Beamte zur Stelle waren, um den angekommenen Reisenden ihr Gepädf auszuhandigen, bego, den abfahrtsbereiten Reisenden das Gepädf abzunehmen, so dauerte es bis kurz vor Abfahrt des Zuges, ehe unser Gewährsmann heran kam und sein Rad los wurde...

Er bezweifelte, daß es jetzt überhaupt noch mitgehen würde, doch die paar Beamten trösteten mit philosophischer Ruhe: „Das geht schon noch mit.“ Als aber der Reiter des Rades in Schwiebus ausstieg und sich sein Rad abholen wollte, war es tatsächlich nicht mitgenommen. Dreiundeinhalb Stunde mußte er nun warten, bis es mit dem nächsten Zuge eintraf. Hält denn die Eisenbahnverwaltung sich nicht für verpflichtet, dafür zu sorgen, daß das Gepädf eines Reisenden, der eine Viertelstunde vorher sich einfindet, noch rechtzeitig abgenommen und mitbefördert werden kann? Oder wie lange vorher soll ein Reisender im Gepädfraum antreten, damit es der Eisenbahnverwaltung möglich wird, noch mehr Beamte zu sparen, als sie ohnedies schon spart?

Engländerfälle im Straßenverkehr. Von einem Privatautomobil überfahren und schwer verletzt wurde vorgestern Abend gegen 7 Uhr der Arbeiter Paul Margulowitsch. Er war vor dem Hause Hasen-haube 52/53 im Begriff, einen Straßenbahnwagen der Linie 53 zu besteigen, als in diesem Augenblick ein Automobil so dicht an dem Straßenbahnwagen vorbeifuhr, daß der Arbeiter umgestoßen wurde. Der Kraftwagen ging über den R. hinweg, der einen Unterschenkelbruch und schwere Gesichtverletzungen erlitt. Der Verunglückte wurde nach einem Krankenhaus übergeführt. — Zwei schwere Engländerfälle haben sich Freitag in der Nähe des Stettiner Bahnhofes zugetragen. Der Droschkentischer Emil Feinlich, Raunghstr. 20 wechthalt, war mit seinem Fuhrwerk durch die Invalidenstrasse gefahren und an der Ecke der Gartenstraße stieß die Droschke mit einem von der Seite kommenden Straßenbahnwagen zusammen. Während die Fahrgäste mit dem Schrecken davonkamen, wurde P. vom Rad herabgeschleudert und schwer verletzt. Nach Anlegung von Notverbanden auf der Unfallstation in der Eichenborffstraße fand er in der königlichen Klinik Aufnahme. — Kurze Zeit darauf wurde ebenfalls in der Invalidenstrasse der Hausdiener Joseph Reiffe von einem Lastwagen überfahren und schwer verletzt in die Unfallstation in der Eichenborffstraße eingeliefert.

Folgen des letzten Sturmes. Die Gebäude der Armee-, Marine- und Kolonial-Ausstellung haben durch den letzten furchtbaren Sturm weit erheblichere Schäden erlitten, als bisher bekannt geworden ist. Nach amtlicher Feststellung seitens der Schöneberger Polizeibehörde mußten zahlreiche Ausstellungshallen und Teile vom Publikum und den Ausstellern geräumt werden. Das Hauptgebäude ist von der Ausstellungsleitung bis auf weiteres wegen der geräumten Fensterscheiben geschlossen worden. Der Dachdecker Otto Ziemann aus Berlin, Waldstraße 48, wurde durch den Sturm bei der Vornahme von Dachdeckerarbeiten von der Marinehalle heruntergeschleudert und erlitt schwere innere Verletzungen, die seine Ueberführung nach dem Auguste-Viktoria-Krankenhaus notwendig machten. Ferner wurde der 24 Jahre alte Arbeiter Wilhelm Runge aus Berlin, Willestr. 45, durch herabfallende Fensterscheiben am Kopf und an den Armen verletzt. Auch er mußte sich in ärztliche Behandlung begeben.

Von den Opfern der Eisenbahnkatastrophe bei Ruhleben ist gestern auch noch der in der Spandauerberg-Brauerei beschäftigt gewesene in Spandau wohnhafte Maurer Lemm als gebelbt aus dem Krankenhaus Westend entlassen worden, so daß sich zurzeit nur noch der Arbeiter Pannas aus der Soebestraße in Spandau, der schwere Verletzungen erlitten hatte, dort befindet. Auch dessen Entlassung steht demnächst bevor. Die Heilung der zum Teil recht schwer Verletzten ist verhältnismäßig recht günstig verlaufen, so daß dieselben, einige Karben ausgenommen, dauernde Folgen nicht zu befürchten haben werden. Der Straßenbahnführer Richard, der die Katastrophe zum Teil mittertschuldig haben soll, tut auch bereits wieder Dienst, ist aber auf seinen Wunsch nach vom Fahrdienst dispensiert. Die Unfallstelle selbst ist bis jetzt dem Verkehr noch nicht freigegeben worden, weil der Fendelbetrieb noch immer aufrecht erhalten werden muß.

Ein aufsehenerregender Todesfall gab am Freitag in später Abendstunde im Norden Veranlassung zu Mordgerüchten. Nach einem vorausgehenden Streit mit ihrem Bräutigam, dem Kaufmann Theodor Fahl, soll die Gastwirtin Margarete Koch in ihrer Wohnung Müllerstr. 184 sich durch einen Schuß in den Kopf getötet haben. Im Einzelnen wird hierzu berichtet: Vor kurzer Zeit hatte die 34jährige Buchhalterin Margarete Koch aus Veranlassung ihres Bräutigams, des 34jährigen Kaufmanns Theodor Fahl, eine im Hause Müllerstr. 184 gelegene Gastwirtschaft übernommen. Seit dieser Zeit gab es vielfach Zwistigkeiten zwischen den jungen Leuten, denn F. glaubte berechtigten Grund zur Eifersucht zu haben. Es kam mehrfach zu ernstlichen Streitigkeiten, so auch Freitag nachmittag im Lokal, als F. drohte, einen Hund, den seine Braut von einem Herrn geschenkt bekommen hatte, umzubringen. Der Wortwechsel setzte sich später in der Wohnung in sehr erregter Weise fort. Plötzlich hörte man einen Schuß fallen. Kurz darauf eilte F. mit verzerrtem Gesicht und um Hilfe rufend aus der Wohnung. Er gab an, die L. habe plötzlich, ehe er es verhindern konnte, einen Revolver auf sich abgeschossen. Die Kugel war ihr durch das Auge in den Kopf eingedrungen und hatte ihren sofortigen Tod zur Folge gehabt; neben ihr lag noch die Schußwaffe. Von anderer Seite wurde dagegen die Vermutung ausgesprochen, daß der Revolver Eigentum des F. sei und daß dieser seine Braut aus Eifersucht niedergeschossen habe. F. bestreitet entschieden die Tat. Er wurde einstweilen in Haft genommen und die Leiche obduziert.

Der geheimnisvolle Leichensfund im Müggelsee, worüber wir berichtet, beschäftigt von neuem die Behörden. Nachdem der unbekannt Tote, der bereits von einer Gerichtskommission und dem Kreisarzt in Augustenheide genommen wurde, zur Beerdigung freigegeben worden war, erfolgte die Beisetzungsfeier auf dem Friedhof in Köpenick. Auf Veranlassung der Königlich-Preussischen Staatsanwaltschaft ist der Leichnam jedoch gestern wieder ausgegraben worden. Am Montag nachmittag wird nochmals eine genaue Obduktion der Leiche vorgenommen werden. Bekanntlich hatte der Tote, während er auf der Oberfläche des Müggelsees trieb, einen Dolch in der Brust stecken. Die Vermutung, daß er sich vorher selbst die Waffe in die Brust gestochen, scheint auf Grund der neueren Untersuchungen der Gerichtsbehörde doch nicht zutreffend zu sein. Es bleibt abzuwarten, ob der Unbekannte tatsächlich einem Verbrechen zum Opfer gefallen ist.

Ein Parteigenosse hat am Donnerstag früh in der Straßenbahn ein Geldstück, etwa 40 X 30 Zentimeter, liegen lassen. In demselben sind 2267 Pfosten eingetragen. Es hat für den Finder absolut keinen Wert, dagegen ist es für den Verlierer unerlässlich. Der eheleiche Finder wird gebeten, dasselbe schnellstens gegen hohe Belohnung im Kellerrestaurant, Engelstr. 10, abzugeben.

Arbeiter-Bildungsschule Berlin. Sonntag, den 30. Juni, Ausflug nach Zehlendorf—Klein-Rachnow, verbunden mit Besichtigung der dortigen Schleusenanlagen des Teltowkanals. Abfahrt des Zuges nach Zehlendorf: Wannseebahnhof 8,30 vormittags. Treffpunkt für Nachzügler bis 10 Uhr Restaurant B. Mielke, Potsdamerstr. 25, von 12 Uhr mittags ab Bldg. Wiefs Gesellschaftshaus, Karlsruhstr. 12 in Zehlendorf. Teilnehmer, welche nachkommen und besichtigen wollen, müssen sich bis spätestens 1 1/2 Uhr im zuletzt genannten Lokal einfinden, da sich für später ein Treffpunkt nicht bestimmen läßt. Das Lokal ist vom Bahnhof Zehlendorf in 10 Minuten zu erreichen. Zahlreiche Beteiligung der Mitglieder nebst Angehörigen und Freunden der Schule wird erwartet. Da die Bibliothek wegen Neuordnung geschlossen werden muß, werden die Mitglieder ersucht, die entliehenen Bücher sofort zurückzugeben.

Im wissenschaftlichen Theater der Urania gelangt am Sonntag, Mittwoch, Donnerstag und Sonnabend der mit zahlreichen farbigen Bildern ausgestattete Vortrag „Die Gletscher der Hochgebirge und die Eiszeit unserer Heimat“ zur Darstellung. In den übrigen Tagen der Woche, also am Montag, Dienstag und Freitag, wird der Vortrag „Von der Jungsteinzeit zum Bahmann“, welcher ebenfalls reich durch farbige Bilder illustriert ist, wiederholt werden. Am Sonnabend findet noch einmal eine Nachmittagsvorstellung zu kleinen Preisen statt und zwar wird der Vortrag „Durch Dänemark und Südschweden“ gehalten werden.

Feuerwehrbericht. In der letzten Nacht um 1 Uhr wurde die Feuerwehr schon wieder einmal nach dem Gesundbrunnen, Soldinerstraße 61, alarmiert. Dort stand abnorms ein Stallgebäude in Flammen. Nur mit Mühe und Not konnten die Pferde in Sicherheit gebracht werden. Brandmeister Steiner ließ sofort mehrere Schlauchleitungen vornehmen und fräftig Wasser geben. Dadurch gelang es, die Flammen, die an den Feurageböräten reiche Nahrung gefunden hatten, auf das Stallgebäude zu beschränken. Trotzdem ist der Schaden für mehrere Fuhrherren bedeutend. Es ist dies der fünfte größere Stallbrand innerhalb weniger Wochen auf dem Gesundbrunnen. Fast gleichzeitig mußte die 2. Kompanie in der Adalberstr. 7 ein Feuer löschen, das in einer Kistenfabrik aus nicht ermittelter Ursache ausgebrochen war und von Wägern genährt bei Anbruch der Nacht eine ziemliche Ausdehnung erlangt hatte. Durch energisches Vorgehen wurde die Gefahr für die benachbarten Betriebe bald beseitigt. In der Wäckerstr. 14 brannte es nachts in einem Barbierladen. Im Keller des Stadtbahnhofs 898 an der Alleeburgerstraße waren gestern Vorken in Brand geraten. In der Nähe, Kottbuserstraße 18, brannten fast gleichzeitig Terpenin und anderes in einer Küche. In der Großen Hamburgerstraße 17 brannte später Schwefel. Wegen eines Wohnungsbrandes erfolgte ein Alarm nach der Urbanstraße 112/113. Betten wurden dort mit Möbeln ein Raub der Flammen. In der Nähe, Schönleinstr. 6, brannte dann noch ein Keller.

Arbeiter-Tamariter-Kolonie. Montag abend 9 Uhr: 1. Abt. Praxische Verbandübungen. Verfahren bei Wutungen und vergifteten Wunden. Neue Mitglieder können jederzeit eintreten. Donnerstag abend in demselben Lokal Sitzung der diensttunenden Abteilung.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

Die Generalvormundschaft für uneheliche Kinder ist bekanntlich seit dem 1. Oktober in Charlottenburg durchgeführt. Nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch kann schon vor der Geburt eines Kindes auf Antrag der unehelichen Mutter durch einstweilige Verfügung angeordnet werden, daß der Vater den für die ersten drei Monate dem Kinde zu gewährenden Unterhalt alsbald nach der Geburt an die Mutter oder den Vormund zu zahlen und den erforderlichen Betrag angemessene Zeit vor der Geburt zu hinterlegen hat. In gleicher Weise kann auf Antrag der Mutter die Zahlung des gewöhnlichen Betrages der Entbindungs- und Schwedenkosten an die Mutter und die Hinterlegung des erforderlichen Betrages angeordnet werden. Von dieser Bestimmung wird, wie die Armen-direktion bekannt macht, noch immer zu selten Gebrauch gemacht. Dabei sind die meisten Mädchen in der letzten Zeit vor der Entbindung frolos, zehren ihre Ersparnisse auf und stehen nach der Entbindung oft völlig mittellos mit dem Kinde da. Wenigstens in vielen Fällen der Antrag auf Erlaß einer solchen einstweiligen Verfügung fallen materiellen Erfolg haben wird, empfiehlt es sich doch dringend, mindestens überall da, wo bei dem Vater böser Wille anzunehmen ist, von der Bestimmung des Gesetzes Gebrauch zu machen. Der Generalvormund wird die Mutter und das Kind vertreten und die erforderlichen Schritte für sie tun. Die Mütter brauchen sich nur im Rathaus (Zimmer 2) zu melden.

In der Kindererholungsstätte Westend wird voraussichtlich Ende Juni eine neue Schlafbaracke zur Aufnahme von schwächlichen Säuglingen eröffnet werden. Die Ueberweisung der Säuglinge soll in der Hauptsache durch die Säuglingsfürsorgestellen erfolgen. Es bleibt jedoch vorbehalten, auch einzelne, im städtischen Krankenhaus, Kirchstraße, geborene Kinder, die in städtische Kostpflege gegeben werden müssen, für Privatpflege aber noch zu Schwach sind, unmittelbar vom Krankenhaus aus dort aufzunehmen. In der Schlafbaracke ist für die Nacht für 10 Säuglinge Platz; soweit die Mittel reichen, sollen auch einzelne Säuglinge nur den Tag über Aufnahme finden. Zur Versorgung der Kinder werden zwei Ammen mit aufgenommen; trinkfertige Portionen zur künstlichen Ernährung werden aus einer der von der Stadt eingerichteten Milchküchen geliefert werden; daneben steht frische Ziegenmilch von den in der Erholungsstätte selbst gehaltenen Ziegen zur Verfügung. Da die Kindererholungsstätte Westend zur Aufnahme von über 200 Kindern eingerichtet ist, auf Kosten der Armenverwaltung aber mit Rücksicht auf die zur Verfügung stehenden Mittel nur etwa 150 Kinder darin überwiesen werden können, können noch etwa 50 Kinder, deren Eltern oder Angehörige den Tagespflegesatz von 60 Pf. ganz oder teilweise selbst zu zahlen in der Lage sind, aufgenommen werden.

In einer gut besuchten Volksversammlung sprach am Dienstag Genosse Eduard Bernstein über: „Welche Bedeutung hat der Liberalismus noch in Deutschland?“ An der Hand eines reichhaltigen Materials schildert der Referent die Entwicklung des Liberalismus seit der großen französischen Revolution. Schon damals ist zwar von ihm das Prinzip der Gleichberechtigung aufgestellt worden, aber nach jedesmal, wenn die Liberalen die Macht zur Verwirklichung ihrer Forderungen hatten, haben sie nichts getan, um ihre Prinzipien auch in die Wirklichkeit umzusetzen. Man kann aus dieser Tatsache erkennen, daß der Liberalismus auch gar nicht gewillt ist, seine Forderungen zu verwirklichen; nur das Andringen der Arbeiter zwingt ihn, einzelne Zugeständnisse zu machen. Wäre es dem Liberalismus wirklich ernst mit seinen Forderungen, so könnte er Schulter an Schulter mit der Sozialdemokratie seine Prinzipien verteidigen. Aber dazu wolle sich der Liberalismus nicht aufschwingen. Im Gegenteil, die letzten Wahlen haben drastisch gezeigt, wie er sich der Reaktion in die Arme werfe, wie er alle seine sogenannten Prinzipien in die Ecke lasse und emsig bemüht sei, nur die Sozialdemokratie zu bekämpfen.

Dem Ersuchen des Vorsitzenden, Genossen Dietrich, daß anwesende Gegner das Wort nehmen möchten, leistete der liberale Herr Dr. Breitfeld Folge. Dieser Herr gab in den meisten Punkten dem Referenten recht, betonte aber, daß es doch der Liberalismus gewesen ist, der zuerst für die politische Freiheit eintrat. Besonders betonte er, daß die Konfessionen den Liberalismus als Vorfrucht der Sozialdemokratie ansehen. (Was angeht die konfessionell-liberalen Paarung freilich in Mäheln bei vielen Anwesenden hervorrief.) Zum Schluß seiner Ausführungen meinte Herr Dr. Breitfeld, daß es zwischen Liberalismus und Sozialdemokratie eine große Anzahl Berührungspunkte gebe und einseitige Liberale im gegebenen Falle immer in diesem Sinne handeln würden.

Genosse Harder legt klar, daß gerade die Liberalen stets das Gegenteil von dem ausführen, was sie sprechen und schreiben. Genosse Dietrich weist auf die Flugblätter der Liberalen hin, die mit ihrem schamlosen persönlichen Berührungspunkten von Sozialdemokraten die Kampfesweise des Liberalismus charakterisieren. Die reaktionären der Liberalen sind, haben sie durch das Bündnis mit den Konfessionen bei der letzten Wahl bewiesen. Herr Dr. Breitfeld befindet sich im Irrtum, wenn er glaube, daß der heutige Liberalismus sich mit seinen Ausführungen einverstanden erkläre. In seinem Schlusswort führte Genosse Bernstein aus, daß selbstverständlich die Sozialdemokratie für die freiheitlichen Forderungen des Liberalismus eintritt, daß sie aber über diese liberalen Forderungen hinaus sich ihr Ziel gesetzt habe und niemals werde die Sozialdemokratie von diesem Ziele abweichen.

Vor Schluß der anregend verlaufenen Versammlung ersuchte der Vorsitzende die Anwesenden, auch die Gäste und Wegner, ebenso zahlreich die späteren Versammlungen zu besuchen.

Schöneberg.

Feuer über der Klinik. Ein großer Dachstuhlbrand, der in der vorgestrigen Nacht in dem Eckhause Martin Lutherstr. 29 ausgebrochen ist, tief eine Panik hervor. In dem Dachgeschoss war schon am Abend Feuer ausgebrochen, das aber erst in der Nacht gegen 2 Uhr von einem Passanten entdeckt wurde. Als die alarmierte Schöneberger Feuerwehr erschien, stand fast der ganze Dachstuhl in hellen Flammen. Der Brand konnte sich dadurch äußerst gefährlich gestalten, weil direkt unter dem Dachstuhl in der vierten Etage die Klinik des Dr. v. R. belegen ist. Nachdem die Hausbewohner aus den Betten getrieben worden waren, war es vor allen Dingen notwendig, die Kranken der Klinik in Sicherheit zu bringen. Es wurden mehrere Wagen des Verbandes für erste Hilfe alarmiert, um eventuell die Patienten nach einem anderen Krankenhaus zu überführen. Die Mieter der unteren Etagen erboten sich aber bereitwillig, die Kranken in ihren Wohnungen aufzunehmen. Auf Wahren wurden dann die Patienten nach den unteren Stockwerken hinabgetragen und wieder gebettet. Das Feuer hatte inzwischen eine ganz bedeutende Ausdehnung angenommen. Die Feuerwehr mußte mit fünf Rohren gegen das verheerende Element vorgehen. Es war aber nicht zu verhindern, daß fast der ganze Dachstuhl ein Raub der Flammen wurde. Die Aufräumungsarbeiten zogen sich bis zur gestrigen Mittagsstunde hin. Die Entstehungsursache des Feuers wird angeblich darauf zurückgeführt, daß ein Dienstmädchen am Abend vorher mit einem offenen Licht über den Boden ging. Wahrscheinlich sind aus der Lampe einige Funken geflogen, die dann zündeten.

Rigdorf.

Die Stadtverordnetenversammlung stimmte in ihrer letzten Sitzung den Vorlagen des Magistrats auf Durchlegung der Wilmischen Straße bis zur Richardstraße und auf Bildung eines besonderen Quirbezirks für die Kieffländereien Groß-Rachnow und Brunsdorf zu.

Dem Erlaß einer neuen Hundsteuerordnung mit einem Jahresbetrage von 26 M. als Grundlage wurde debattelos gestimmt.

Ein neuer Entwurf für die von der Mehrheit seinerzeit beschlossene Einführung einer besonderen Gewerbesteuer für die Filialen auswärtiger Firmen fand im Stadtv. Abraham einen

festigen Gegner, der in einer fulminanten Rede seine Warnung vom Freunde zum Feinde dieser Steuer darlegte. — Mit Recht bezeichnen die Stadtv. Dr. Silberstein (Soz.) und Conrad (Soz.) diese Rede als sehr verspätet; denn fast genau die gleichen Gründe, wie sie vom Minister für die von diesem erfolgte Ablehnung des ersten Steuerplanes jetzt geltend gemacht werden, habe damals die sozialdemokratische Fraktion erfolglos ausgesprochen und daher auch gegen diese unumstößliche Steuer gestimmt. — Nach einem vergeblichen Rettungsvorstoß des Stadtv. Gräpler, der die Kleingewerbetreibenden durch die Filialsteuer schützen zu können meint, und der Stadträte Dr. Glückmann und Dr. Weinreich (leichter als Vater des Gedanken der Filialsteuer) befiel die Vorlage der Ablehnung.

Ein interessantes Intermezzo entspann sich bei dem Antrage des Magistrats, für die Abhaltung der Jugendspiele den als Spielleiter fungierenden Lehrern eine Entschädigung von 2 M. für die Spielstunde zu gewähren. Der Stadtv. Goldberg hatte erklärt, daß dem Anscheine nach die Schüler des Gymnasiums nicht genügend zu den Spielen herangezogen würden, weil offenbar die Herren Oberlehrer sich genieren, daran teilzunehmen. Hieran anknüpfend, führte Stadtv. Wuhly (Soz.) aus: Meine Freunde stimmen selbstverständlich der Vorlage zu. Daß manchem solcher Spielleiter sein Amt nicht behagt, kann man wohl glauben, wenn man — wie ich — auf dem Jahr-Turnplatz in der Hofenheide häufig beobachten kann, daß der Leiter im Bratenofen, Ranschetten und Stechzangen zwischen den Schülern einherstolzert. Dadurch wird sicher nicht die Spielreueigkeit im rechten Sinne geweckt; im Gegenteil: auf genanntem Turnplatz sieht man jetzt auch die Herren Schüler in ähnlichem Ornate „spielen“. — Diese Feststellung brachte den Stadtv. Dr. Raab (Oberlehrer am hiesigen Gymnasium) in Harnisch; er versuchte den Schuldgezeiten scharf zu machen, damit er die „Anzapfungen“ unseres Genossen gegen die Rigdorfer Oberlehrer „gebührend“ zurückweise. Der Herr Oberlehrer vertieg sich sogar zu der Drohung, daß er in der dem selben Abend stattfindenden Schulkonferenz nunmehr Sorge tragen werde für die Aufhebung des zu Sonnabend geplanten Ausfluges des Gymnasiums. Der wackere Kämpfer fand jedoch von seiner Seite Gegenliebe — war doch von dem Angegriffenen die Ehre der Rigdorfer Oberlehrer mit keinem Worte verletzt und daher auch nicht zu reparieren. Stadtv. Wuhly bereitete dem Herrn denn auch die verdiente Zurechtweisung wegen der für letzteren charakteristischen Drohung und fügte sarkastisch hinzu, daß zwar die deutsche Sprache sehr schwer sei, aber doch nicht so schwer, um auch von einem Oberlehrer verstanden zu werden. — Die Versammlung stimmte der Vorlage einhellig zu.

In geheimer Sitzung wurde hierauf nach langen erregten Debatten der Ankauf zweier Grundstücke und die beantragte Änderung des Bebauungsplanes für das Gelände am Mittelweg beschlossen. —

Eine Sympathiekundgebung für die Bädereisen veranstaltete am Donnerstag der 16. Bezirk des Rigdorfer Wahlvereins, indem folgende Resolution beschlossen wurde:

„Die am 20. Juni 1907 bei Hoppe, Hermannstraße, tagende Bezirksversammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten Hefschold voll und ganz einverstanden. Sie beurteilt auf das schärfste das Vorgehen der Innungscharmoder und verpflichtet sich, ihre Kaufwaren nur aus bewilligten Bädereien zu beziehen, auch in ihrer Nachbarschaft dafür zu sorgen, daß nur solche Bädereien berücksichtigt werden, in welchen die berechtigten Forderungen der Bädereisen bewilligt sind. Durch diese Hilfe wird es auch den Bädereisen möglich werden, sich aus ihrer jetzigen Verlegenheit herauszuarbeiten, um so ein menschenwürdiges Dasein festzuhalten.“

„Das agrarisch-liberale Regierungsprogramm“ lautete das Thema, das Genosse Robert Schmidt am 18. Juni in der Mitgliedserversammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins eingehend behandelte. Nach dem mit starkem Beifall aufgenommenen Referat wandte sich die Versammlung den Gegenständen der Kreisgeneralversammlung zu. Genosse Hoffmeister stellte einen Antrag, den Vorstandssitzungen des Kreises bei Delegationen zu Kongressen nur ein Vorschlagsrecht der einzelnen Orte zuzugestehen, während die Nominierung der Kandidaten von den betreffenden Wahlvereinen selbst vorgenommen werden soll. Der Antrag gelangt zur Annahme. Genosse Boigt beantragt, daß zur Vertretung auf der Kreisgeneralversammlung die Delegierten auf folgender Grundlage zu wählen sind: Auf Orte bis 100 Mitglieder entfallen 2 Delegierte, bis 500 Mitglieder 3, auf weitere 500 Mitglieder je 1 Delegierter. Zur Begründung führt Genosse Boigt aus: Wenn auch unser Antrag, der durchaus nicht darauf ausgeht, die kleinen Orte majorisieren zu wollen, schon mehrere Male abgelehnt worden sei, so müsse er doch immer wieder gestellt werden, um endlich eine gerechtere Vertretung auf den Generalversammlungen zustande zu bringen. Teltow-Weesow sei der einzige Wahlkreis, der eine solch absurde Vertretung auf seinen Generalversammlungen habe. Er hoffe, daß auch der Vertreter des Kreises seine Ansicht ändern werde. Der Antrag gelangt einstimmig zur Annahme. Zu Delegierten wurden die Genossen Jirsel, Wuhly und Tinzmann gewählt.

Eine längere Diskussion entstand beim dritten Punkt der Tagesordnung: „Der internationale Kongress in Stuttgart“. Es wurde gewünscht, daß die Kaiserfeier auf die Tagesordnung gesetzt wird. Genosse Tesche meint, daß es so wie bisher nicht weiter geben könne und bedauert, daß der Vorstand für diesen Punkt der Tagesordnung keinen Referenten bestellt habe. An der Diskussion beteiligte sich auch Genosse Robert Schmidt, der seinen Standpunkt in der Kaiserfrage näher präzisiert. — Unter Vereinsangelegenheiten wird darauf hingewiesen, daß die Bezirksführer bis zum Ende Juni Beitragsmarken a 25 Pf. in Händen haben. Ferner wird zu reger Beteiligung am Sommerfest in der Neuen Welt am 6. Juli und am Kreisfest in Haffelwerder am 14. Juli aufgefordert.

Bris.

Die Weine gebrochen hat sich der Polizeisergeant Mading bei der Verhaftung eines in der Bürgerstr. 57 bei den Eltern wohnenden 18jährigen Malers B. Der Polizeisergeant war beauftragt, den B. zur Verbüßung einer gegen ihn erkannten Freiheitsstrafe zu verhelfen. Als der Polizeisergeant die Wohnung betrat, sprang B. aus dem Fenster der im ersten Stock belegenen Wohnung, der Beamte schnell entschlossen nach. Während aber B. glücklich unten ankam und seine Flucht fortsetzen konnte, kam der Beamte so unglücklich zu Fall, daß er sich beide Weine brach. B. wurde in das Kreiskrankenhaus eingeliefert. Von dem entkommenen Flüchtling fehlt jede Spur.

Friedenau.

In der am Dienstag, den 18. Juni, stattgefundenen Mitgliedserversammlung des Wahlvereins gab Genosse Richter II den Bericht der Generalversammlung von Groß-Berlin. Er forderte die Genossen auf, den dort in seinem Schlusswort gegebenen Mahnruf des Genossen Ernst zu beherzigen, da auch in Friedenau noch ein großes Feld für Agitation und Organisation zu heudern sei. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung, „Der internationale Kongress“, befragt Genosse Thielicke die einzelnen Punkte der provisorischen Tagesordnung und legt die Bedeutung der auf dem Kongress zu verhandelnden Fragen für die gesamte Arbeiterklasse dar. Zur Kaiserfrage stellt Genosse Thielicke sich auf den Standpunkt, daß jeder verführten Verschlechterung entgegengetreten werden müsse. Folgende hierzu gestellte Resolution fand einstimmige Annahme:

„Die Mitgliederversammlung des Wahlvereins Friedenau hält nach wie vor internationale gewaltige Demonstrationen an einem bestimmten Tage, um den achtstündigen Arbeitstag zu erringen, für notwendig. Sie stellt das Erwarten an die zu entsendenden Delegierten, dahin zu wirken, die Kaiserfeier zu erhalten und Maßnahmen zu treffen, dieselbe zu verbessern.“

Als Delegierte zur Kreisgeneralversammlung werden die Genossen Thielicke, Meyer und Richter II gewählt. — Unter Vereinsangelegen-

hellen gibt Genosse Hirsch die Abrechnung von der Reise. Es wurde ein Ueberfluß von 41,80 M. erzielt. — Des weiteren wird beschlossen, am Sonntag, den 23. Juni, nachmittags im Restaurant Grube eine zwanglose gefellige Zusammenkunft zu veranstalten. Es wird erwartet, daß sich die Genossen mit ihrer Familie hierzu recht zahlreich einfinden.

Reinickendorf.

In einer öffentlichen Versammlung referierte am Dienstag Genosse Pagens, welcher an Stelle des verhinderten Genossen Schubert erschienen war, über „Massenkämpfe in der Gegenwart“. Neben gab in 1½stündiger Rede den außerordentlich zahlreich erschienenen Männern und Frauen die ganzen Phasen der Entwicklung von den Römern bis zur heutigen Zeit in kurzen, klaren Sätzen zum Besten. Reicher Beifall bewies, daß der Vortrag guten Boden gefunden hatte.

An der nun folgenden Diskussion beteiligten sich der Genosse Spiegelberg und Frau Elert, welche sich mit der freisinnigen Partei und den Väterkreisl beschränkten und die Genossinnen und Genossen aufforderten, recht tatkräftig für die Väterkreisl einzutreten. In seinem Schlusswort bat der Referent die Anwesenden, nicht nur für die eingelaufene Resolution zu stimmen, sondern auch auf den „Vorwärts“ zu abonnieren und dem Wahlverein beizutreten. Der Vorsitzende wies noch auf das am 20. Juli 1907 in den Eichbornsälen stattfindende 2. Stiftungsfest des Wahlvereins hin. Billets sind bei den Bezirksführern zu haben.

Steglitz.

Ein schwerer Bananfall ereignete sich Freitag nachmittag in Steglitz. Auf dem auf dem Grundstück Albrechtstr. 123 errichteten Neubau war der 25jährige Malergeselle Franz Küter aus der Wilmstraße in Berlin damit beschäftigt, die Gollongitter anzufügen. Als er in der Höhe des dritten Stockwerks arbeitete, trat er fehl und stürzte kopfüber auf das Straßengitter, wo er blutüberströmt liegen blieb. In beunruhigendem Zustande wurde der Malergeselle in das Kreiskrankenhaus Groß-Lichterfelde übergeführt, wo bei dem Verunglückten eine fließende Kopfverwundung, Bruch des rechten Armes und schwere innere Verletzungen festgestellt wurden.

Oranienburg.

Der letzten Mitgliederversammlung des Wahlvereins wurde davon Kenntnis gegeben, daß die Abonnentenzahl des „Vorwärts“ erfreulicherweise derartig gestiegen ist, daß zum 1. Juli die Anstellung einer zweiten Botenfrau erforderlich ist. Die Expedition hofft dann, allen Wünschen betreffs Zustellung gerecht werden zu können. Die Abrechnung der Reisezeit ergab einen Ueberfluß von 18,75 M. Die Lokalkommission ersuchte um strenge Beachtung der Lokalliste.

Wie wenig gern gesehen die Arbeiter bei manchen Wirten sind, beweist, daß der Inhaber des Gesellschaftshauses, Herr Olbrich, den Wächter der ihm gehörenden „Waldschenke“ am Sportdenkmal kontraktlich verpflichtet hat, auf Arbeiterbesuche durch Freigabe des Lokals zu verzichten. Die Arbeiter, die bei denartigen Wirten so ungern gesehen werden, müssen es sich zur Ehrenpflicht machen, derartige Lokale zu meiden.

Recht beachnend für die rege Anteilnahme an der Vertretung der Interessen unseres Ortes ist es, daß die Sitzung der Gemeindeverwaltung am Freitag nicht stattfinden konnte. Es hatten sich von den neun Vertretern nur drei eingefunden.

Der Sturm am Freitag nachmittag hat auch in den umliegenden Wäldern erheblichen Schaden angerichtet. Abgebrochene Äste und entwurzelte Baumriesen zeugen von der vernichtenden Naturgewalt.

Adlershof.

Eine recht umfangreiche Tagesordnung hatte die am Donnerstag stattgefundene öffentliche Gemeindevertretersitzung zu erledigen. Der Beschluß der letzten Sitzung, dem Gemeindevorsteher seine ganzen im kommunalen Verwaltungsdienste zurückgelegten Dienstjahre bei der Pensionsberechnung in Anrechnung zu bringen, hatte nicht die Zustimmung des Landrates erhalten. Bei der heutigen Beschlussfassung wurden nur drei Jahre, welche der Gemeindevorsteher in Neu-Ruppin als Bürgermeister zugebracht hatte, in Anrechnung gebracht. Weiter wurde der Beitritt zu dem Brandenburgischen Provinzialverein zur Bekämpfung der Tuberkulose mit einem Jahresbeitrag von 10 M. beschlossen. Dem Antrage der Telegraphendrahfabrik C. F. Vogel, ihren Kanalisationsanschluß durch den Feldweg nach der Genossenschaftsstraße vornehmen zu dürfen, wurde nicht stattgegeben, sondern der Fabrik aufgegeben, denselben nach der Sedanstraße oder der verlängerten Feldherrenstraße zu verlegen. Für den Anschluß des forstwirtschaftlichen Geländes lag ein Entwurf zur Einteilung des Ortes in 3 resp. 4 Pumpstationsgebiete vor, welcher die Zustimmung der Vertretung fand. Zur Prüfung der Stundungsgesuche betr. Zahlung von Kanalisationsbeiträgen wurde eine Kommission gewählt, welche aus den Gemeindevorstehern Weiß, Lindenberg, Dr. Franke und dem Gemeindevorsteher besteht. Einer Aufforderung des Landrates entsprechend, wurde die Veröffentlichung der Gemeindevorstellung im „Teltower Kreisblatt“ und der „Adlershofer Zeitung“ mit der Bestimmung beschlossen, daß die „Adlershofer Zeitung“ als amtliches Publikationsorgan zu gelten hat. — Die in der Kaiser Wilhelmstraße stehenden alten Bäume, welche durch ihre Wurzeln vielfach die Einfriedigungsmauern der Vorgärten in Gefahr bringen, sollen teilweise schon jetzt gefällt werden. — Die Verlegung des Wochenmarktes nach dem Gemeindegelände (Alter Markt) führte zu längerer Diskussion. Die eingesehene Kommission hatte beantragt, um auf dem Plage den Wochenmarkt abhalten zu können, denselben mit Gras zu bepflanzen. Beschlossen wurde, die Gelegenheit der Kommission zurückzuverweisen und derselben aufzugeben, ein Projekt auszuarbeiten, nach welchem der Platz in einen Schuttplatz mit Ausläuferkanal und genügendem Raum zur Abhaltung des Wochenmarktes umzuwandeln ist. Mithin wurde hervorgehoben, daß Adlershof keinen öffentlichen Schuttplatz hat und daß das Bedürfnis nach einem solchen noch mehr hervortreten wird, wenn die Forst erst der Baupelulation weichen muß. — Von unseren Vertretern war aus neue folgender Antrag betr. Vergebung von Gemeindearbeiten eingebracht worden: „In den Bedingungen bei Vergebung von Gemeindearbeiten ist

aufzunehmen: a) Der Unternehmer ist verpflichtet, den in seinem Gewerbe zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern vereinbarten Lohnvertrag bei Ausführung der Arbeiten einzuhalten; b) bei Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnis zwischen dem Arbeitgeber und den von demselben bei der Gemeindearbeit beschäftigten Arbeitern ist der Gemeindevorstand, in dem Falle, daß von der Gemeindevertretung eine Kommission mit der Ausführung resp. Aufsichtigung der Arbeiten beauftragt ist, diese als Einigungsamt zur Verlegung der Streitigkeiten anzurufen. Nach Errichtung eines Gewerbeschiedsgericht ist dieses als Einigungsamt anzurufen.“ In der Begründung verwies Genosse Hildebrandt auf seine bei Vergebung von Arbeiten des öfteren gemachten Ausführungen und auch darauf, daß bei Stellung dieses Antrages im Oktober 1906, welcher als Dringlichkeitsantrag eingebracht war, sich der größere Teil der Gemeindevorsteher demselben sympathisch gegenübergestellt hatte und nur die Dringlichkeit nicht anerkannt wurde. Ferner verwies er auf die großen wirtschaftlichen Kämpfe zwischen Arbeitern und Arbeitgebern im letzten Halbjahr, wo gerade die Arbeitgeber den Abschluß von Tarifverträgen forderten. Er erwartete deshalb, daß die geäußerte Sympathie heute zur Annahme des Antrages führen werde. Dr. Kaurath, welcher auch heute seine Sympathie gegenüber dem Antrage ausdrückte, erachtete aber erst eine Kommissionsberatung für notwendig, um Erfahrungen anderer Kommunen auf diesem Gebiete zu prüfen und stellte einen dementsprechenden Antrag. In seinem Antrage entgegenstehende Äußerungen wurden von keinem Vertreter geäußert und Gemeindevorsteher Reinsch, Gemeindevorsteher Lindenberg, Dr. Kaurath und Genosse Hildebrandt als Kommissionsmitglieder gewählt. — Auch dem zweiten Antrage unserer Genossen: „Einführung einer Kommission zur Schaffung öffentlicher Badegelegenheit“, hatten sich bei verschiedenen Gelegenheiten die Gemeindevorsteher unterbeilich sympathisch gegenübergestellt und wurde nach Begründung des Antrages durch Genossen Hildebrandt eine Kommission aus den Vertretern Voh, Dr. Saling, Hildebrandt und dem Gemeindevorsteher Reinsch ohne weitere Diskussion eingesetzt. Sollten sich die bürgerlichen Vertreter der Hoffnung hingeben, daß mit der Ueberweisung unserer Anträge an die Kommissionen sie nun längere Zeit Ruhe haben werden, so dürften sich dieselben getäuscht haben, unsere Vertreter werden vielmehr dafür sorgen, daß diese Angelegenheiten nicht mehr von der Tagesordnung verschwinden. — Der Abbruch des Stalles an der Bismarckstraße 1 (b. Oppensches Grundstück) wurde dem Bauunternehmer Wolff in Adlershof gegen Zahlung von 600 M. übertragen. — Wegen Uebergriffen einzelner Etablissements mußten 3745,53 M. für das Steuerjahr 1908 nachbewilligt werden. Der vorläufige Rechnungsabschluss für 1908 ergab einen Steuerüberschuß von 20 900 M., von denen 7300 M. dem diesjährigen Etatsvoranschlag vorgetragen sind. Die Verwendung des Restes bedarf noch einer späteren Beschlussfassung der Gemeindevertretung. — Diejenigen Gemeindevorsteher, welche gleichzeitig für den Wasser-Zweckverband tätig sind und aus dieser Tätigkeit besondere Einnahmen erzielen, und denjenigen Teil dieser Einnahmen, welche auf die Gemeinde Adlershof entfielen, wieder an die Gemeinde zurückzahlen haben, sind um Aufhebung dieses Beschlusses eingeladen. Da der Hauptverbrauch des Wassers auf Adlershof entfällt und den Beamten durch die Zurückzahlung für diesen Teil nur geringe Einnahmen für ihre besondere Tätigkeit verbleiben würden, wurde die Rückzahlung eines Drittels des genannten Betrages zum Beschluß erhoben. — Weiter wurde die Anstellung von zwei Diätaren und eines Holzziehungsbeamten beschlossen, wodurch die Gemeinde um weitere 3600 M. jährlich belastet wird. Durch diese Anstellung soll nach den Ausführungen des Gemeindevorstehers die jetzt notwendige Dienstzeit, welche von morgens 8 bis abends 8 Uhr festgesetzt ist, wieder verkürzt werden können. — Zur Aufnahme einer von der Regierung geforderten Gebäudebeschreibung zum Zwecke der Gebäudesteuer-Revision mußten 600 M. bereit gestellt werden.

Notawitz-Neuendorf.

Aus der letzten Gemeindevertretersitzung in Notawitz ist zu berichten, daß eine Neuregelung der Desinfektionsfrage angenommen wurde. Die Anregung hierzu ging von dem Genossen Grubls aus, welcher in einer Armendeputationsitzung die Mißstände, die sich bei dem früheren System gezeigt haben, kritisierte und die Unentgeltlichkeit der Desinfektion, wenn dieselbe von der Wehrbehörde angeordnet wird, verlangte. Der Antrag der Finanzkommission, welche sich darauf mit der Sache beschäftigte, lautete dahin, die Desinfektion bei ansteckenden Krankheiten auf Kosten der Gemeinde auszuführen zu lassen, jedoch den betreffenden Bewohnern in einer vorherigen Denunziationsanmeldung zu stellen, auf eigene Kosten privatim desinfizieren zu lassen. Nach einer Empfehlung dieses Antrages durch den Genossen Gomoll wurde derselbe angenommen mit dem Zusatz, daß er vom 1. Juli in Kraft treten soll. Die der Gemeinde hierdurch verursachten Kosten betragen 600 M. jährlich, da die Desinfektoren Gersbach sen. und jun. sowie Bionowski für die Ausführung der Desinfektion eine Pauschsumme von 200 M. jährlich erhalten. — Ferner lag der Vertretung ein Antrag auf Erlass einer neuen Luftbarkeitssteuer vor; derselbe wurde nach einer trefflichen Kritik durch die Genossen Jöllner, Grubls und Gomoll, welche sich insbesondere auf die Freigabe der patriotischen Feste und der Luftbarkeiten, bei welchem ein höheres wissenschaftliches oder Kunstinteresse obwaltet (da das doch in der Regel erst nach Schluß der Luftbarkeit festgesetzt werden kann), sowie auf die Höhe der Steuer erstreckte, auf Antrag Grubls an die Finanzkommission zurückverwiesen, wo das ganze Projekt hoffentlich ein seliges Ende finden wird. — Zur Pflasterung der verlängerten Pulow- und Lüchowstraße bewilligte die Vertretung die Beschaffung von 3000 Quadratmetern altem Pflastermaterial zum Preise von 4,35 M. pro Quadratmeter von der Firma Borch-Berlin. — Ferner genehmigte die Vertretung die Aufstellung des für die verlängerte Lüchow- und Pulowstraße von den Anliegern abgetretenen Terrains. — Dem Beschluß der Baukommission, die Türe und Treppen des Mädchenschulhauses in der Auguststraße mit Gasbeleuchtung zu versehen, stimmte die Vertretung zu. — Betreffs Abänderung des Baufluchtlinienplanes für die große Sandhölle erklärte sich die Vertretung dahin, daß der vom Forstfiskus ausgearbeitete Plan unannehmbar ist, da die Straßen viel zu schmal angelegt sind. Die Vertretung fordert, daß bei den Hauptstraßen die Dammbreite nicht 8, sondern 12 Meter betrage, die beiden Fußwege je 3 Meter Breite erhalten, bei den Nebenstraßen soll die Breite des Damms nicht 5, sondern 7 Meter, diejenige der Fußwege 2½ Meter, die gesamte Straßenbreite

12 Meter betragen. Die Breite sämtlicher Straßen der kleinen Sandhölle soll ebenfalls 12 Meter betragen. Weiter werden drei große Plätze gefordert und empfohlen, an Stelle des für Gemeindezwecke zu reservierenden ungeeigneten Streifens einen in der Nähe des für eine Kirche bestimmten Platzes liegenden Block zur Verfügung zu stellen; die Kosten der Veränderung des Planes sollen dem Forstfiskus zur Last fallen. — Nach Erledigung einiger kleinerer Sachen wurde der öffentliche Teil der Sitzung geschlossen und im nichtöffentlichen Teil über die Höherlegung der Eisenbahn verhandelt.

Trebbin (Kreis Teltow).

In der öffentlichen Stadtverordnetenversammlung vom 20. Juni waren 12 Herren erschienen, 8 waren entschuldigt. Erledigt wurde das von der letzten Sitzung verlegte Gesuch des Stadtförstlers Weid, sein Gehalt von Jahr zu Jahr steigend nach der Stala der königlichen Förster festzusetzen, welche mit 1400 M. anfangen und von drei zu drei Jahren nach 21 Dienstjahren ein Höchstgehalt von 2100 M. erhalten. Der Magistrat hatte bei der Regierung und bei verschiedenen Städten Auskünfte eingefordert. Diese ergaben, daß die Festsetzung der Gehälter denen der königlichen Förster nahe kamen. Von verschiedenen Stadtverordneten wurden Klagen erhoben über Vorgänge in der Stadtförsterei; allgemein wurde aber anerkannt, daß die Verwaltung in dem hier in Frage kommenden Förster einen tüchtigen Beamten habe. Unser Genosse Treubus und der Vorsteher Haase stellten den Antrag, die Aufbesserung des Gehaltes erst dann zu bewilligen, wenn die Mißstände in der Stadtförsterei beseitigt sind. Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen. Darauf wurde die Festsetzung der Lehrer- und Lehrerinnengehälter verhandelt und nach langer Debatte beschlossen, von einer definitiven Beschlussfassung abzusehen und die Akten bis zur nächsten Sitzung im Sitzungssaal auszulegen. Die in Frage kommenden Gehaltsbezüge sind folgende: Rektor 1750 M., Kreisentschädigung 350 M., Lehrer 1200 M., Kreisentschädigung 300 M., Lehrerinnen 900 M., Kreisentschädigung 200 M., welches gleichzeitig für unverheiratete Lehrer gilt. Das Gehalt der Handarbeitslehrerin wurde von 300 auf 400 M. erhöht.

Ueber Fortführung der Wasserleitung in der Veilkerstraße wurde nach längerer Debatte beschlossen, die Rohrleitung den Bürgersteig entlang bis zu Herrn Graf zu legen. — Dem Gesuch des Arbeiter-Turnvereins „Vorwärts“ um Ueberlassung des städtischen Turnplatzes zur Feier seines 10jährigen Stiftungsfestes hat der Magistrat unter folgenden Bedingungen zugestimmt: daß 1. die Vergebung der Plätze und Erhebung des Standgeldes der Marktmission überlassen wird; 2. der Platz jedem Einwohner ohne Eintrittsgeld zugänglich ist; 3. daß das Fest keinen politischen Charakter erhält. Genosse Treubus ging näher auf den Beschluß des Magistrats ein und erklärte, daß von einem politischen Charakter des Festes keine Rede sein könne, er stellte den Antrag, die Bedingungen des Magistrats in der gestellten Form abzulehnen, fand aber keine Unterstützung. Die Versammlung trat dem Beschluß des Magistrats bei.

Spandau.

Jugenderziehung in den Spandauer Musterwerkstätten. Einige Lehrlinge der Maschinenwerkstatt BI der Genshaffabrik hatten sich erlaubt — wie sie es schon des öfteren getan hatten —, an einem nicht für sie offiziell bestimmten Tage zu baden. Diesem Reinigungsbedürfnis der Lehrlinge schien jedoch der Betriebsmeister Schlotz nicht das rechte Verständnis entgegenzubringen, denn er nahm die „Reinigung der Lehrlinge“ unter Benützung eines Transportwagens nach selbst einmal vor, wobei ihm das Rohrwerk passierte, dabei auch einen Junggefelten, welcher mitgebadet hatte, ordentlich zu verheuen. Hierfür hatte jedoch wieder der Junggefelte kein rechtes Verständnis und meldete die Sache weiter. Was so ein Junggefelte sich nicht alles herausnimmt!

Wannsee.

Von einem Stadtbahnzug hat sich vorgestern in Wannsee ein Lebensmüde überfallen und töten lassen. Am Freitagmittag gegen 1 Uhr stand ein etwa 30jähriger Mann, der anscheinend den besseren Ständen angehört, auf dem Bahnsteig des Bahnhofs Wannsee. Als wenige Minuten später ein von Potsdam kommender Stadtbahnzug eintraf, sprang der Unbekannte auf das Gleis und wurde von den Rädern der Lokomotive erfasst, die ihm den Kopf vom Rumpf trennten. Die Personalien des Toten konnten nicht festgestellt werden, da Ausweispapiere nicht gefunden wurden. Nur ein bei dem Lebensmüden vorgefundenes Taschentuch wies das Zeichen F. Z. auf. Die Leiche wurde nach dem Schauhause in Wannsee gebracht, konnte aber bisher noch nicht relogisifiziert werden.

Bernau.

Die Stadtverordnetenversammlung vom 20. Juni wählte für den 4. Stadtbezirk den Rentier Sarell als Bezirksvorsteher sowie den Tischlermeister Strömman als dessen Stellvertreter. — Die Besetzungskommission verlangte von der hiesigen Gasanstalt, welche sich in Händen von Privaten befindet, die Rohrleitung in der Kurfürstenstraße zu beiden Seiten der Straße unter den Bürgersteigen zu legen. Diesem Verlangen ist aber die Gasanstalt nicht gewillt zu entsprechen, sondern beabsichtigt, nur ein Rohr in der Mitte der Straße zu legen, die zweite Rohrleitung soll, sofern sie gewünscht wird, von der Stadt bezahlt werden. Ein Verweis, wie wichtig es ist, derartige Vertriebe an Private zu vergeben. Es soll nun gegen die Gasanstaltsgesellschaft das schiedsgerichtliche Verfahren eingeleitet werden. Die Versammlung bewilligte den Anlauf von 4000 Quadratmeter alten Berliner Pflastersteinen, welche von der Firma Borch u. Co., Berlin, zum Preise von 4,70 M. pro Quadratmeter frei Lagerplatz zu liefern sind. Ein nochmaliges Ausschreiben der Verpachtung des neuen Diebisch-Restaurants und zwar jetzt auf die Dauer von 10 Jahren soll erfolgen, da sich zu dem am 10. Juni festgesetzten Termin nicht genügend Pachtlustige eingefunden hatten. — Die Grundbesitzerin Frau Wachslein verlangt, daß das von ihr an die Stadt abzutretende Strophenland baldmöglichst abgekauft werde und zwar zu einem Preise von 20 M. pro Quadratmeter. Die Versammlung lehnte das Verlangen ab. Als Krankenhaus- und Kommunal-Armenarzt wählte die Versammlung den Dr. med. Wilbradt, welcher für seine Tätigkeit mit jährlich 1000 M. entschädigt werden soll. Den Bericht vom Städtetage in Havelberg gaben der Bürgermeister sowie die beiden Delegierten Schmeißel und Pfan.

Jedes Wort 10 Pfennig.
Das erste Wort (Setzdruck) 10 Pf., Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pf., das erste Wort (Setzdruck) 10 Pf., Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN
für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstraße 69, bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Leppische mit Harz beschlagnahmte Badstubeverlage Große Frankfurterstraße 9, parterre kein Laden. Wasserhoff. +1
Stappdecken billigst Hebril Große Frankfurterstraße 9, parterre. +1
Gardinenhaus Große Frankfurterstraße 9, parterre. Kein Laden. Wasserhoff. +1
Leppische (Fiederhölle) in allen Größen für die Plätze des Betriebes im Leppischlager Oranien, Cadischer Markt 4, Babuhoj Böde. 255/2
Fahrräder, Teilschlungen, Anwaldräder 50, Eclairstraße 40. *
Gasparocher 1,00, Jeweloch 3,00, Gasplättchen 2,25, Hängelapparate Gochstraße 43. 1064/1

Herrensahrad, Damenahrad, wie neu, 45,00, Holz Shimmystraße 38 b. 2515/2
Sportbillig, geringe Anzahlung und Abzahlung, Land- und Waldparzellen, wunderbar gelegen, nahe Bahnhof Friedersdorf, verkauft, wie aus erster Hand, die Quadratrute noch von 5 Mark an Otto Dreife, Betersdöhlen, Ostbahn. 226/19
Herrensahrad, bringend, 35,00, Panifstraße 24 o, parterre rechts. *
Wannabohrad, eben Preis, Egerstraße 25 III rechts. +100
Sicheres Fortkommen für strebsame Leute! Sellen, Porzellan-Geschäft muß verkauft werden, Geld kann liegen bleiben, sofort oder spätestens September. Groß-Lichterfelde, Roltstraße 33. 1306/1
Restaurationsverkauf Eclairerstraße 41, Brauerer Güll. +10

Abessinierpumpen, 8,00 bis 100,00, alle billigst, Schläuche 0,40 an. Garten-sprengen, Sauger, Rohre beim Pumpen-wolff, Adersstraße 81. [*
Pfundleihanstalt! Vermählungs-platz lech. Sportbillig, Seitenverkauf, Wanderverkauf, Kälmalchinen, Waren-verkauf, Goldschmied, Leppischverkauf, Herrengarderobe, Aussteuerwäse. *
Mittelschiff wegen anderen Unternehmens zu verkaufen Rixdorf, Eclairerstraße 9. +118
Sommerpaletots, Monatsangebote, wenig getragene, von 5 Mark an, große Auswahl für jede Figur, auch neue elegante Garderobe aus erster Bezugquelle 20 Prozent billiger wie im Laden, direkt vom Schneidermeister Paul Fürstzell, nur Rosen-thalerstraße 10, Fernsprecher Amt III 5117. 20/19

Monatsangebote und Sommerpaletots von 5,00, Hosen von 1,50, Gedrucktangebe von 12,00, Braut von 2,50, sowie für torpente Figuren. Neue Garderobe zu namend billigen Preisen, aus Planbleichen verfallene Sachen kauft man am billigsten bei Rah, Anladstraße 14. 1839/5
Materialwarengeschäft fruchtbarhaltiger sofort zu verkaufen, Tages-lasse 50 Mark, Kustkunst Schutzgeschäft Prinz Eugenstraße 4. +80
Kinderwagen, Kinderbestellen Sportwagen, gebrauchte, zurechtgelechte Sportbillig, Schneider, Kurfürsten-straße 172. 2247/3
Wärmungsverkauf, Handloshaus, Weidenweg neunzehn, extra-billig. 43/19
Schäfte und Unterleber, Spezialität Eichengerbung, Lederhandlung Köhl, Eclairerstraße, Gochstraße 43. +100

Abessinierpumpen 8,00 bis 100,00, Sauger 2,50, Hängelpumpen, Garten-sprengen, Gartenhülle, Pumpen-fabrik Schöder, Gochstraße 43. 1033/5
Lauben-Baumaterialien, ge-braucht und neue, wie: Kantholz, Bretter, Latten, Leisten, Lärchen, Fichte, Dachpappe, in größter Aus-wahl billigst, Gochstraße 2 (am Ger-mannplatz). *
Laudhaus, 8000 Mark, am Bahnhofe Friedersdorf, zwei Stuben, Küche, Stall, Obstgarten verkauft Leuzner, Reulischstraße, Rixdöhlenstraße 37. *
Gründergeschäft fruchtbar-halter billig zu verkaufen Eclairer-straße 47. +104
Milch- und Backwaren-Geschäft, gut-gehend, wegen Verzug nach Ausland zu verkaufen, Riete 400, Ober-schönweide, Eclairerstraße 44. 1351/8
Wäffelabrik, Oranienstraße 58 direkt Marktplatz. In meinen fünf Etagen haben komplette Wohnungs-einrichtungen in jeder Preisklasse vom Einfachsten bis zum Eleganten. Besondere Gelegenheit bietet ich in verließen gemieteten, fast neuen Wäffeln, die bedeutend herabgesetzt sind. Beschäftigung erbeten, ohne Kauflust. Ausfallend billig verkaufe ich neue Chaiselongues 20, Schlaf-saß 29, Sattelstuhlfest 45, Parcellen 55, hochlegante Gar-nituren 75, Sülentramen 89, Weißstühle mit Watte 16, Ausgeh-lisch 18, Wäffelstühle, Berlin 27, Gefasste Möbel können drei Monate kostenfrei lagern. Teilschlungen ge-fasste, kein Laden, direkt Markt, auch Sonntags geöffnet. Walter-buch gratis. 2192/2
Stappdecken Sportbillig, Kahl Große Frankfurterstraße 60. 2167/1

